

Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Basel

Ein Vergleich mit anderen Schweizer Städten

Im Auftrag des
Amts für Wirtschaft und Arbeit, Strategieguppe Jugendarbeitslosigkeit, Kanton Basel-Stadt

Melania Rudin, Dr. Philipp Dubach, Heidi Stutz

Bern, 14. August 2012

Vorwort


Jugendliche, die ohne Berufsperspektiven in die Erwachsenenwelt übertreten geraten in eine Abwärtsspirale, die nicht selten mit dem Vorsprechen auf der Sozialhilfe endet. In Basel unterstützte die Sozialhilfe im Jahre 2005 jeden 8. jungen Erwachsenen in der Alterskategorie 18- bis 25-Jährige. Dieser bedenklichen Entwicklung trat der Regierungsrat mit einem umfangreichen Massnahmepaket entgegen und setzte dazu eine in departemental zusammengesetzte Strategieguppe ein. Sie wurde beauftragt, ein umfangreiches Gesamtkonzept zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit zu schnüren und umzusetzen. Die Bilanz nach sieben Jahren ist ermutigend. Viele Indikatoren weisen auf eine Entspannung für die Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt hin.

Um auch künftig die Mittel und Hebel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit effizient und effektiv einzusetzen, wurde die vorliegende Studie in Auftrag gegeben. Sie analysiert die Kennzahlen der Sozialhilfe- und Arbeitslosenstatistik schweizweit, bettet diese in den sozioökonomischen Kontext ein und handelt die komplexen Wirkungszusammenhänge im Städtevergleich mit Bern und Zürich stringent ab. Die Studie bietet die Möglichkeit, das eigene Konzept zu reflektieren, von den Erfahrungen anderer zu lernen und mögliche Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Die Strategieguppe Jugendarbeitslosigkeit dankt den Autoren für die hervorragende Arbeit. Ein grosser Dank geht auch an die vielen Beteiligten, die ihre Zeit für Interviews, Recherchen und Rückmeldungen zur Verfügung gestellt und zum Gelingen dieser Studie beigetragen haben.

Basel im August 2012

Hansjürg Dolder und Benedikt Arnold



Projektleitung Strategieguppe Jugendarbeitslosigkeit

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Kanton Basel-Stadt

<http://www.jugendarbeitslosigkeit.bs.ch/>

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Dank	II
Zusammenfassung	III
1 Ausgangslage und Fragestellung	1
2 Wichtige Kennzahlen – Vergleich von zehn Städten	2
2.1 Jugendarbeitslosigkeit	2
2.2 Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen	10
2.3 Zusammenfassende Erkenntnisse aus dem Kennzahlenvergleich	12
2.4 Fazit	13
3 Junge Erwachsene in der Sozialhilfe – Vergleich von fünf Städten	14
3.1 Erwerbs- und Wohnsituation von 18- bis 25-jährigen Sozialhilfebeziehenden	14
3.2 Typen von jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe	16
3.2.1 Typenbildung	16
3.2.2 Städtevergleich	18
3.3 Erwerbslosigkeit und Sozialhilfebezug	21
3.4 Ausbildungslosigkeit und Sozialhilfebezug	23
3.5 Fazit	24
4 Analyse von Einflussfaktoren	24
4.1 Bildungssystem auf Sekundarstufe I	25
4.1.1 Analyse von Unterschieden	25
4.1.2 Bedeutung für den Übergang an der ersten Schwelle	29
4.2 Anschlusslösungen von Schulabgänger/innen	30
4.3 Berufsbildung	37
4.3.1 Lehrstellenangebot und Branchenstruktur	37
4.3.2 Nachfrage nach Lehrstellen und Zusammensetzung der Bewerber/innen	39
4.3.3 Lehrvertragsauflösungen	43
4.3.4 Übergang von der Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt	46
4.4 Bevölkerungszusammensetzung	48
4.5 Wohnungsmarkt	51
4.6 Zusammenarbeit von Institutionen und Anreizwirkungen der Sozialsysteme	53
4.7 Gesamtfazit	54
5 Literaturverzeichnis	56
6 Anhang	59

Dank

Zahlreiche Personen haben die vorliegende Studie zur Jugendarbeitslosigkeit und zum Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen in Basel unterstützt. Besonders zu danken ist den kantonalen Sozialdirektor/innen und den Städten, welche ihre Sozialhilfedaten zur Publikation in diesem Bericht freigaben.

Herr Jan Boruvka, Leiter des Bereichs Datenaufbereitung und -analyse in der Sektion Sozialhilfe des Bundesamts für Statistik (BFS), hat uns die entsprechenden Standardauswertungen und Datensätze innert kurzer Frist zur Verfügung gestellt und uns bei Interpretationsfragen umsichtig beraten. Herr Lukas Pfister, Assistent der Leiterin Stabsdienste der Sozialhilfe Basel hat uns bei den spezifischen Auswertungen für Basel Hintergrundinformationen geliefert. Weitere Auswertungen wurden uns freundlicherweise vom Ressort Arbeitsmarktstatistik des Seco, der Abteilung Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung des Erziehungsdepartement Basel-Stadt, der Abteilung Bildungsstatistik des Erziehungsdepartements Basel-Stadt, dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung des Kantons Basel-Landschaft, der Abteilung Bildungsstatistik der Bildungsdirektion des Kantons Zürich, der Zentralstelle für Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung der Stadt Bern, des Mittelschul- und Berufsbildungsamts der Stadt Bern, der Sektion Demografie und Migration sowie der Sektion Unternehmensstruktur des Bundesamts für Statistik zur Verfügung gestellt.

Für Auskünfte im Rahmen von Experteninterviews sind wir Herrn Hans Georg Signer, Leiter Bildung Erziehungsdepartement Basel-Stadt, Herrn Benedikt Arnold, Leiter Gap, Case Management Berufsbildung Erziehungsdepartement Basel-Stadt, Herrn Mario Patocchi, Sektionsleiter Abklärung und Qualifizierung Jugend, Kompetenzzentrum Arbeit Bern, Herrn Marc Gander, Projektleiter Netz2 / Case Management Berufsbildung, Amt für Jugend und Berufsberatung Zürich, Herrn Stefan Martin, Konrektor, Schule für Brückenangebote Basel, Herrn Beat Glauser, Leiter Abteilung Berufsvorbereitung, BFF Bern (Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule) und Herrn Markus Riesen, Prorektor BVJ, Fachschule Viventa Zürich zu Dank verpflichtet. Für die sehr angenehme Zusammenarbeit danken wir ihnen vielmals.

In weiteren Gesprächen haben uns Herr Yves Simon, RAV Leiter, Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Herr Stephan Marx, Leiter Basisteam Junge Erwachsene, Sozialhilfe Basel, Herr Christoph Marbach, Leiter Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung Erziehungsdepartement Basel-Stadt, Frau Daniela Flüeler des Sozialdiensts der Stadt Bern, Herr Pierre Felder, Leiter Volksschulen, Erziehungsdirektion Basel-Stadt, Frau Irene Hänsenberger, Leiterin Schulamt der Stadt Bern, Herr Rolf Rickenbach, Schulleiter Schulkreis Länggasse, Bern, Frau Ruth Biemann, Schulleiterin Schulkreis Betlehem Bern, Herr Markus Häfliger und Frau Simone Biaggi-Schurter des Schulamts der Stadt Zürich wichtige Informationen mitgeteilt. Auch ihnen danken wir vielmals für die Zusammenarbeit.

Zusammenfassung

1. Einleitung

Im Jahr 2005 ist im Kanton Basel-Stadt die interdepartementale Strategiegruppe Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt worden. Der Auftrag der Strategiegruppe bestand darin, ein umfassendes Massnahmenkonzept zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit zu entwickeln und eine koordinierende Gesamtsicht der Aktivitäten zu gewährleisten. Heute stellt sich die Frage, in welchem institutionellen Rahmen die Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit weiterverfolgt werden. Zu diesem Zweck hat die Arbeitsgruppe unter anderem die vorliegende Studie in Auftrag gegeben, welche die Phänomene hinter der erhöhten Quoten von erwerbslosen und Sozialhilfe beziehenden Jugendlichen in Basel darlegen und erklären soll.

Die Studie tut dies in drei Schritten:

■ **Zehn grösste Städte im Vergleich:** Erstens prüft sie, welchen Rang die Stadt Basel einnimmt, wenn man die Arbeitslosen- und Sozialhilfequoten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter den zehn grössten Schweizer Städten vergleicht.

■ **Typen von jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe:** Zweitens beschreibt sie die Lebenssituationen von jungen Erwachsenen, die von der Sozialhilfe unterstützt werden, und fragt danach, wie häufig der Sozialhilfebezug mit Erwerbslosigkeit kombiniert ist. Zu diesem Zweck werden detaillierte Auswertungen der Sozialhilfestatistik für fünf Schweizer Städte vorgenommen (Basel, Bern, St. Gallen, Winterthur, Lausanne).

■ **Ursachenforschung:** Drittens werden die Gründe für die Arbeitslosigkeit und den Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen näher untersucht. Dies geschieht anhand eines ausführlichen Vergleichs der Städte Basel, Bern und Zürich. Dieser beruht nicht allein auf statistischen Analysen, sondern ebenso auf Dokumentenanalysen und zahlreichen Gesprächen, die mit Expert/innen aus den drei Städten geführt worden sind.

2. Wichtige Kennzahlen – Vergleich der zehn grössten Schweizer Städte

2.1. Jugendarbeitslosigkeit

Zur **Aussagekraft der Arbeitslosenquoten** ist grundsätzlich anzumerken, dass diese berechnet werden, indem man die Zahl der Arbeitslosen durch die Zahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) teilt. Weil sich viele Jugendliche und junge Erwachsene noch in einer

schulischen Ausbildung oder einem Studium befinden, ist der Anteil der Erwerbspersonen in dieser Altersgruppe vergleichsweise gering. Das heisst: Die Arbeitslosenquoten machen keine Aussagen darüber, wie verbreitet Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen der gesamten Altersgruppe ist, sondern nur unter denjenigen, die den Schritt ins Erwerbsleben bereits getan haben, indem sie eine Erwerbsarbeit ausüben oder eine Stelle suchen. Dabei gelten auch Jugendliche, die eine Lehre absolvieren, als Erwerbspersonen. Weiter ist darauf hinzuweisen, dass die in den offiziellen Statistiken verwendete Zahl der Erwerbspersonen nach wie vor anhand der Volkszählung 2000 bestimmt wird. Weil seither mehr als zehn Jahre vergangen sind, sind die Quoten mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen.

In der Regel wird die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen als Jugendarbeitslosenquote bezeichnet, doch ist es sinnvoll, zwischen der Quote der 15- bis 19-Jährigen und derjenigen der 20- bis 24-Jährigen zu unterscheiden. Denn während die wenigsten Jugendlichen bereits vor dem 20. Altersjahr einen Berufsabschluss erworben haben und eine Stelle suchen, bildet die erste Hälfte Zwanzig das Alter, in dem sehr viele den Schritt in den Arbeitsmarkt versuchen. Arbeitslosigkeit von 15- bis 19-Jährigen deutet somit hauptsächlich auf Probleme bei der **ersten Schwelle**, dem Übergang von der obligatorischen Schule zur Berufsausbildung hin. Bei der Arbeitslosigkeit von 20- bis 24-Jährigen spielen dagegen Probleme an der **zweiten Schwelle** eine grössere Rolle – dem Übergang von der Ausbildung in den Beruf.

Die **Arbeitslosenquote der 15- bis 19-Jährigen** ist in der Regel tiefer als diejenige der 20- bis 24-Jährigen. Sie betrug in Basel 2011 4.0%. Dies ist **nach Lugano die höchste Quote im Vergleich der zehn grössten Schweizer Städte**. Auch in den Jahren zuvor hatte sich die Basler Quote meistens in der oberen Hälfte bewegt. Dies deutet darauf hin, dass in Basel verhältnismässig viele Jugendliche Probleme beim Übergang von der Schule in die nachobligatorische Ausbildung bekunden.

Bei der **Arbeitslosenquote der 20- bis 24-Jährigen** zeigen sich sehr deutliche Unterschiede zwischen den Deutschschweizer Städten und den Städten der lateinischen Schweiz: Die Quoten in der Deutschschweiz sind systematisch tiefer als diejenigen in der Romandie. Dies dürfte unter anderem auf das System der dualen Berufsbildung zurückzuführen sein, das in der Deutschschweiz stärker verbreitet ist. Weil die Lernenden in der dualen Berufsbildung bereits in Kontakt mit der Arbeitswelt stehen und nicht selten im Lehrbetrieb ihre erste feste Stelle fin-

den, dürfte ihnen der Übergang von der Ausbildung in den Beruf tendenziell besser gelingen.

Im Jahr 2011 lag die Arbeitslosenquote dieser Altersgruppe in Basel bei 4.2 Prozent. Im Vergleich mit den grösseren Städten der lateinischen Schweiz hat Basel eine tiefe Arbeitslosenquote der 20- bis 24-Jährigen, **im Vergleich mit den grösseren Städten der Deutschschweiz ist sie verhältnismässig hoch**. Seit dem Jahr 2000 hatte nur Winterthur regelmässig eine höhere oder gleich hohe Quote, während die Quoten von Bern, Zürich und Luzern immer tiefer waren. Die Basler Quote reagierte im Vergleich zu anderen Städten (z.B. St. Gallen) nur relativ schwach auf die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise, ging dafür aber 2011 auch nur geringfügig zurück. Die Quote scheint in jüngster Zeit also relativ schwach von der konjunkturellen Entwicklung geprägt.

2.2. Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen

Beim Vergleich der Sozialhilfequoten fällt die **Bilanz ambivalent** aus: Auf der einen Seite hat keine der zehn grössten Schweizer Städte die Sozialhilfequote der jungen Erwachsenen (18- bis 25-Jährige) im selben Ausmass zu senken vermocht wie Basel. Auf der anderen Seite ist die Quote **immer noch verhältnismässig hoch**. 2010 lag sie bei 8.2 Prozent und wurde einzig von Biel und Lausanne – dies aber markant – übertroffen. Auch gehört Basel zusammen mit Biel, Lausanne und Genf zu denjenigen Städten, in welchen die Sozialhilfequote der jungen Erwachsenen deutlich grösser ist als die Quote der Gesamtbevölkerung. Das heisst: Der häufige Sozialhilfebezug der jungen Erwachsenen lässt sich nicht einfach darauf zurückführen, dass allgemein relativ viele Einwohner/innen mit knappen finanziellen Mitteln auskommen müssen. Vielmehr haben junge Erwachsene offensichtlich ein spezifisch erhöhtes Sozialhilferisiko.

3. Junge Erwachsene in der Sozialhilfe – Vergleich von fünf Städten

Wenn junge Erwachsene Unterstützung der Sozialhilfe beziehen, gilt dies als besonders gravierend: Es besteht die Gefahr, dass junge Menschen eine nachhaltige gesellschaftliche Integration verpassen und sich eine dauerhafte Perspektivlosigkeit entwickelt. Durch detaillierte Analysen der Sozialhilfestatistiken von fünf Städten (Basel, Bern, St. Gallen, Winterthur, Lausanne) wurde näher untersucht, welches die Gründe für den Sozialhilfebezug sind und in welcher Hinsicht sich Basel von anderen Städten unterscheidet. Es gibt starke Hinweise darauf, dass die überdurchschnittliche Sozialhilfequote der jun-

gen Erwachsenen in Basel **mit Problemen der Arbeitsmarktintegration zusammenhängt**: In Basel sind rund 50% der jungen Erwachsenen, die Sozialhilfe beziehen, erwerbslos. Das ist deutlich mehr als in den Vergleichsstädten mit einer niedrigeren Sozialhilfequote (Bern, St. Gallen, Winterthur). Drei Viertel von ihnen haben noch keine Berufsbildung abgeschlossen, was auf Probleme an der ersten Schwelle verweist. Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Ausbildungslosigkeit von jungen Erwachsenen dürften also geeignet sein, die Basler Sozialhilfequote in diesem Alterssegment stärker dem Niveau vergleichbarer Schweizer Städte anzugleichen.

Gleichzeitig ist aber hervorzuheben, dass sich der Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen keineswegs allein auf Erwerbslosigkeit oder Ausbildungslosigkeit zurückführen lässt:

- 16% der Sozialhilfe beziehenden jungen Erwachsenen in Basel befinden sich **in Ausbildung** und können offensichtlich durch die Eltern nicht ausreichend unterstützt werden. Hier stellt sich die Frage, weshalb das Stipendiensystem in diesen Fällen nicht greift.

- 11% der jungen Erwachsenen sind **nicht erwerbsfähig**, vermutlich häufig aus gesundheitlichen Gründen oder wegen Suchtproblemen.

- 18% der jungen Erwachsenen **sorgen alleine oder mit einem Partner oder einer Partnerin für Kinder**. Teilweise sind sie aufgrund des Betreuungsengagements nicht erwerbsintegriert, teilweise handelt es sich um Working Poor-Konstellationen, die mit spezifischen Massnahmen bekämpft werden müssen.

4. Analyse von Einflussfaktoren

Weshalb sind junge Erwachsene in Basel häufiger arbeitslos oder auf die Unterstützung der Sozialhilfe angewiesen als in anderen Deutschschweizer Städten? Zu diesem Zweck wurde Basel detailliert mit zwei anderen Städten – **Bern und Zürich** – verglichen. Beide haben tiefere Quoten als Basel, sind aber bezüglich ihrer Zentrumsfunktion und Grösse sowie bezüglich des Ausbaus des Sozialsystems verhältnismässig ähnlich. Der Vergleich stützt sich nicht allein auf statistische Daten, sondern ebenso auf **Gespräche mit Expert/innen** aus allen drei Städten. Mit sieben Fachleuten, die an der Schwelle von Volksschule und Berufsbildung arbeiten (z.B. Case Management Berufsbildung, Brückenangebote) wurden ausführliche leitfadengestützte Gespräche geführt. Für weitere, punktuelle Auskünfte und Einschätzungen wurden rund zehn weitere Expert/innen telefonisch kontaktiert.

Die Ursachen der unterschiedlichen Arbeitslosen- und Sozialhilfequoten von jungen Erwachsenen wurden auf **vier Ebenen** gesucht:

- Den **soziodemographischen Voraussetzungen**, d.h. der Bevölkerungsstruktur sowie dem Wohnungsmarkt, der ein entscheidender Faktor für das Wanderungsverhalten und damit die Zusammensetzung der Stadtbevölkerung ist.
- Dem **Schulsystem**, welches die Jugendlichen auf den Übertritt in die Berufsausbildung oder eine weiterführende Schule vorbereitet.
- Der **Berufsbildung und dem Arbeitsmarkt**, in denen sich die jungen Erwachsenen bewähren müssen, wenn sie die obligatorische Schule abgeschlossen haben.
- Der **Zusammenarbeit der Institutionen** bei der Begleitung von Jugendlichen

Wir stellen zunächst die Gründe vor, bei denen sehr plausibel ist, dass sie einen grossen Beitrag zur Erklärung der überdurchschnittlichen Arbeitslosen- und Sozialhilfequote von jungen Erwachsenen in Basel leisten. Danach werden Erklärungsfaktoren diskutiert, für die zwar einiges spricht, die sich im Rahmen unserer Abklärungen aber nicht eindeutig erhärten liessen. Abschliessend gehen wir auf einzelne Erklärungsansätze ein, die sich als unzutreffend erwiesen.

4.1. Plausible Erklärungsansätze

Viele Jugendliche aus alten Herkunftsländern: Über den Bildungsstand oder die soziale Lage der drei städtischen Bevölkerungen liegen keine aktuellen und vergleichbaren Daten vor. Bekannt ist jedoch die Staatsangehörigkeit der Einwohner/innen. Diese kann als grober Indikator für die Bildungsnähe oder –ferne von Bevölkerungsgruppen dienen. Migrant/innen aus Herkunftsländern der sogenannten «alten Zuwanderung», also vorwiegend aus Süd- und Südosteuropa, aber auch aus Lateinamerika, Afrika und Teilen Asiens verfügen im Durchschnitt über deutlich geringere Bildungsqualifikationen als Schweizer/innen. In der gesamten Schweiz waren 2010 42% von ihnen ohne Berufsbildung oder einen anderen nachobligatorischen Bildungsabschluss.¹ Migrant/innen der sogenannten «neuen Zuwanderung», die mehrheitlich aus Mittel- und Nordeuropa sowie den USA stammen, sind dagegen im Durchschnitt besser qualifiziert als Schweizer/innen.

In der Stadt Basel stammen rund 28% der Kinder bis 17 Jahre aus alten Herkunftsländern,

¹ 25 bis 64 Jahre, Schweizer/innen im selben Alter: 7%.

Eigene Berechnungen anhand der SAKE-Daten 2010.im Rahmen der Arbeit für den Sozialbericht des Kantons Aargau.

unter den 18- bis 25-Jährigen sind es 23%. Gut die Hälfte davon kommt aus dem Westbalkan. Diese Anteile sind deutlich höher als in Bern (21% bzw. 18%) und Zürich (19% bzw. 15%). Damit steht auch das Bildungssystem vor grossen Herausforderungen. Die fremdsprachigen und häufig bildungsfernen Eltern können ihre Kinder in der Ausbildung oft zu wenig wirkungsvoll unterstützen. Die Familien sind mit dem System der dualen Berufsbildung wenig vertraut, und Jugendliche mit «fremd» klingenden Namen haben bei der Lehrstellensuche und auf dem Arbeitsmarkt erwiesenermassen mit Diskriminierung zu kämpfen.

Geringere Wohnungsmieten als im Umland:

Je geringer der finanzielle Spielraum ist, desto stärker fällt die Wohnungsmiete ins Gewicht. Während die Angebotsmietpreise in Bern und ganz besonders in Zürich in der Stadt höher sind als im Umland, verhält es sich in Basel tendenziell umgekehrt. Von grösseren Wohnungen mit fünf und mehr Zimmern abgesehen, liegen die mittleren städtischen Angebotsmietpreise etwas tiefer als im Unteren Baselbiet und nur leicht höher als im Oberen Baselbiet. Für Familien, die mit wenig Geld über die Runden kommen müssen, oder für finanzschwache Jugendliche und junge Erwachsene kann es sich also lohnen, aus dem Umland in die Stadt Basel zu ziehen. Auch die Leerwohnungsziffer war in Basel bis 2009 grösser als in der Agglomeration. Das heisst: Wer in den Regionen Bern und Zürich wegen des Arbeitsangebots, der sozialen Dienstleistungen, der grösseren Anonymität oder aus anderen Gründen in die Stadt zieht, zahlt dafür mit grosser Wahrscheinlichkeit einen Aufpreis bei der Wohnungsmiete oder hat es schwieriger, überhaupt eine Wohnung zu finden. In Basel dürfte dies deutlich seltener der Fall sein.

Optimierungspotenzial bei der Berufswahlvorbereitung:

In Bern setzt die Berufswahlvorbereitung bereits im 7. Schuljahr ein. In Basel wird diese vor allem in der WBS geleistet und beginnt somit im 8. Schuljahr. Auch in Zürich setzt die Berufswahlvorbereitung in der 8. Klasse ein, jedoch wird sie im letzten Schuljahr intensiver thematisiert und die Federführung liegt in Zürich stärker bei der Berufsberatung als in Basel und in Bern. In Basel dagegen sind die Lehrpersonen im 8. Schuljahr für die Berufswahlvorbereitung zuständig, der Berufsberatung kommt nur eine unterstützende Rolle zu. Ein Optimierungspotenzial scheint in Basel einerseits bezüglich des Zeitpunkts der Berufswahlvorbereitung zu bestehen, (dies wird mit der Umstellung des Schulsystems umgesetzt). Andererseits ist angesichts der ohnehin grossen zeitlichen Belastung der Lehrpersonen und der spezifischen Kenntnisse, welche die Berufsberater/innen in der Fallfüh-

rung einbringen könnten, denkbar, dass eine andere Aufgabenteilung zwischen Volksschule und Berufsberatung Vorteile mit sich bringen könnte.

Organisation der Oberstufe: Der Wechsel ans Gymnasium ist in Basel bereits in der 8. Klasse möglich, in Bern erst in der 9. Klasse. In Zürich tritt ein Teil der Schüler/innen nach der Primarschule ins Gymnasium über und ein Teil in der 9. Klasse. Gemäss der Einschätzung der Basler Expert/innen fehlen in den letzten beiden Schuljahren die «Zugpferde», die ihre Mitschüler/innen motivieren und die allgemein zum Leistungsniveau der Klasse beitragen können.

Anders als in Bern und Zürich gibt es in Basel zudem auf Sekundarstufe I zurzeit nur das geteilte Modell. Das heisst, Schüler/innen werden in der Weiterbildungsschule dem A-Zug (Grundanforderungen) oder dem E-Zug (erweiterte Anforderungen) zugeteilt. Sie werden in sämtlichen Fächern auf diesem Niveau unterrichtet und können nicht einzelne Fächer auf einer höheren Anforderungsstufe besuchen (kooperatives Modell). Es ist zu vermuten, dass Schüler/innen des A-Zugs dadurch geringere Chancen haben, sich individuell zu verbessern, als im kooperativen Modell, was sich erschwerend auf den Übergang an der ersten Schwelle auswirken kann.

Mit der Umstellung des Schulsystems in Basel, dauert die Sekundarstufe drei Jahre und es wird drei Niveaüzüge geben, welche im selben Schulhaus vereint sind. Ein Übertritt ins Gymnasium wird erst nach der obligatorischen Schule möglich sein. Dadurch wird ein Teil dieser Schwierigkeiten gelöst.

Häufige Übertritte in Brückenangebote: Nach der obligatorischen Schule besuchen Jugendliche in Basel häufiger ein Brückenangebot (Basel: 30%, Bern: 23%, Zürich: 17%) und seltener direkt eine Berufslehre (Basel: 11%, Bern: 21%, Zürich: 28%). Der Besuch eines Brückenangebots ist keinesfalls nur negativ zu werten: Er kann auch bewirken, dass Schüler/innen bestehende Defizite beheben (Kompensationsfunktion) oder Klarheit über ihre Berufspläne gewinnen (Orientierungsfunktion).

Das Ausmass des Unterschieds bleibt aber beachtlich und belegt, dass Jugendliche in Basel grössere Schwierigkeiten beim direkten Übertritt in die nachobligatorische Ausbildung haben als in Bern und Zürich. Auch das diversifizierte Angebot, die geringeren Kosten und ein relativ früher Anmeldetermin könnten dazu beitragen, dass Schulabgänger/innen in Basel häufiger ein Brückenangebot besuchen.

Das Problem ist in Basel erkannt worden und in den letzten Jahren wurden mehrere Massnah-

men umgesetzt, um die Zahl der Direkteintritte in die nachobligatorische Ausbildung zu erhöhen. Der Anteil an Übertritten in Brückenangebote konnte von rund 35 Prozent im Jahr 2005 auf rund 30 Prozent im Jahr 2011 gesenkt werden.

4.2. Mögliche Erklärungsansätze

Qualifikationsdruck und «Image» der Berufsbildung: Nach Einschätzung mehrerer Expert/innen herrscht auf dem Basler Arbeitsmarkt ein hoher Qualifikationsdruck. Viele Eltern und ihre Kinder neigten deshalb zur Ansicht, dass eine allgemeinbildende Sek II-Ausbildung für ein erfolgreiches Berufsleben eine bessere Voraussetzung bilde. Wenn aus diesem Grund Berufswahlprozesse während der obligatorischen Schule zu kurz kommen oder wenn nach der WBS öfter ein Brückenangebot besucht wird, um danach noch in eine allgemeinbildende Ausbildung einzusteigen, können diese beiden Effekte Schwierigkeiten an der ersten Schwelle mit sich bringen.

Dieses Argument ist im Städtevergleich grundsätzlich schwer zu überprüfen. In Bern scheint kein vergleichbares Imageproblem zu bestehen. Gemäss den Expert/innen geniesst die Berufsbildung in der Bundeshauptstadt ein hohes Ansehen. Inwieweit die Differenzen beim Direkteinstieg in eine Lehre auf Imageprobleme der dualen Berufsbildung zurückgeführt werden können, muss weitgehend offen bleiben. Zudem ist der Anteil an Gymnasiast/innen in allen Städten ähnlich gross. Der faktische Zustrom zum Gymnasium in Basel ist also nicht erhöht.

Von den Expert/innen wurde auch die Vermutung geäussert, dass in Basel Jugendlichen den Weg über allgemeinbildende Ausbildungen wählen, die dafür weniger geeignet sind, was zu Ausbildungsabbrüchen oder Problemen beim späteren Übergang ins Erwerbsleben führen kann. Zudem brächten Jugendliche, die den Sprung ans Gymnasium nicht schafften, oftmals wenig Motivation für eine Lehre mit. Inwiefern es sich hierbei um ein baselspezifisches Problem handelt, lässt sich kaum überprüfen, bzw. es bedürfte Daten zu den Ausbildungsverläufen der einzelnen Personen.

«Mismatch» zwischen Lehrstellenangebot und -nachfrage: Während gewisse Lehrberufe wie Kauffrau/Kaufmann sehr beliebt sind, fällt es bei anderen schwer, die Lehrstellen zu besetzen (z.B. Metzger/in, Bäcker/in, handwerkliche Berufe). Das heisst: Die Wünsche der Jugendlichen bezüglich ihres zukünftigen Berufs stimmen nicht mit dem Angebot an Lehrstellen und womöglich auch nur bedingt mit ihren eigenen Fähigkeiten überein. Allerdings handelt es sich

hier nicht um eine Basler Besonderheit: Von vergleichbaren Lücken zwischen den Erwartungen der Jugendlichen und den tatsächlichen Verhältnissen berichten Expert/innen aller drei Städte. Es gibt jedoch gewisse Anzeichen, dass die Diskrepanz in Basel besonders gross ist – womöglich bedingt durch spezifische «Imageprobleme» der Berufsbildung oder durch Optimierungsbedarf bei der Berufswahlvorbereitung. So scheinen beispielsweise in Bern junge Männer öfter Lehrstellen im handwerklichen Bereich zu besetzen, wenn solche noch frei sind, während vergleichbare Lehrstellen in Basel unbesetzt bleiben.

Konkurrenz aus dem Umland: Rund zwei Drittel aller Lehrstellen des Kantons Basel-Stadt sind von Jugendlichen aus anderen Kantonen besetzt. Die Lernenden aus anderen Kantonen sind in Lehrstellen mit einem im Durchschnitt höheren Anforderungsprofil anzutreffen; umgekehrt stellen die «städtischen» Jugendlichen bei Attestlehren die Mehrheit. Von Lehrstellenbewerber/innen aus dem Kanton Basel-Landschaft ist zudem bekannt, dass sie häufiger Schweizer/innen sind und aus Schulklassen mit relativ geringen Ausländeranteilen kommen, was ihnen gegenüber vielen Basler Jugendlichen zu Vorteilen verhelfen könnte.

Sind die Übergangsprobleme der Basler Jugendlichen also der Konkurrenz aus dem Umland und anderen Kantonen geschuldet? Dies kann nicht ganz ausgeschlossen werden, doch präsentieren sich die Verhältnisse in Bern und Zürich ähnlich. Auch in Bern werden viele «städtische» Lehrstellen von Jugendlichen aus anderen Gemeinden besetzt, die zudem häufig anspruchsvollere Lehrstellen innehaben. Möglicherweise handelt es sich dabei primär um einen Selektionseffekt: Jugendliche, die grössere Pendeldistanzen zum Lehrbetrieb zurücklegen, sind durchschnittlich womöglich stärker motiviert als Personen, bei denen Wohnort und Lehrstellenort identisch sind.

Konkurrenz aus dem Ausland: Grenzkantone weisen gemäss Forschungsergebnissen wegen der Grenzgänger/innen tendenziell höhere Arbeitslosenquoten aus. Entscheidend ist dabei nicht, dass die Grenzgänger/innen die Einheimischen aus ihren Stellen verdrängen würden, sondern es den Arbeitslosen schwieriger fällt, den Weg zurück in die Arbeitswelt zu finden. Es ist aufgrund der bekannten Forschungsergebnisse anzunehmen, dass solche Effekte auch bei den jungen Erwachsenen eine Rolle spielen. Bei den 15- bis 19-Jährigen, die noch im «Lehrlingsalter» sind, ist der Effekt darin zu erkennen, dass rund 4.5% der Lehrstellen in Basel-Stadt von Jugendlichen aus dem Ausland besetzt sind. Der Anteil ist also gering. Ausgeprägter dürfte

die Konkurrenz aber für die 20- bis 24-Jährigen sein, welche sich nach einer Sek II-Ausbildung auf Stellen bewerben.

Schwierigkeiten an der zweiten Schwelle nach Attestlehren: Basel hat einen gut doppelt so hohen Anteil an Attestlehren wie Bern und Zürich. An der ersten Schwelle (Schule – Berufsbildung) ist dieser Sachverhalt positiv zu werten: Er bedeutet, dass eher leistungsschwache Schüler/innen ebenfalls Gelegenheiten haben, eine Berufsausbildung zu absolvieren. An der zweiten Schwelle können jedoch – gewissermassen «verzögerte» – Probleme auftreten, wenn es den jungen Erwachsenen trotz einem Berufsattest schwer fällt, auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig Fuss zu fassen. Dies trifft gemäss Aussagen der Expert/innen oft zu, wenn an die Attestlehre keine EFZ-Ausbildung angehängt werden kann oder die Lernenden nach der Attestausbildung nicht im selben Betrieb regulär angestellt werden. In welchem Ausmass solche Schwierigkeiten bestehen, lässt sich schwer beziffern. Gezielte Anstrengungen zur weiteren Qualifikation nach einer Attestlehre könnten dazu beitragen, diese Schwierigkeit zu verringern.

4.3. Nicht überzeugende Erklärungsansätze

Branchenstruktur und starke Position der Pharmaindustrie: 17% aller besetzten Lehrstellen des Kantons Basel-Stadt sind im verarbeitenden Gewerbe angesiedelt, meistens in Pharmaunternehmen. In Bern und Zürich ist dieser Anteil deutlich tiefer. Gemäss den Basler Expert/innen stellen die Ausbildungsplätze in der Pharmaindustrie hohe schulische Leistungsanforderungen. Diese Lehrstellen stehen somit für leistungsschwache Schulabgänger/innen nicht zur Verfügung. Allerdings gibt es in Basel ohnehin mehr Lehrstellen als Lehrstellensuchende aus der Stadt selber. Sind die Chancen auf Lehrstellen der Pharmabranche für einen Teil der städtischen Schulabgänger/innen aufgrund der schulischen Leistungen gering, so folgt daraus nicht zwingend, dass es für die Basler/innen zu wenige andere angemessene Lehrstellen gibt.

Lehrstellenmangel: Lehrstellenmangel war in Basel in den 2000er-Jahren ein Thema. Aufgrund starker Anstrengungen von Politik, Verwaltung und Privatwirtschaft sind jedoch in den letzten Jahren zahlreiche neue Lehrstellen geschaffen worden. Auch ist in naher Zukunft aus demographischen Gründen mit einem weiteren Rückgang der Lehrstellensuchenden zu rechnen. Alle Expert/innen sind sich einig, dass die Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in den Beruf nicht länger einem grundsätzlichen

Mangel an Lehrstellen geschuldet sind. Dies gilt auch für Bern und Zürich.

Auflösung von Lehrverträgen: Gemessen an den neu abgeschlossenen Lehrverträgen des Vorjahres, wird in Basel fast jeder dritte Lehrvertrag aufgelöst. Genaue Vergleiche auf Stadtebene mit Bern und Zürich sind nicht möglich, doch dürften sich deren Auflösungsquoten in ähnlichen Grössenordnungen bewegen. Lernende aus der Stadt Basel erleben zwar etwas häufiger Lehrvertragsauflösungen als solche aus anderen Kantonen, die ihre Lehre in Basel absolvieren. Auch hier könnte es sich jedoch um einen Selektionseffekt handeln (vgl. «Konkurrenz aus dem Umland»). Zudem sind Lehrvertragsauflösungen längst nicht in jedem Fall problematisch, sondern führen nicht selten direkt zu einem neuen Vertrag. Von Bedeutung ist hierbei, dass nach einer Auflösung niederschwellige Coaching-Angebote zur Verfügung stehen.

Zusammenarbeit der Institutionen und Anreize: In allen drei Städten besteht ein diversifiziertes professionelles Angebot, um Jugendliche bei Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben zu beraten. Auch wenn

sich die Ausgestaltung der Angebote und Massnahmen in den drei Städten unterscheidet, so lässt sich aus den Unterschieden keine Begründung für die höheren Quoten in Basel erkennen. In allen drei Städten sehen die Expert/innen Handlungsbedarf bei der Koordination und der Steuerung der verschiedenen Unterstützungssysteme. Zudem besteht in allen drei Städten eine Unzufriedenheit in Bezug auf das Vorgehen, wenn Jugendliche einen allfälligen Anspruch auf Leistungen der Invalidenversicherung (IV) haben. Dies hängt auch damit zusammen, dass an die neu umgesetzte integrative Schulform keine integrative Berufsbildungsstrategie anschliesst. Die Herausforderungen diesbezüglich sind in den drei Städten sehr ähnlich und unterschiedliche Quoten lassen sich dadurch nicht erklären. Dennoch besteht gemäss Aussagen der Expert/innen bei der Systematisierung der Kooperation zwischen den Institutionen Optimierungsbedarf, um die Quoten von Jugendarbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen zu senken.

1 Ausgangslage und Fragestellung

Im Jahr 2005 ist im Kanton Basel-Stadt die interdepartementale Strategiegruppe Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt worden. Der Auftrag der Strategiegruppe bestand darin, ein umfassendes Massnahmenkonzept zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit zu entwickeln und eine koordinierende Gesamtsicht der Aktivitäten zu gewährleisten. Heute stellt sich die Frage, in welchem institutionellen Rahmen die Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit weiterverfolgt werden und ob die Strategiegruppe ihre Tätigkeit weiterführt. In diesem Zusammenhang hat das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) des Kantons Basel-Stadt ein Projektmandat an das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) vergeben, welches aufzeigen soll, wo die Stadt Basel in Bezug auf Jugendarbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen im Vergleich zu anderen Schweizer Städten steht und welche Phänomene hinter den unterschiedlichen Quoten stehen.

Die vorliegende Studie gliedert sich in drei Teile.

■ In Abschnitt 2 werden die Quoten für Jugendarbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug der zehn grössten Schweizer Städte verglichen. Der Fokus dieser Analyse besteht darin, einzuordnen, wie Basel im Städtevergleich in Bezug auf Jugendarbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen dasteht; ob die Quoten höher als in den anderen betrachteten Städten sind und wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt haben. Dabei werden die Quoten getrennt für 15- bis 19-Jährige und für 20- bis 24-Jährige betrachtet.

■ In einem nächsten Schritt werden die Lebenssituationen der jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe in fünf ausgewählten Städten mittels einer vertieften Analyse miteinander verglichen. Der Vergleich beinhaltet die Städte Basel, Bern, St. Gallen, Winterthur und Lausanne. Die jungen Erwachsenen werden Typen zugeteilt, welche darüber Aufschluss geben sollen, welches die unmittelbaren Gründe für den Sozialhilfebezug sind. Zudem wird untersucht, in welchem Ausmass Erwerbslosigkeit und Ausbildungslosigkeit unter den jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe verbreitet ist. Ziel dieser Analyse ist, zu eruieren, ob bestimmte Problemlagen in Basel oder anderen Städten besonders akzentuiert sind.

■ Das Ziel des vierten Abschnitts besteht darin, Ursachen für die relativ hohen Quoten in Basel zu ergründen. Zu diesem Zweck wird Basel detailliert mit den Städten Bern und Zürich. Die beiden Vergleichsstädte weisen tiefere Quoten für Jugendarbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen aus, sind aber bezüglich Grösse und Ausgestaltung des Sozialwesens relativ ähnlich. Es werden Faktoren verglichen, welche einen Einfluss auf Quoten für Jugendarbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug haben können. Dabei stützt sich die Untersuchung auf einen Datenvergleich anhand einer Dokumentanalyse und auf Interviews mit Expert/innen in den drei Städten. Betrachtet wird das Bildungssystem der obligatorischen Schule auf Sekundarstufe I, weil dessen Ausgestaltung einen Einfluss auf das Gelingen der Übergänge an der ersten Schwelle haben kann. Zudem werden die Anschlusslösungen nach der obligatorischen Schule in den drei Städten detailliert verglichen. Dem Vergleich von Schwierigkeiten in den einzelnen Etappen des Durchlaufens einer Berufsbildung ist ein nächster Abschnitt gewidmet. Weiter werden Daten zum Wohnungsmarkt und die Bevölkerungsstruktur der drei Städte einander gegenübergestellt und es wird betrachtet, ob in den Städten unterschiedliche Anreize aufgrund der Abläufe bei den Sozialversicherungen bestehen.

Begriffsdefinition: Je nach Statistik werden unter den Begriffen Jugendliche und junge Erwachsene verschiedene Altersgruppen zusammengefasst. In der Arbeitslosenversicherung wird für die Berechnung der Jugendarbeitslosigkeit die Gruppe der 15- bis 24-Jährigen berücksichtigt. Diese wird in einem weiteren Detaillierungsgrad aufgeteilt in die Gruppe der 15- bis 19-Jährigen und die Gruppe der 20- bis 24-Jährigen. In der Schweizerischen Sozialhilfestatistik bilden die 18- bis 25-Jährigen die Gruppe der jungen Erwachsenen. In diesem Bericht halten wir uns bei der Kommentierung der offiziellen Statistiken an die

jeweilige Begriffsdefinition. Insgesamt sind in diesem Bericht mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen die 15- bis 25-jährigen Personen gemeint, wobei sich der Begriff Jugendliche eher auf die jüngeren Altersklassen bezieht (15 bis 19-Jährige) und der Begriff junge Erwachsene eher auf die älteren Altersklassen (20- bis 25-Jährige). Verschiedene Studien haben gezeigt, dass längst nicht alle erwerbslosen Jugendlichen bei einer Regionalen Arbeitsvermittlungsstelle (RAV) als arbeitslos gemeldet sind (Amosa 2004, 7; Weber 2007, 52). In den Berichtsteilen, wo die offiziellen Arbeitslosenzahlen kommentiert werden (insbesondere Abschnitt 2.1) bezieht sich der Begriff «Arbeitslosigkeit» auf die gemeldeten arbeitslosen Personen. Insgesamt sind in diesem Bericht wenn von Jugendarbeitslosigkeit die Rede ist auch die gemeldeten stellensuchenden Personen sowie weitere stellensuchende Jugendliche und junge Erwachsene, welche nicht bei einer regionalen Arbeitsvermittlungsstelle (RAV) gemeldet sind, gemeint.

2 Wichtige Kennzahlen – Vergleich von zehn Städten

2.1 Jugendarbeitslosigkeit

Spricht man von Jugendarbeitslosigkeit, so sind in der Regel 15- bis 24-jährige Personen gemeint. Mitunter werden die Arbeitslosenquoten feiner aufgeteilt und für 15- bis 19-Jährige sowie für 20- bis 24-Jährige dargestellt. Die Phänomene, welche hinter den Arbeitslosenquoten für die beiden Altersgruppen stehen, unterscheiden sich grundlegend. Bei den 15- bis 19-Jährigen handelt es sich um Personen, die aufgrund ihres Alters eigentlich in einer Ausbildung sein sollten. Hohe Arbeitslosenquoten für 15- bis 19-Jährige deuten auf Probleme an der ersten Schwelle – dem Übergang von der Schule in eine nachobligatorische Ausbildung – hin. Bei Arbeitslosen zwischen 20 und 24 Jahren hingegen handelt es sich öfter um Personen, die bereits eine (Berufs-)Ausbildung abgeschlossen haben und Schwierigkeiten bekunden, einen Einstieg ins Erwerbsleben zu finden oder sich im Arbeitsmarkt zu etablieren.

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die Arbeitslosenquoten gebildet werden, indem man die Zahl der Arbeitslosen durch die Zahl der Erwerbspersonen – d.h. die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen – teilt. Während Lehrlinge zu den Erwerbstätigen zählen, gelten Jugendliche in einer schulischen Ausbildung und Studierende als Nichterwerbspersonen. Die Arbeitslosenquoten drücken also nicht aus, wie gross der Anteil der Arbeitslosen unter allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist, sondern sie beziehen sich einzig auf diejenigen, die – als Stellensuchende oder Erwerbspersonen – tatsächlich schon im Erwerbsleben stehen. Weiter ist darauf hinzuweisen, dass die in den offiziellen Statistiken verwendete Zahl der Erwerbspersonen nach wie vor anhand der Volkszählung 2000 bestimmt wird. Weil seither mehr als zehn Jahre vergangen sind, sind die Quoten gerade für 15- bis 19-Jährige mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen.²

Abbildung 1 und Abbildung 2 zeigen die Arbeitslosenquoten der 15- bis 19-Jährigen für die zehn grössten Schweizer Städte in den Jahren 1997 bis 2011. Weil das Niveau der Arbeitslosigkeit in der Deutschschweiz tiefer ist als in der Romandie, vergleicht Abbildung 1 die Stadt Basel mit den grössten Deutschschweizer

² Im Vergleich zu den anderen betrachteten Deutschschweizer Städten ist der Anteil der Erwerbspersonen an der 15- bis 19-jährigen Wohnbevölkerung in Basel im Jahr 2000 relativ gering (42 Prozent). In den betrachteten Städten der Deutschschweiz liegt der Anteil zwischen 46 und 55 Prozent, in denen der Romandie zwischen 31 und 38 Prozent. Um abzuklären, wie stark Arbeitslosigkeit die Jugendlichen insgesamt betrifft, haben wir den Anteil arbeitsloser Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung der entsprechenden Altersgruppen ebenfalls berechnet (für das Jahr 2010). Die Berechnungen zeigen, dass Basel im Städtevergleich diesbezüglich die gleichen Positionen einnimmt, wie wenn man die Arbeitslosenquoten betrachtet. Somit kann festgehalten werden, dass die Aussagen zu den Ergebnissen des Städtevergleichs durch die unterschiedlichen Anteile von Erwerbspersonen nicht verändert werden.

Städten, Abbildung 2 mit den grössten Städten der lateinischen Schweiz. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird das bilingue Biel in den Vergleich mit den Städten der lateinischen Schweiz integriert. Abbildung 3 und Abbildung 4 zeigen die entsprechenden Quoten für 20- bis 24-Jährige.

In allen Abbildungen wird deutlich, dass die Arbeitslosigkeit **konjunkturellen Schwankungen** unterliegt. Für Jugendliche und junge Erwachsene gilt dies besonders: Wie Analysen für die gesamte Schweiz zeigen, bekommen sie es schneller und stärker zu spüren, wenn sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert, weil sie häufig noch keine feste Stelle haben und deshalb besonders darunter leiden, wenn Unternehmen keine neuen Stellen schaffen oder sich bei Neuanstellungen zurückhaltend zeigen. Spiegelbildlich geht die Jugendarbeitslosigkeit bei guter Konjunkturlage oft auch überproportional zurück (Weber 2007, 52). Zudem ist die Dauer der Arbeitslosigkeit für junge Erwachsene im Durchschnitt kürzer als für ältere Personen (Flückiger et al. 2007, 59). Die kürzere Dauer der registrierten Arbeitslosigkeit von jungen Erwachsenen kann teilweise auch darauf zurückgeführt werden, dass die maximale Anzahl Taggelder für Personen unter 25 Jahren tiefer angesetzt ist als für ältere Personen.

Aus **Abbildung 1** ist ersichtlich, dass die **Arbeitslosenquote der 15- bis 19-Jährigen** in Basel insbesondere während der letzten Jahre, die durch eine schwierige wirtschaftliche Situation geprägt sind, relativ hoch war. Im Jahr 2011 lag sie bei 4 Prozent und somit höher als in den anderen grossen Deutschschweizer Städten. Lediglich Winterthur wies über den betrachteten Zeitraum eine noch höhere Quote für 15- bis 19-Jährige aus, diese hat sich jedoch im 2011 markant reduziert. Zwischen 2004 und 2007 war die Quote auch in Zürich höher, ist aber in den letzten Jahren ebenfalls auffällig stark gesunken. Generell tiefere Quoten weisen die Städte Bern, und St. Gallen aus. **Abbildung 2** enthält den Vergleich mit den französischsprachigen Städten und Lugano. Biel und Lausanne wiesen lange Zeit vergleichsweise hohe Arbeitslosenquoten für 15- bis 19-Jährige aus, 2011 lagen sie leicht unter der derjenigen von Basel. Lugano verzeichnet seit 2000 eine erstaunlich regelmässige Zunahme und hat seit mehreren Jahren eine höhere Quote als Basel. In Genf dagegen ist die Quote meist tiefer als in Basel und scheint weniger stark auf konjunkturelle Veränderungen zu reagieren.

Im Vergleich zur Gesamtschweiz (Abbildung 23 und Abbildung 24 im Anhang) waren die Arbeitslosenquoten für 15- bis 19-Jährige über den betrachteten Zeitraum in allen Städten höher. Dies deutet darauf hin, dass die Arbeitslosenquote von 15- bis 19-Jährigen allgemein in grossen Städten höher ist als in den Agglomerationen und kleineren Gemeinden. Seit dem Jahr 2000 war die Arbeitslosenquote der 15- bis 19-Jährigen in Basel zwischen 1.5 und 1.9 Mal so hoch wie in der Gesamtschweiz.

Bei der **Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen** (vgl. **Abbildung 3** und **Abbildung 4**) sind die Quoten generell höher. Zudem sind stärkere Unterschiede nach Sprachregion zu erkennen. Vergleicht man Basel mit den grossen Deutschschweizer Städten, so ist die Arbeitslosenquote für 20- bis 24-Jährige lediglich in Winterthur über den gesamten betrachteten Zeitraum höher oder gleich hoch. Zudem reagiert die Winterthurer Quote stärker auf konjunkturelle Veränderungen, in der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise trifft dies auch auf St. Gallen zu. Deutlich höher als in Basel lagen die Arbeitslosenquoten für 20 bis 24-Jährige hingegen in den grossen französischsprachigen Städten sowie in Lugano. Dies kann daran liegen, dass in der deutschsprachigen Schweiz das duale Berufsbildungssystem stärker verbreitet ist als in der Romandie. Das duale Berufsbildungssystem ist stärker als schulische Ausbildungsgänge durch die Bedürfnisse der Betriebe gesteuert und es kommt oft vor, dass Lernende nach der Berufslehre im Lehrbetrieb weiter beschäftigt bleiben, wodurch Phasen der Stellensuche nach der Berufslehre seltener entstehen (Müller/Schweri 2009, 8).

Im Gegensatz zu den Resultaten für die jüngere Altersgruppe zeigt der Vergleich der Arbeitslosenquoten der Städte für 20- bis 24-Jährigen mit der Gesamtschweiz (vgl. Abbildung 25 und Abbildung 26 im An-

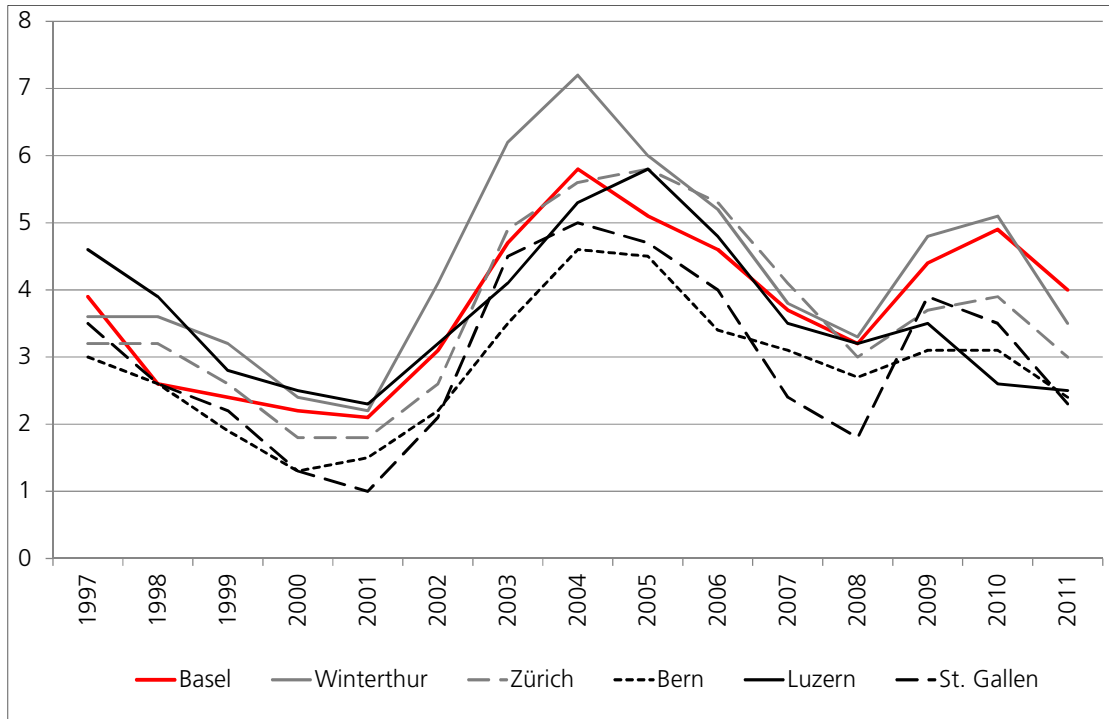
hang), dass die Quoten in den Deutschschweizer Städten meist nicht viel höher sind als in der Gesamtschweiz. Das heisst: Während Arbeitslosigkeit von Jugendlichen im «Lehrlingsalter» ein vorwiegend städtisches Problem ist, trifft dies auf die Arbeitslosigkeit der 20- bis 24-Jährigen – die stärker auch Schwierigkeiten an der 2. Schwelle (Übergang Ausbildung – Beruf) spiegelt – nicht oder zumindest nicht sehr ausgeprägt zu. Winterthur bildet hierbei eine Ausnahme. In Basel war die Quote bis 2008 leicht höher als in der Gesamtschweiz, in den letzten Jahren konnte sie jedoch auf das Niveau der Gesamtschweiz gesenkt werden. In den grösseren Städten der lateinischen Schweiz dagegen liegt die Arbeitslosenquote der 20- bis 24-Jährigen meistens deutlich über der Quote der Gesamtschweiz.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Arbeitslosenquoten in Basel sowohl für 15- bis 19-Jährige als auch für 20- bis 24-Jährige im Städtevergleich generell höher sind als in Zürich, Bern, St. Gallen und Luzern. Unter den grossen Städten der Deutschschweiz hat nur Winterthur in der Regel eine höhere Jugendarbeitslosigkeit als Basel, wobei sich die Quoten 2011 stark angeglichen haben. Wie stark der Rückgang der Quoten im Jahr 2011 ausgefallen ist, dürfte auch davon abhängen, wie viele Personen von der Reduktion der Anzahl Taggelder aufgrund der Revision Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) im April 2011 betroffen waren.

Gleichzeitig ist festzuhalten: Die Jugendarbeitslosenquoten Basels fallen zwar im Städtevergleich überdurchschnittlich hoch aus, aber die Abstände zu den anderen grossen Deutschschweizer Städten sind nicht enorm. Gerade bei den 15- bis 19-Jährigen können unterschiedliche Vorgehensweisen der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) einen Einfluss auf die Quoten haben; beispielsweise wenn aufgrund der Triageverfahren der Zugang zu Motivationssemestern in den Städten unterschiedlich gestaltet ist.³ Für die Gruppe der 20- bis 24-jährigen hat sich die Arbeitslosenquote von Basel in den letzten Jahren dem Durchschnitt der Gesamtschweiz angeglichen. Für diese Altersgruppe sind die Arbeitslosenzahlen in den französischsprachigen Städten und in Lugano deutlich höher. Jugendarbeitslosigkeit wird mitunter als «Problem der Übergänge» bezeichnet (Amosa 2004, 17). Die Zahlen zeigen auf, dass in Basel anscheinend stärker als in anderen Städten Probleme beim Übergang von der obligatorischen Schule in nachobligatorische (Berufs-) Ausbildungen (erste Schwelle) bestehen als in anderen Städten. Auch die Übergänge an der zweiten Schwelle – von der Ausbildung ins Erwerbsleben – sind in Basel nicht unproblematisch, allerdings im Vergleich zur Gesamtschweiz weniger auffallend.

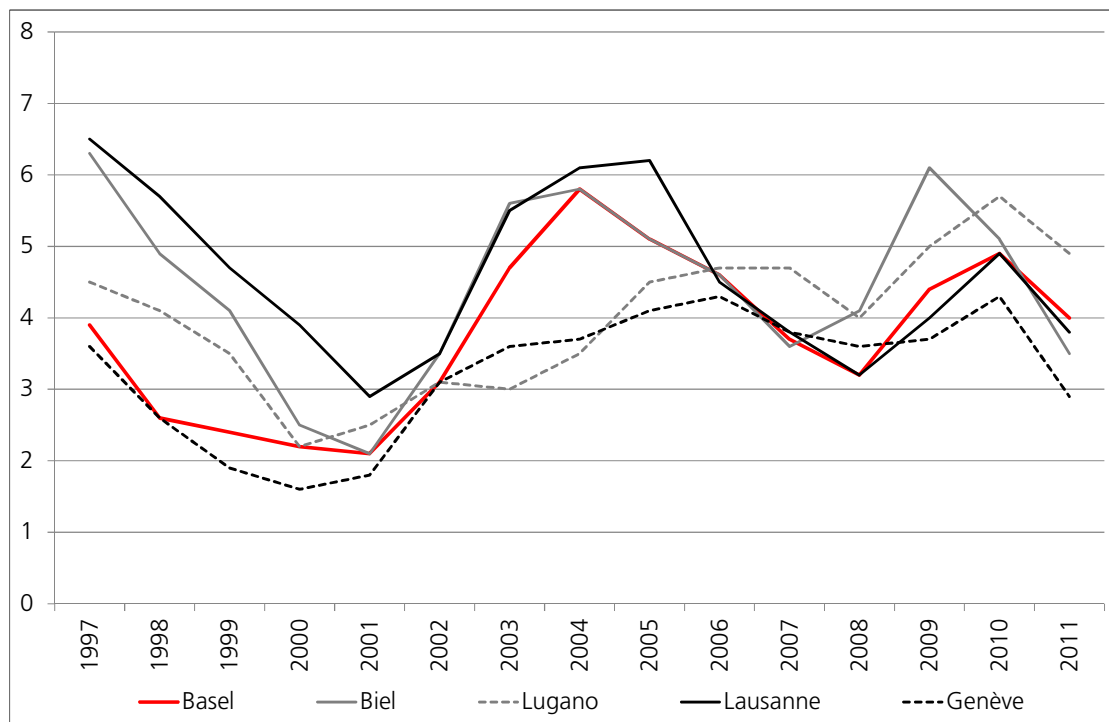
³ In Bern ist es möglich, dass auch der Sozialdienst Jugendliche in Motivationssemester des Kompetenzzentrum Arbeit zuweisen kann (und nicht nur die RAV). Diese Form der Zusammenarbeit hat sich gemäss Aussagen der Expert/innen bewährt.

Abbildung 1: Arbeitslosenquoten der 15- bis 19-Jährigen: Basel und Deutschschweizer Städte 1993 bis 2011 (Jahresdurchschnitte)



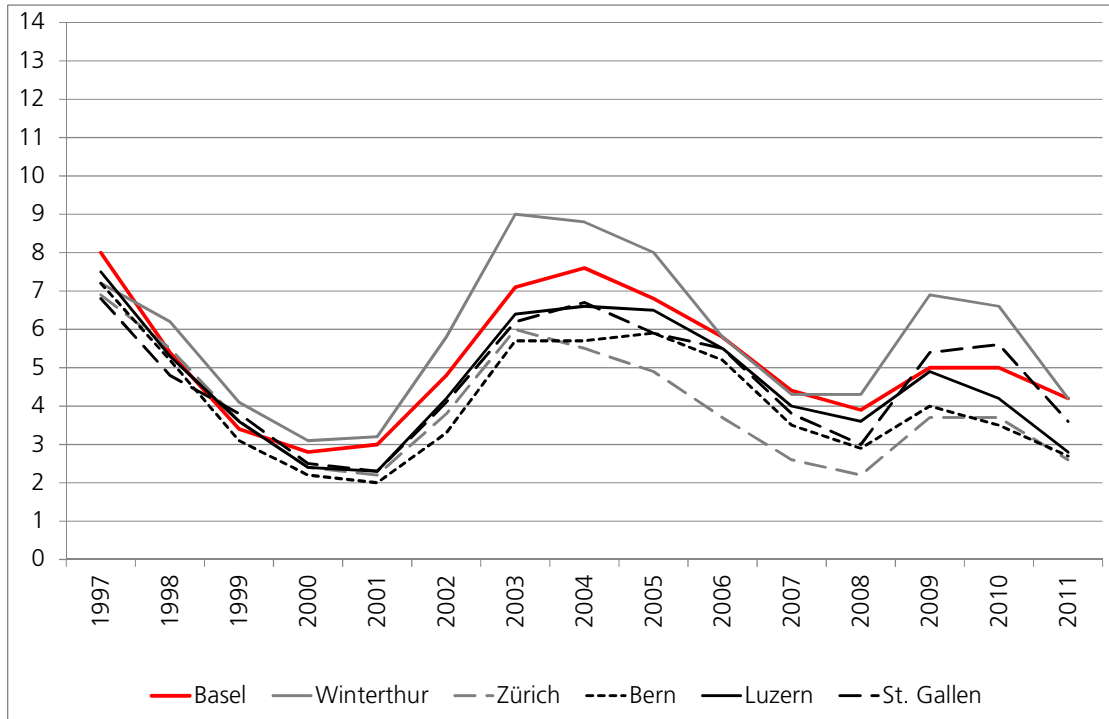
Quelle: Seco, Amstat, Darstellung: BASS

Abbildung 2: Arbeitslosenquoten der 15- bis 19-Jährigen: Basel und französisch- und italienischsprachige Städte 1993 bis 2011 (Jahresdurchschnitte)



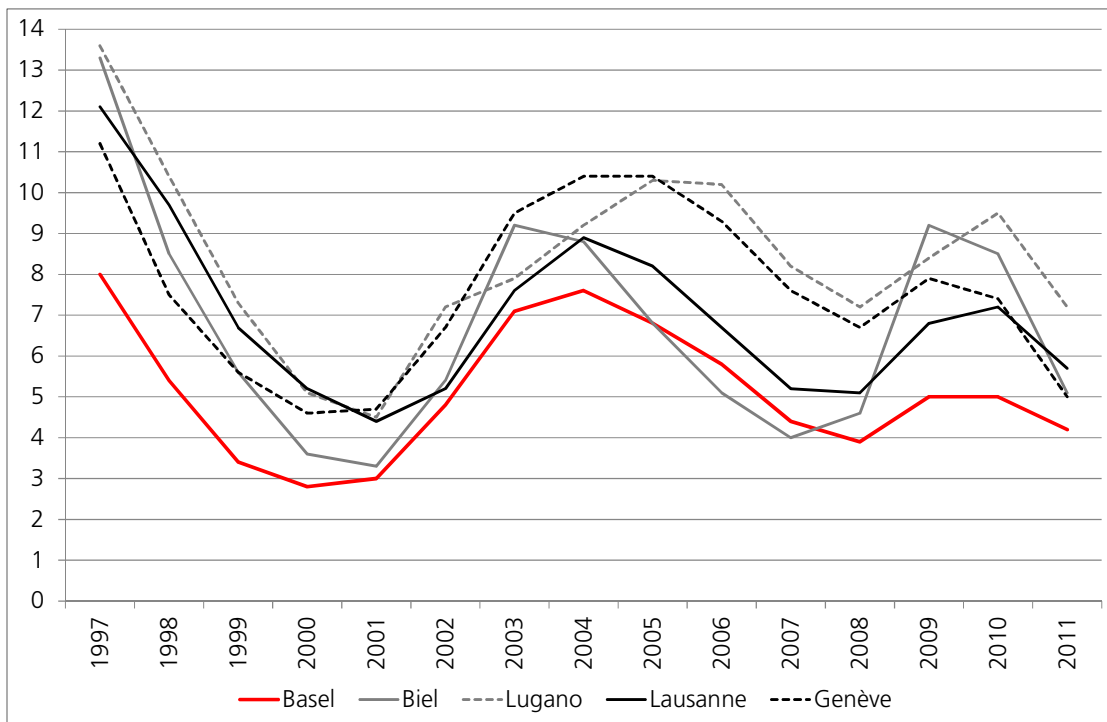
Quelle: Seco, Amstat, Darstellung: BASS

Abbildung 3: Arbeitslosenquoten der 20- bis 24-Jährigen: Basel und Deutschschweizer Städte 1993 bis 2011 (Jahresdurchschnitte)



Quelle: Seco, Amstat, Darstellung: BASS

Abbildung 4: Arbeitslosenquoten der 20- bis 24-Jährigen: Basel und französisch- und italienischsprachige Städte 1993 bis 2011 (Jahresdurchschnitte)



Quelle: Seco, Amstat, Darstellung: BASS

Um der Frage nachzugehen, ob Frauen und Männer zu gleichen Teilen von Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind, wurden die entsprechenden Quoten auch **getrennt nach Geschlecht** betrachtet. Für die Gruppe der 20- bis 24-Jährigen ist der Unterschied klar: Junge Männer zwischen 20- und 24 Jahren sind öfter arbeitslos als junge Frauen. Dies trifft in allen betrachteten Städten für die meisten Jahre zu. In Basel lag die Arbeitslosenquote der 20- bis 24-jährigen Männer im Jahr 2011 bei 4.7 Prozent, die der Frauen bei 3.6 Prozent. Als Grund für höhere Arbeitslosenquoten von Männern wird mitunter angeführt, dass sich erwerbslose Frauen seltener beim RAV melden als erwerbslose Männer (BFS 2010⁴). Für die 15- bis 19-Jährigen ist das Bild weniger klar. Hier handelt es sich um geringere Fallzahlen, weshalb auch die Unterschiede zwischen den Geschlechtern stärker schwanken können. In Winterthur, St. Gallen, Lugano, Lausanne und Genf waren 15- bis 19-jährige Frauen meistens stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. In den anderen Städten lässt sich kein generelles Muster erkennen. In Basel war die Arbeitslosenquote der 15- bis 19-Jährigen zwischen 1998 und 2008 für Frauen höher, in den letzten Jahren jedoch für Männer.

Eine vertiefende Zusatzauswertung **nach Nationalität** zeigt ein deutliches Bild: In der Regel sind in allen Städten die Ausländer/innen öfter arbeitslos als Schweizer/innen, sowohl bei den 15- bis 19-Jährigen wie auch den 20- bis 24-Jährigen. Allerdings gibt es ein paar interessante Ausnahmen. Für die Gruppe der 15- bis 19-Jährigen ist die Arbeitslosenquote für Schweizer/innen in Basel und Genf in den letzten Jahren höher als für Ausländer/innen.⁵ In einzelnen Jahren trifft dies auch für Zürich und Lugano zu. Dies hat jedoch insbesondere damit zu tun, dass viele 15- bis 19-jährige Schweizer/innen in schulischen Ausbildungen sind und somit die Zahl der Erwerbspersonen für diese Gruppe gering ausfällt.⁶ Insgesamt kann man somit für die Gruppe der 15- bis 19-Jährigen in Basel festhalten, dass Schweizer/innen, die keine schulische Ausbildung besuchen, häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Ausländer/innen. Bei den 20- bis 24-Jährigen kommt es nur sehr selten vor, dass die Arbeitslosenquote von Schweizer/innen höher ist als diejenige von Ausländer/innen.

Differenz zwischen Erwerbslosen, (gemeldeten) Stellensuchenden und Arbeitslosen

Die Arbeitslosenzahlen enthalten nicht alle Personen, die tatsächlich auf der Suche nach einer Arbeit sind. Erstens melden sich nicht alle erwerbslosen Personen bei einem RAV – insbesondere deshalb, weil nicht alle erwerbslosen Personen Anrecht auf Entschädigungen der Arbeitslosenversicherung haben oder weil sie die maximale Anzahl Taggelder bereits bezogen haben und ausgesteuert wurden. Die Zahl der Erwerbslosen ist deshalb höher als die Zahl der Arbeitslosen. Zweitens treten Personen, welche nicht direkt vermittelbar sind – beispielsweise weil sie in einem Beschäftigungsprogramm sind –, nicht in den Arbeitslosenzahlen auf. Sie gelten als (gemeldete) Stellensuchende. Wenn sich die Praxis der RAV in Bezug auf Beschäftigungsprogramme für Jugendliche unterscheidet, beispielsweise dadurch, dass in gewissen Städten Jugendliche nach der Anmeldung rascher in einem Motivationssemester arbeiten, so vermittelt ein Städtevergleich der Arbeitslosenquoten unter Umständen ein falsches Bild. Sind viele Jugendliche in Beschäftigungsprogrammen, so kann eine tiefe Arbeitslosenquote resultieren, obwohl effektiv viele Jugendliche beim RAV registriert sind.

4

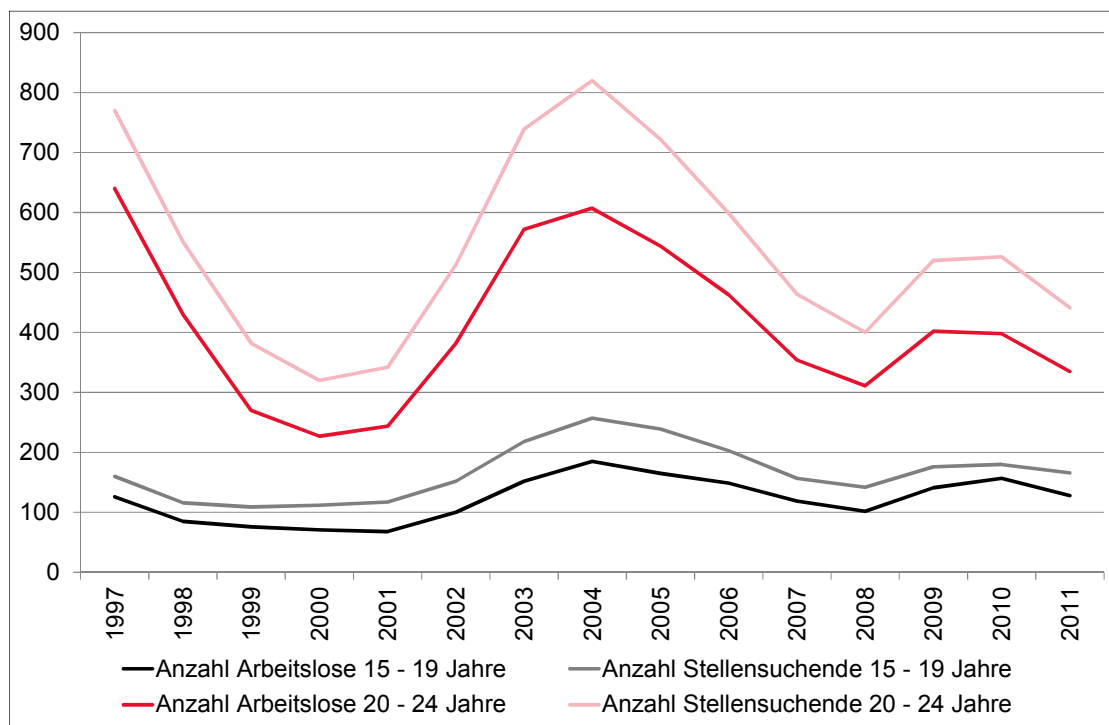
http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/regionen/thematische_karten/gleichstellungsatlas/erwerbsarbeit_und_beruf/erwerbslosigkeit.html

⁵ Für Basel seit dem Jahr 2005, für Genf seit dem Jahr 2001.

⁶ Bei der Interpretation dieses Ergebnisses ist zu berücksichtigen, dass die Arbeitslosenquote berechnet wird, indem man die Zahl der Arbeitslosen durch die Zahl der Erwerbspersonen (d.h. Erwerbstätige und Erwerbslose) teilt. Weil viele Schweizer/innen im Alter von 15 bis 19 Jahren eine schulische Ausbildung besuchen, ist die Zahl der 15- bis 19-jährigen Erwerbspersonen mit Schweizer Nationalität im Vergleich zur Gesamtbevölkerung relativ gering.

Die erste Lücke lässt sich nicht schliessen, die zweite dagegen schon. Denn die Arbeitslosenstatistik enthält nicht nur Angaben zu den Arbeitslosen mit Anrecht auf Taggelder der Arbeitslosenversicherung, sondern auch zu den gemeldeten Stellensuchenden, d.h. allen Personen, die bei einem RAV gemeldet sind.⁷ Wie aus den Zahlen für Basel in **Abbildung 5** ersichtlich ist, verlaufen die Kurven weitgehend parallel. Sowohl unter den 15- bis 19-Jährigen als auch unter den 20- bis 24-Jährigen machen die arbeitslosen Personen rund 75 Prozent der gemeldeten stellensuchenden Personen aus. In den betrachteten Städten ist der Anteil der «nicht arbeitslosen Stellensuchenden» unter den Jugendlichen ungefähr gleich gross.⁸ Ein Städtevergleich der Stellensuchendenquoten der beiden Altersgruppen liefert die gleichen Resultate wie der Vergleich der Arbeitslosenquoten.

Abbildung 5: Basel: Anzahl Arbeitslose und Stellensuchende; 15 bis 19 Jahre und 20 bis 24 Jahre, 1997 bis 2011



Quelle: Seco, Amstat, Darstellung: BASS

Verhältnis zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit aller Altersgruppen

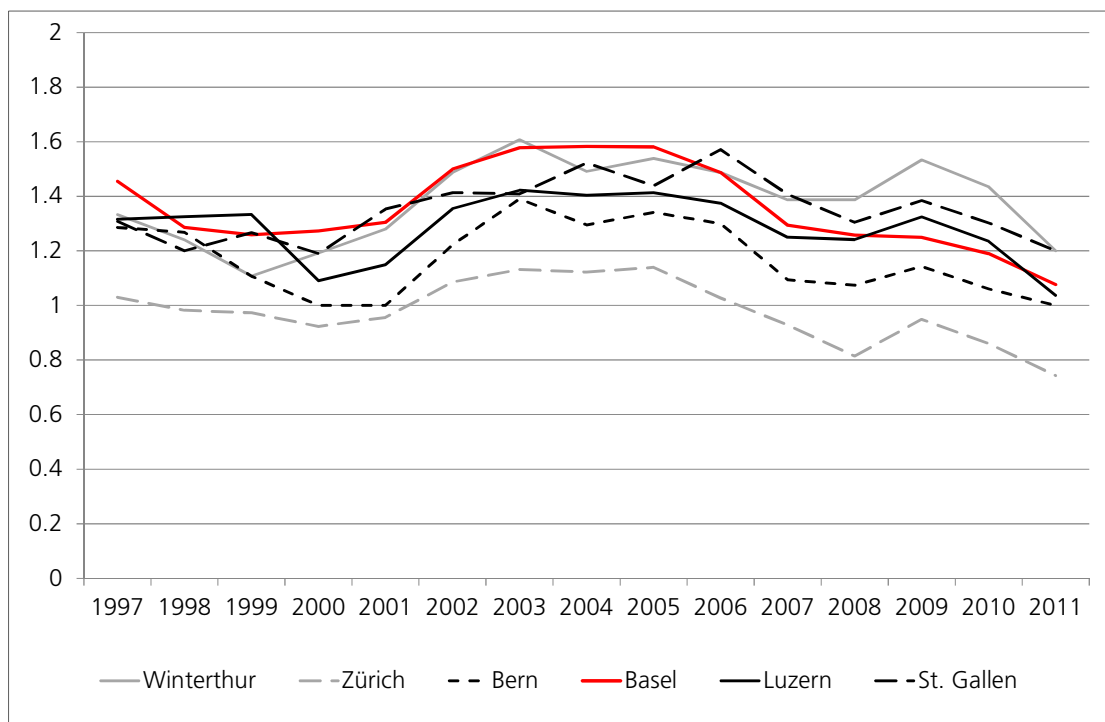
Wie verhalten sich die Arbeitslosenquoten der Jugendlichen zu den Arbeitslosenquoten der Gesamtbevölkerung in den einzelnen Städten? Spiegeln die unterschiedlichen Quoten für Jugendarbeitslosigkeit lediglich das allgemeine Niveau der Arbeitslosigkeit in den zehn grössten Schweizer Städten? Oder sind die Jugendlichen je nach Stadt mehr oder weniger stark von Arbeitslosigkeit betroffen als die übrige Bevölkerung?

⁷ Die Anzahl Stellsuchender setzt sich aus den Arbeitslosen und den «nicht arbeitslosen Stellensuchenden» zusammen, also der Personen, welche zwar bei der Regionalen Arbeitsvermittlungsstelle (RAV) registriert sind, aber eine Arbeit haben (Zwischenverdienst, Beschäftigungsprogramm, gekündigte Stelle) oder nicht sofort vermittelbar sind (Weiterbildung, Krankheit, Militärdienst).

⁸ In St. Gallen und Lausanne sind tendenziell die Anteile an «nicht arbeitslosen Stellensuchenden» etwas höher als in den anderen Städten. Im Städtevergleich stehen St. Gallen und Lausanne in Bezug auf Jugendarbeitslosigkeit etwas besser da, wenn man die Arbeitslosenquoten betrachtet als wenn man die Stellensuchendenquoten betrachtet.

In **Abbildung 6** ist das Verhältnis der Arbeitslosenquote von 20- bis 24-Jährigen zur Arbeitslosenquote der Gesamtbevölkerung für die grossen Städte der Deutschschweiz dargestellt (in Abbildung 27 bis Abbildung 30 im Anhang sind entsprechenden Darstellungen für die Romandie und für 15-bis 19-Jährige enthalten). Der Wert von 1.2 für Basel im Jahr 2010 bedeutet beispielsweise, das 20- bis 24-Jährige in Basel eine 1.2 Mal so hohe Arbeitslosenquote auswies wie die Gesamtbevölkerung von Basel (5.0 % vs. 4.2%). In der Mehrheit der betrachteten Deutschschweizer Städte weisen 20- bis 24-Jährige höhere Arbeitslosenquoten aus als die Gesamtbevölkerung. Basel bildet diesbezüglich also keine Besonderheit. Nur in Zürich ist die Arbeitslosenquote der Gesamtbevölkerung abgesehen von der konjunkturell schwachen Phase zwischen 2002 und 2006 höher als die Arbeitslosenquote der 20- bis 24-Jährigen.⁹

Abbildung 6: Verhältnis der Arbeitslosenquote der 20- bis 24-Jährigen zur Arbeitslosenquote der Gesamtbevölkerung: Basel und Deutschschweizer Städte 1997 bis 2011 (Jahresdurchschnitte)



Quelle: Seco, Amstat, Darstellung: BASS

Als Grund für das höhere Niveau der Jugendarbeitslosigkeit und die stärkere Abhängigkeit der Konjunktur wird oft angeführt, dass die grosse Mehrheit der Jugendlichen in der Schweiz im Alter zwischen 15 und 24 Jahren den Übergang vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt vollzieht und in dieser Übergangsphase dem Risiko der Arbeitslosigkeit besonders ausgesetzt ist (Weber 2007, 54). Eine weitere Ursache für die höheren Quoten besteht im Verhalten von Unternehmen bei Anstellungen und Entlassungen. Bei nachlassendem Bedarf an Arbeitskräften bauen Unternehmen Stellen in der Regel so weit als möglich ab, indem sie auf den Ersatz natürlicher Abgänge verzichten, wodurch es sich für Jugendliche erschwert, eine Anstellung zu finden (Weber 2007, 54).

⁹ In Lausanne und Genf (hier nicht grafisch dargestellt) war die Gesamtbevölkerung seit 2007 ebenfalls stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als 20- bis 24-jährige.

2.2 Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen

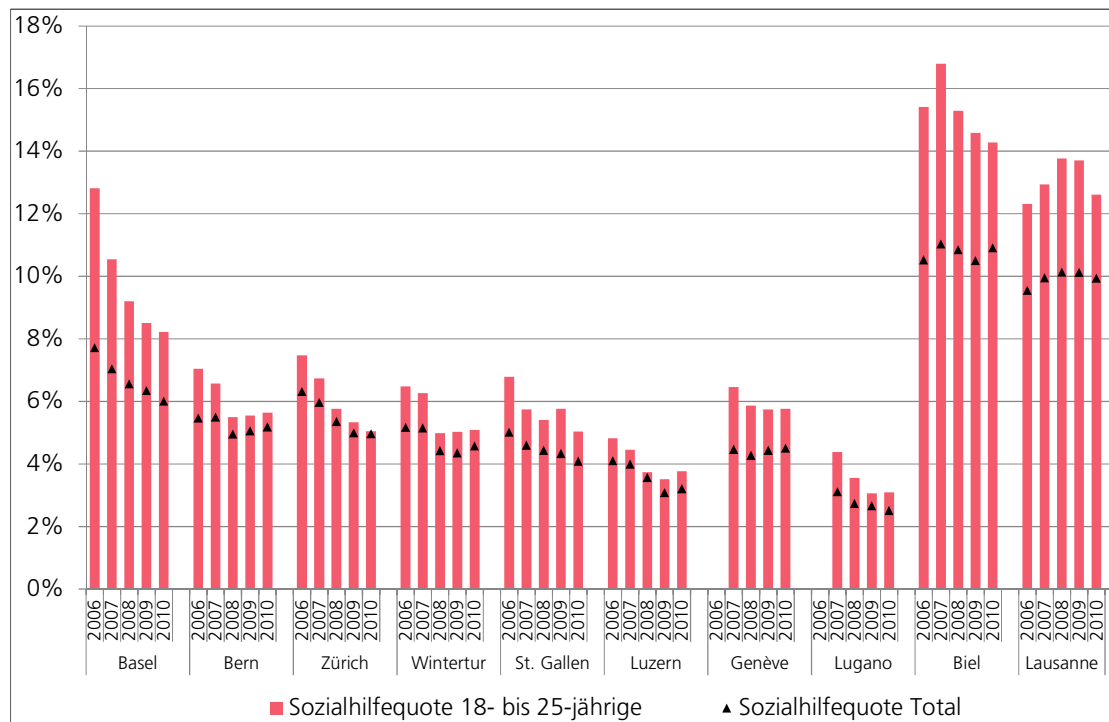
Der Vergleich der Sozialhilfequoten von 18- bis 25-Jährigen und der Sozialhilfequoten insgesamt für die zehn grössten Schweizer Städte vermittelt einen ersten Eindruck darüber, wie Basel bezüglich des Anteils an jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe im Städtevergleich dasteht. In der Sozialhilfestatistik werden die Altersgruppen anders gebildet als in der Arbeitslosenstatistik. Für junge Erwachsene wird in der Regel ab dem Zeitpunkt der Volljährigkeit ein eigenes Dossier geführt. Die Gruppe der jungen Erwachsenen besteht in der Sozialhilfestatistik aus 18- bis 25-jährigen Personen.

Die Entwicklung der Jahre 2006 bis 2010 sind in **Abbildung 7** dargestellt. Die Balken entsprechen den Quoten für 18- bis 25-Jährige, die Dreiecke markieren die Quoten für alle Altersgruppen insgesamt. Der Vergleich Basels mit den übrigen Städten fällt ambivalent aus: Auf der einen Seite hat Basel 2010 eine **hohe Sozialhilfequote der jungen Erwachsenen** – nur in Biel und Lausanne fällt sie markant höher aus. Auch gehört Basel zu denjenigen Städten, in denen die Sozialhilfequote der jungen Erwachsenen deutlich **über derjenigen der Gesamtbevölkerung** liegt. 2010 war sie um den Faktor 1.4 grösser, ähnlich sind die Verhältnisse in Genf, Biel und Lausanne. Das heisst, dass die hohe Sozialhilfequote der jungen Erwachsenen nicht einfach damit erklärt werden kann, dass in Basel allgemein verhältnismässig viele Leute mit unzureichenden finanziellen Mitteln auskommen müssen. Sondern es scheint, dass junge Erwachsene überdurchschnittlich häufig mit solchen Problemen konfrontiert sind.

Auf der anderen Seite ist festzuhalten, dass die Sozialhilfequote der jungen Erwachsenen in Basel vor wenigen Jahren noch deutlich grösser war. Seit 2006 ist sie unter allen beobachteten Städten am stärksten gesunken. Auch der Abstand zur Quote der Gesamtbevölkerung hat sich merklich reduziert. Gemäss Aussagen von Herrn Stephan Marx, Leiter Basisteam Junge Erwachsene der Sozialhilfe Basel, konnten in den letzten Jahren viele junge Erwachsene von der Sozialhilfe abgelöst werden, weil in einer konsequenten Einzelfallbetrachtung und einem strategischen Triageverfahren Beratungen in Bezug auf andere Sozialversicherungen vorgenommen wurden, was allerdings keine Erwerbsintegration beinhaltet. Es wurde aber auch eine Aktivierungsstrategie umgesetzt, welche sich gemäss der Meinung des Experten auf die Fallzahlen ausgewirkt hat.¹⁰ Ungewiss ist, ob der eindruckliche Trend zu rückläufigen Sozialhilfequoten in Basel sich in den nächsten Jahren noch fortsetzen wird. Die Veränderungsdaten der letzten Jahre deuten tendenziell eher auf eine Stagnation hin, wobei exogene Faktoren (insbesondere Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt) auch eine grosse Rolle spielen.

¹⁰ Telefonische Auskunft von Herrn Stephan Marx, Leiter Basisteam Junge Erwachsene der Sozialhilfe Basel am 7.5.2012.

Abbildung 7: Sozialhilfequoten von 18- bis 25-Jährigen und Sozialhilfequoten total; zehn grösste Schweizer Städte; 2006 bis 2010



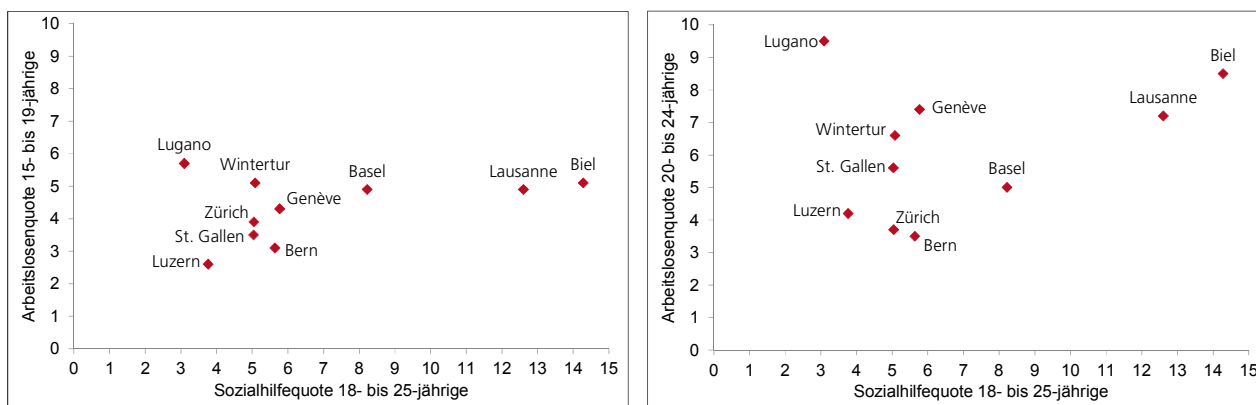
Quelle: BFS, Schweizerische Sozialhilfestatistik, Darstellung: BASS

Anmerkung: Für Genf und Lugano können die Quoten für das Jahr 2006 aufgrund eines Datenproblems nicht dargestellt werden.

2.3 Zusammenfassende Erkenntnisse aus dem Kennzahlenvergleich

Wie verhält sich die Position der Städte beim Vergleich der Jugendarbeitslosigkeit zur Position beim Vergleich der Sozialhilfequoten von jungen Erwachsenen? **Abbildung 8** enthält die Quoten für das Jahr 2010 in einem Streudiagramm. Auf der senkrechten Achse sind die Arbeitslosenquoten eingetragen, auf der waagrechten Achse die Sozialhilfequoten. Die Abbildung links betrifft die Arbeitslosigkeit der 15- bis 19-Jährigen, die rechte Abbildung die der 20- bis 24-Jährigen.

Abbildung 8: Arbeitslosenquoten und Sozialhilfequoten im Vergleich, 2010 (Scatterplot, Angaben in Prozent)



Quelle: BFS, Schweizerische Sozialhilfestatistik, Seco, Amstat; Darstellung: BASS

Beide Abbildungen zeigen, dass ein linearer Zusammenhang in dem Sinne, dass hohe Quoten von Jugendarbeitslosigkeit mit hohen Quoten für Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen einhergehen, nicht so offensichtlich ist, wie man vielleicht vermuten würde. In der Abbildung mit der Arbeitslosenquote der 15- bis 19-Jährigen handelt es sich um eine Punktwolke und es ist kaum ein Zusammenhang auszumachen. Bei den 20- bis 24-Jährigen ist eher ein Muster dahingehend zu erkennen, dass in Städten mit hoher Jugendarbeitslosigkeit auch die Quote für Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen hoch ist. Dem erwarteten Muster entsprechend ungefähr sechs der zehn Städte: Lausanne und Biel haben sowohl sehr hohen Arbeitslosen- wie auch sehr hohe Sozialhilfequoten. Luzern, Zürich und Bern haben bei beiden Dimensionen relativ geringe Quoten. Basel steht in der Mitte. In mehreren Städten dagegen ist die Sozialhilfequote trotz verhältnismässig grosser Jugendarbeitslosigkeit eher gering – besonders ausgeprägt in Lugano (das Umgekehrte, eine hohe Sozialhilfequote trotz geringer Jugendarbeitslosigkeit, ist nirgends zu beobachten). Dafür, dass kaum ein linearer Zusammenhang zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug besteht, kann es mehrere Gründe geben:

■ **Erstens** führt Erwerbslosigkeit nicht zwingend in die Armut. Haben Jugendliche keinen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung, oder werden sie nach langer Arbeitslosigkeit ausgesteuert, so ist entscheidend, ob die Eltern über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um sie zu unterstützen. Unterscheiden sich die Städte bezüglich der Finanzkraft der Eltern von erwerbslosen Jugendlichen systematisch, so können auch Unterschiede im Verhältnis von Jugendarbeitslosenquote und Sozialhilfequote der jungen Erwachsenen auftreten.

■ **Zweitens** verfügen die Städte bzw. Kantone über unterschiedlich stark ausgebaute Systeme bedarfsabhängiger Sozialleistungen, die der Sozialhilfe vorgelagert sind. Es dürfte kaum ein Zufall sein, dass gerade die Kantone Tessin (Lugano) und Genf höchsten Bezugsquoten von Bedarfsleistungen besitzen, die der

Sozialhilfe vorgelagert sind (Dubach et al./BFS 2011, 31) – auch wenn noch genauer zu untersuchen wäre, wie sich die auf den Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen auswirkt.¹¹

■ **Drittens** kann – wie bereits erwähnt – der unterschiedliche Umgang der Arbeitslosenversicherung mit erwerbslosen jungen Erwachsenen dazu führen, dass diese teilweise in der Arbeitslosenstatistik erscheinen, teilweise dagegen nicht.

■ **Viertens** könnten spezielle Programme der Sozialhilfe (z.B. striktes Einfordern von Gegenleistungen im Sinne von Arbeitseinsätzen) dazu führen, dass junge Erwachsene seltener Sozialhilfe beanspruchen.

■ **Fünftens** ist Arbeitslosigkeit nicht das Hauptproblem aller jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe. Teilweise ist auch ausschlaggebend, dass ihre Eltern ihnen die Ausbildung nicht finanzieren können und gleichzeitig Stipendien die Existenz nicht sichern. Oder sie befinden sich nach der Geburt eines Kindes schon früh in der Situation von Alleinerziehenden oder Working Poor-Familien (vgl. Abschnitt 3.2).

2.4 Fazit

Die Wichtigsten Erkenntnisse aus dem Kennzahlenvergleich lassen sich in einigen Punkten zusammenfassen:

■ Basel weist **hohe Arbeitslosenquoten für 15- bis 19-jährige** aus (4 Prozent im Jahr 2011). Unter den Deutschschweizer Städten waren die Quoten einzig in Winterthur regelmässig höher als in Basel. Der Vergleich mit den grösseren Städten der lateinischen Schweiz ist im Zeitverlauf etwas weniger deutlich, doch weist 2011 unter diesen auch bloss Lugano eine höhere Quote als Basel aus. Bei der Interpretation dieser Quoten ist allerdings eine gewisse Vorsicht angebracht. Weil die Zahl Erwerbsspersonen dieser Altersgruppe ist eher klein ist, kann sie über die Zeit verhältnismässig stark schwanken. Da die Arbeitslosenquoten mit Daten der Volkszählung 2000 berechnet werden, sind solche Veränderungen nicht berücksichtigt. Zudem können unterschiedliche Programme für arbeitslose Jugendliche in den Städten sich ebenfalls auf die Quoten auswirken. Dennoch weisen die Zahlen auf Probleme in Basel beim Übergang in eine Ausbildung nach der obligatorischen Schule hin.

■ Die **Arbeitslosenquote von 20- bis 24-jährigen** beträgt in Basel im Jahr 2011 4.2 Prozent und ist **höher als in den meisten grossen Deutschschweizer Städten**, jedoch tiefer als in Winterthur, den französischsprachigen Städten und Lugano. In der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise stieg die Quote in Basel weniger stark an als in anderen Städten, ging 2011 aber auch in geringerem Ausmass zurück. Der Übergang an der zweiten Schwelle scheint sich für Jugendliche in Basel somit schwieriger zu gestalten als in den anderen Deutschschweizer Städten, insbesondere im Vergleich zu Zürich und Bern. Allerdings war die Arbeitslosenquote dieser Altersgruppe in Basel in den letzten Jahren nicht höher als in der Gesamtschweiz: Anders als die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen im «Lehrlingsalter» ist sie kein besonderes «städtisches» Phänomen.

■ Die **Sozialhilfequote der jungen Erwachsenen** ist in Basel in den letzten Jahren **stark zurückgegangen**. Dennoch weist Basel im Städtevergleich **immer noch eine der höchsten** Sozialhilfequoten für 18- bis 25-jährige aus. Sie liegt im Jahr 2010 bei 8.2 Prozent. Die Quote der jungen Erwachsenen ist in Basel zudem deutlich höher als die der Gesamtbevölkerung, was in den anderen Städten weniger ausgeprägt ist. Nur in Biel und Lausanne sind die Probleme in Bezug auf junge Erwachsene in der Sozialhilfe grösser. Im nächsten Abschnitt dieses Berichts wird untersucht, wie die Problemlagen der jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe sich zwischen den Städten unterscheiden.

¹¹ Im Kanton Tessin handelt es sich bei den vorgelagerten Bedarfsleistungen hauptsächlich um Ergänzungsleistungen für Familien, die unter anderem mit dem Ziel eingeführt worden sind, die Sozialhilfe zu entlasten (Dubach et al./BFS 2011, 30). Im Kanton Genf dürfte die Kantonale Arbeitslosenhilfe, welche bei intakten Eingliederungschancen in den Arbeitsmarkt gewährt werden wenn die Personen keinen Anspruch (mehr) auf Gelder der Arbeitslosenversicherung haben die Sozialhilfequoten verringern (BFS 2007, 14)

3 Junge Erwachsene in der Sozialhilfe – Vergleich von fünf Städten

Wenn junge Erwachsene Unterstützung der Sozialhilfe beziehen, gilt dies als besonders gravierend: Es besteht die Gefahr, dass junge Menschen eine nachhaltige gesellschaftliche Integration verpassen und sich eine dauerhafte Perspektivlosigkeit entwickelt.

Für die Stadt Basel ist die Situation von jungen Erwachsenen, die Sozialhilfe beziehen, bereits in mehreren quantitativen und qualitativen Studien eingehend untersucht worden (Drilling 2003, Drilling 2004, Schaffner 2003, Schaffner 2007). Kaum bekannt ist jedoch, wie sich die Situation in Basel von derjenigen anderer Städte unterscheidet. Dieser Vergleich steht im Folgenden im Zentrum: Wir zeigen auf, in welchen Lebenssituationen sich junge Erwachsene befinden, die in den Städten Bern, Basel, St. Gallen, Winterthur und Lausanne von der Sozialhilfe unterstützt werden.

Bei der Auswahl der **Vergleichsstädte** wurde darauf geachtet, dass sie über eine ähnliche Grösse wie Basel verfügen. Auf Zürich musste wegen der Datenqualität verzichtet werden. Genf wurde ausgeklammert, weil die Verhältnisse mit Basel aufgrund der unterschiedlichen bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Bedeutung des RMCAS in Genf bis 2011) und der unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur kaum vergleichbar sind. St. Gallen wurde gegenüber dem ähnlich grossen Luzern der Vorzug gegeben, weil sich die Stadt wie Basel in einer Grenznähe befindet. Unter den ausgewählten Vergleichsstädten hatten 2010 drei eine tiefere Sozialhilfequote der jungen Erwachsenen als Basel (Bern, St. Gallen, Winterthur), eine Stadt dagegen eine deutlich höhere Quote (Lausanne).

Die Auswertungen werden in **vier Schritten** präsentiert. Abschnitt 3.1 skizziert einleitend für die Stadt Basel, wie vielfältig die Lebenssituationen der jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe sind. Abschnitt 3.2 verdichtet diese Vielfalt in sechs Typen von Sozialhilfebeziehenden und zeigt, wie stark diese in den ausgewählten Städten vertreten sind. Abschnitt 3.3 untersucht die Bedeutung der Arbeitslosigkeit bei jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe, Abschnitt 3.5 beschäftigt sich näher mit der Ausbildungslosigkeit.

3.1 Erwerbs- und Wohnsituation von 18- bis 25-jährigen Sozialhilfebeziehenden

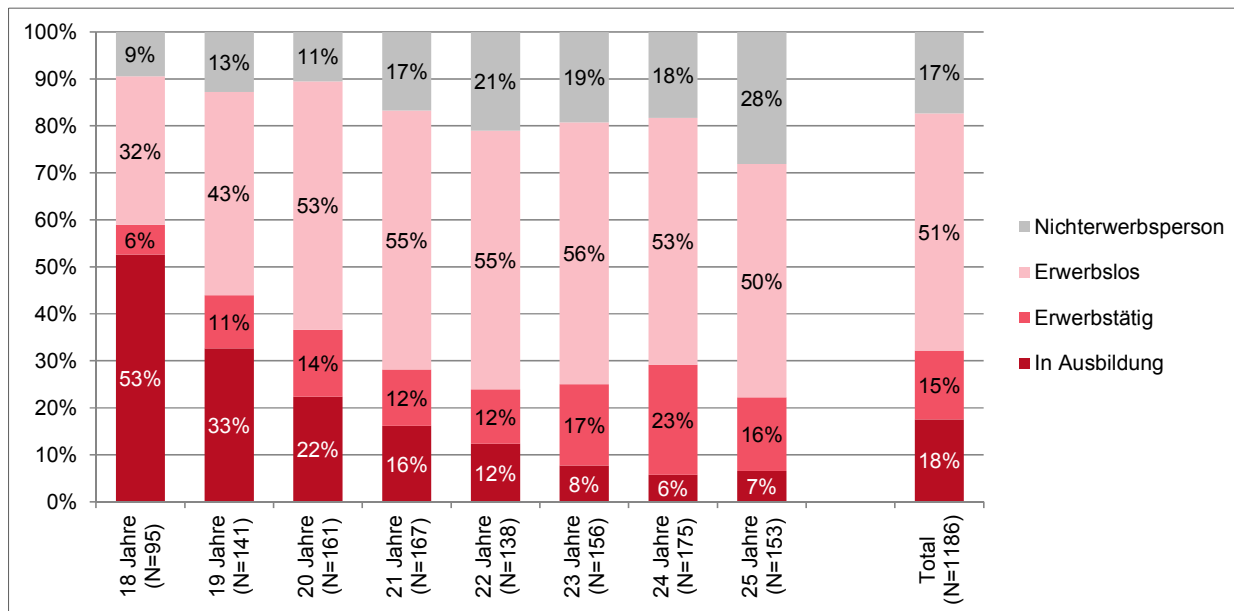
Die Lebensphase zwischen 18 bis 25 Jahren ist typischerweise durch Statuspassagen gekennzeichnet. Dazu gehören der Abschluss der Ausbildung, die Aufnahme einer Berufstätigkeit, der Auszug aus dem Elternhaus, das Zusammenleben in einer Partnerschaft, womöglich schon die Gründung einer Familie. Wie gut es den Jugendlichen gelingt, diese Übergänge zu bewältigen, bestimmt in erheblichem Mass ihre Chancen im späteren Leben.

Die Tatsache des Übergangs ist die gemeinsame Klammer, welche die jungen Erwachsenen verbindet. Konkret befinden sie sich allerdings in sehr unterschiedlichen Lebenssituationen. Während die einen erst im Begriff sind, sich allmählich vom Elternhaus abzulösen, haben die anderen die Übergänge in die soziale und finanzielle Selbständigkeit schon vollständig vollzogen. Diese Vielfalt der Lebenssituationen von jungen Erwachsenen spiegelt sich auch in der Sozialhilfe.

Abbildung 9 und Abbildung 10 veranschaulichen dies für die jungen Erwachsenen, die in der Stadt Basel im Jahr 2010 Sozialhilfe bezogen haben. Abbildung 9 zeigt den Erwerbsstatus detailliert nach Alter. Anders als in der offiziellen Sozialhilfestatistik werden die Lehrlinge dabei nicht zu den Erwerbstätigen, sondern zu den Personen in Ausbildung gezählt. Hier wird deutlich: Von den knapp hundert 18-Jährigen, die 2010 von der Sozialhilfe der Stadt Basel finanziell unterstützt wurden, befand sich gut die Hälfte in Ausbildung. Das heisst, dass ihre Eltern offensichtlich zu wenig Einkommen hatten, um ihnen die Ausbildung zu finanzieren und die Kinder keine Stipendien bezogen oder diese nicht genügten, um die Existenz zu sichern. Der Anteil der Auszubildenden sinkt mit zunehmendem Alter rasch, ab 23 Jahren liegt er unter

10%. Parallel zu steigen die Anteile der erwerbslosen und erwerbstätigen jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe sowie der sogenannten Nichterwerbspersonen. Bei letzteren handelt es sich um Personen, die – vorübergehend oder dauerhaft – nicht in der Lage sind, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Die Gründe dafür können sehr unterschiedlich sein: Dazu gehören Haus- und Familienarbeit, aber auch gesundheitliche Einschränkungen oder schwer wiegende Suchtprobleme.

Abbildung 9: Junge Erwachsene in der Sozialhilfe nach Alter und Erwerbsstatus (Stadt Basel), 2010

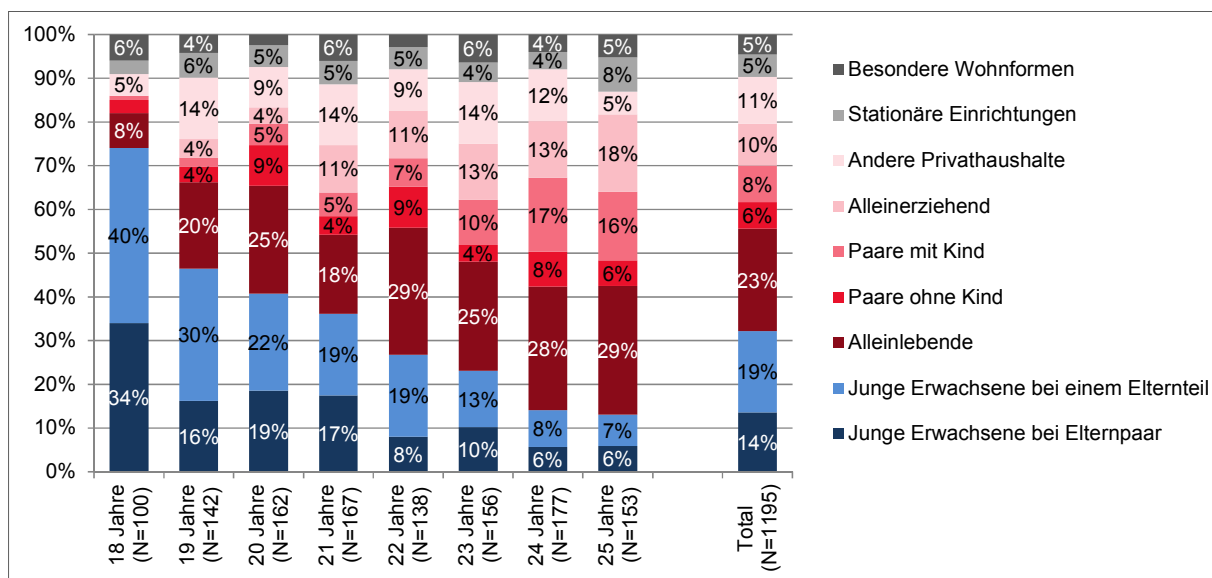


Basis: Personen mit Leistungsbezug in Erhebungsperiode, ohne Doppelzählungen. Bei 0.8% fehlen die Angaben zum Erwerbsstatus (in Abbildung nicht enthalten).

Quelle: BFS/Sozialhilfestatistik, Berechnungen: BASS.

Ebenfalls sehr verschieden sind die Wohnsituationen (**Abbildung 10**): Fast drei Viertel der 18-jährigen Sozialhilfebeziehenden wohnen noch bei ihren Eltern, die Mehrheit bei einem alleinerziehenden Elternteil. Unter den 25-Jährigen trifft dies nur noch auf einen Achtel zu. Dagegen steigt der Anteil der jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe, die alleine leben. Und bemerkenswert viele sorgen gegen Mitte Zwanzig bereits für Kinder, unter den 25-Jährigen sind es mehr als ein Drittel. Zu den «anderen Privathaushalten» gehören Wohngemeinschaften oder Konkubinate, deren Anteil zwischen 5% und 14% schwankt. Relativ stabil ist der Anteil der jungen Erwachsenen, die in besonderen Wohnformen (z.B. begleitetes Wohnen) oder stationären Einrichtungen leben (zusammen 7% bis 13%).

Abbildung 10: Junge Erwachsene in der Sozialhilfe nach Alter und Wohnform (Stadt Basel), 2010



Basis: Personen mit Leistungsbezug in Erhebungsperiode, ohne Doppelzählungen.
 Quelle: BFS/Sozialhilfestatistik, Berechnungen: BASS.
 Hinweis: Für Anteile unter 3 Prozent sind die Balkenabschnitte nicht beschriftet.

3.2 Typen von jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe

3.2.1 Typenbildung

Um die Situation armutsbetroffener junger Erwachsener zu verbessern, sind Massnahmen notwendig, die über den Einzelfall hinausgreifen und auf spezifische Gruppen und ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Und auch um das unterschiedliche Ausmass des Sozialhilfebezugs von jungen Erwachsenen erklären zu können, müssen Aussagen getroffen werden, die über den Einzelfall hinausreichen.

Für den Städtevergleich werden deshalb sechs Typen von jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe unterschieden. Inhaltlich sind die Gruppen so gebildet, dass sie sich in drei Aspekten unterscheiden: erstens dem unmittelbaren Grund des Sozialhilfebezugs, zweitens den möglichen Interventionsmassnahmen und drittens der Funktion des Sozialhilfebezugs. Methodisch wurden die Typen verhältnismässig einfach in einem tabellarischen Merkmalsraum gebildet, der drei Merkmalsdimensionen umfasst: Erwerbssituation, Bildungsniveau und Elternschaft (vgl. Dubach/Guggisberg/Stutz 2009). Konkret wurde folgendermassen vorgegangen (vgl. **Abbildung 11**):

- Alle Personen, die mit Kindern im selben Haushalt leben, wurden dem Typ 2 (Junge Erwachsene mit Kindern) zugewiesen.
- Die verbleibenden Personen wurden nach ihrem Erwerbsstatus in vier Gruppen geteilt: in Ausbildung (inkl. Lehrlinge), erwerbslos, erwerbstätig, Nichterwerbspersonen.
- Bei den erwerbslosen Personen wurde zusätzlich unterschieden, ob sie einen nachobligatorischen Abschluss haben oder nicht.

Abbildung 11: Typen von jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe

Dimension 1: Erwerbssituation	Dimension 2: Bildungsstand	Dimension 3: Elternschaft	
		nein	ja
in Ausbildung	in Ausbildung	Typ 1	Typ 2
erwerbslos	ohne Ausbildung	Typ 3	
	mit Ausbildung	Typ 4	
erwerbstätig	ohne Ausbildung	Typ 5	
	mit Ausbildung		
nicht erwerbstätig	ohne Ausbildung	Typ 6	
	mit Ausbildung		

Darstellung: BASS.

Auf diese Weise ergeben sich die folgenden Typen von jungen Erwachsenen:

■ **Typ 1 – Junge Erwachsene in Ausbildung:** Dies sind alle jungen Erwachsenen, die sich in einer Lehre oder einer anderen Ausbildung befinden (und keine Kinder haben, vgl. dazu den nächsten Typ). Als Lehrlinge oder Auszubildende verdienen sie zu wenig, um wirtschaftlich selbständig zu sein. Offensichtlich besteht das Problem zum einen darin, dass die Eltern nicht – oder nicht in vollem Umfang – für ihre Ausbildung aufkommen können. Zum anderen vermögen die kantonalen Stipendien den Sozialhilfebezug ebenfalls nicht zu verhindern – sei es, weil sie nicht existenzsichernd sind, oder weil die Betroffenen keinen Anspruch darauf haben (z.B. gewisse Gruppen von Ausländer/innen). Der Sozialhilfebezug hat hier in erster Linie eine Überbrückungsfunktion: Schliessen die jungen Erwachsenen ihre Ausbildung ab und gelingt ihnen der Übertritt in den Arbeitsmarkt, so dürfte sich ihre Situation in vielen Fällen verbessern.

■ **Typ 2 – Junge Erwachsene mit Kindern:** Dies sind alle jungen Erwachsenen mit Kindern – sowohl Alleinerziehende wie Paare –, ungeachtet ihrer Erwerbssituation. Die Typenbildung impliziert, dass die direkten und indirekten Kinderkosten (Haushaltsausgaben, Zeitkosten der Betreuung) der wichtigste Grund des Sozialhilfebezugs sind. Im Einzelfall kann diese Einschätzung unzutreffend sein, als allgemeine Annahme erscheint sie jedoch plausibel, zumal sich unter diesen Personen auch viele Alleinerziehende befinden. Typische Interventionen für diese Gruppe sind Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder finanzielle Entlastungen für Familien – also Interventionen, die nicht spezifisch für die Gruppe der jungen Erwachsenen gedacht sind.

■ **Typ 3 – Erwerbslose junge Erwachsene ohne Ausbildung:** Die jungen Erwachsenen dieser Gruppe bekunden offenkundig Probleme an der 1. Schwelle, dem Übergang von der obligatorischen Schule in die nachobligatorische Ausbildung, oder sie haben eine begonnene Ausbildung abgebrochen. Die Kombination von Ausbildungslosigkeit und Erwerbslosigkeit erscheint besonders gravierend, weil eine ohnehin nur geringe Qualifikation zusätzlich entwertet wird, wenn den Betroffenen der Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt auf längere Dauer nicht gelingt.

■ **Typ 4 – Erwerbslose junge Erwachsene mit Ausbildung:** Die jungen Erwachsenen dieser Gruppe kämpfen mit Schwierigkeiten an der 2. Schwelle. Sie haben eine nachobligatorische Ausbildung abgeschlossen und tun sich schwer, auf dem Arbeitsmarkt nachhaltigen Fuss zu fassen. Es ist zu vermuten, dass die Sozialhilfe hier relativ oft eine Überbrückungsfunktion einnimmt, wobei der Sozialhilfebezug durch die Aufnahme einer Erwerbsarbeit oder Zahlungen der Arbeitslosenversicherung beendet wird.

■ **Typ 5 – Erwerbstätige junge Erwachsene:** Die jungen Erwachsenen dieser Gruppe erzielen zwar ein Erwerbseinkommen, das aber für den Lebensunterhalt nicht ausreicht. Weil Personen mit Kindern dem zweiten Typ zugerechnet sind und es nur selten vorkommen dürfte, dass junge Erwachsene bereits für ihren Partner oder ihre Partnerin sorgen müssen, ist die Erwerbsintegration vermutlich fragil (z.B. kleines Pensum, Arbeit auf Abruf) und der Lohn gering: Er reicht nicht aus, um das Existenzminimum einer Person zu sichern. Die Sozialhilfe nimmt hier eine subsidiäre Funktion ein, indem sie die Einkommenslücke deckt, die zwischen dem Existenzminimum und dem erzielten Einkommen inklusive allfälliger Transferleistungen liegt.

■ **Typ 6 – Junge Erwachsene ausserhalb des Erwerbsprozesses:** Dies sind alle jungen Erwachsenen, die in der Sozialhilfestatistik als «Nichterwerbspersonen» eingestuft werden, weil sie vorübergehend oder dauerhaft keiner Erwerbsarbeit nachgehen können. Dass sie wegen Erziehungspflichten aus dem Erwerbsprozess ausgeschieden sind, kann ausgeschlossen werden; diese Personen sind dem zweiten Typ zugeteilt. Es ist zu vermuten, dass gesundheitliche und psychische Probleme samt Suchtproblemen eine wichtige Rolle spielen. Die Sozialhilfe dürfte in solchen Fällen verhältnismässig oft eine längerfristige, einkommensersetzende Funktion einnehmen.

3.2.2 Städtevergleich

Die Typen wurden nun für alle fünf Vergleichsstädte gebildet. Am besten ist die Datenqualität in der Stadt Basel, wo einzig bei knapp 1% die für die Typenbildung erforderlichen Angaben fehlen (Erwerbsstatus, Ausbildung und Elternschaft). In den übrigen Städten fehlen diese Angaben bei 6% bis 13% der jungen Erwachsenen, in Lausanne gar bei 40%. Geringe Abweichungen zwischen den Vergleichsstädten sollten deshalb nicht überbewertet werden: Wir können nicht ohne weiteres voraussetzen, dass die jungen Erwachsenen, die in der Typenbildung nicht berücksichtigt werden konnten, bezüglich der relevanten Merkmale gleich verteilt sind wie die übrigen 18- bis 25-jährigen Sozialhilfebeziehenden.

Im Städtevergleich tritt vor allem eines zu Tage (**Abbildung 12**): Basel hat in der Sozialhilfe einen überdurchschnittlich hohen Anteil von **jungen Erwachsenen, die erwerbslos sind und keinen nachobligatorischen Bildungsabschluss besitzen (Typ 3)**. Dies trifft auf einen Drittel zu (393 Personen), während es in den übrigen Deutschschweizer Städten (Bern, Winterthur, St. Gallen) ungefähr ein Viertel ist. Einzig Lausanne kommt auf einen ähnlich grossen Anteil. Dies erscheint insofern stimmig, als Lausanne zusammen mit Basel den grössten Anteil an jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe besitzt. Wegen des hohen Anteils an Fällen mit fehlenden Angaben sind die Resultate für Lausanne allerdings mit relativ grosser Vorsicht zu geniessen.

Dieses Ergebnis verweist auf besondere **Probleme bei der ersten Schwelle**, dem Übergang von der Volksschule in die nachobligatorische Ausbildung. Bereits die Arbeitslosenquote der 15- bis 19-Jährigen, die für Basel in der jüngsten Vergangenheit ebenfalls überdurchschnittlich hoch ausfiel, hatte darauf ge deutet. Bemerkenswert ist, dass nur 37% der jungen Erwachsenen dieser Gruppe angeben, dass sie zu einem früheren Zeitpunkt eine Ausbildung abgebrochen haben.¹² Womöglich ist dieser relativ geringe Anteil allerdings auch dem Umstand geschuldet, dass diese Information nicht immer oder nicht immer zuverlässig erhoben wird. Allerdings deckt sich das Ergebnis im Kern mit der Studie von Drilling (2004). Das heisst: Das Problem besteht nicht allein darin, dass Jugendliche ihre Lehre abbrechen und später als Erwerbslose ohne Ausbildung auf die Unterstützung der Sozialhilfe angewiesen sind. Häufiger haben

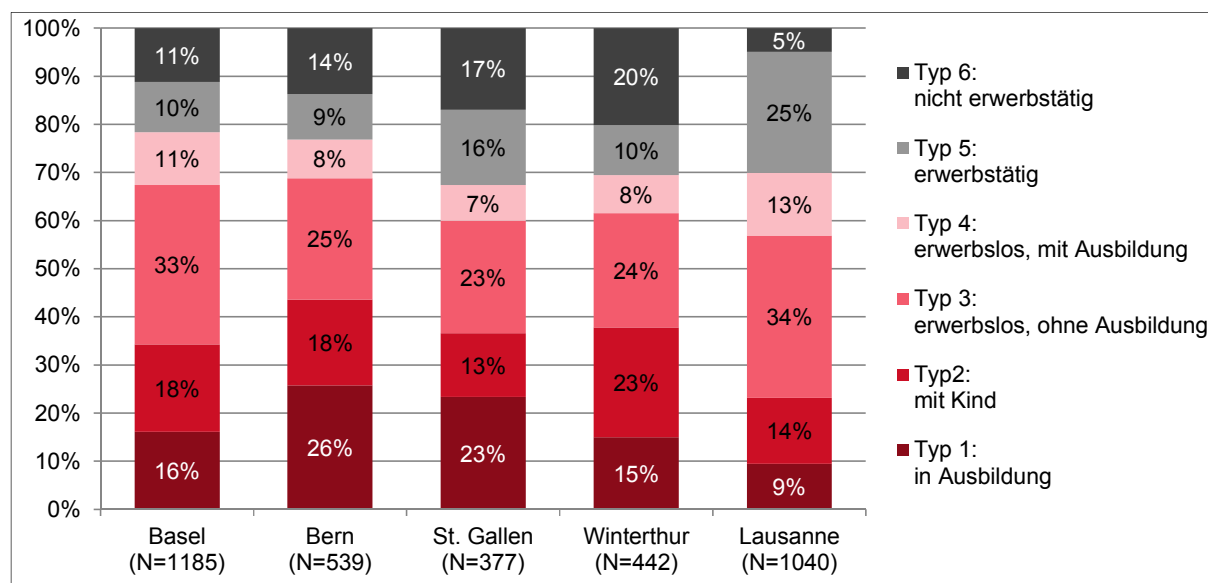
¹² Angaben zum Ausbildungsabbruch liegen einzig bei Personen vor, die den Antrag auf Sozialhilfe gestellt haben. Dies gilt für 382 von 393 jungen Erwachsenen, die Typ 3 zugeordnet sind. Die restlichen 11 Personen sind bei Berechnung der Abbruchsquote nicht berücksichtigt worden.

junge Erwachsene, die als Erwerbslose auf die Sozialhilfe angewiesen sind, gar nicht erst eine Lehre oder eine andere Ausbildung in Angriff genommen.

Auch der Anteil der Sozialhilfe beziehenden jungen Erwachsenen, die Schwierigkeiten beim **Übergang von der Ausbildung** in den Beruf bekunden (**Typ 4**), ist in Basel mit 11% (130 Personen) etwas höher als in den drei anderen Deutschschweizer Städten. Allgemein ist der Anteil dieser Gruppe jedoch relativ gering: Er schwankt zwischen 7% und 13% und kann damit die Unterschiede im Sozialhilfebezug der ausgewählten Städte kaum erklären.

Bei den übrigen Typen bewegen sich die Anteile der Stadt Basel ungefähr in der Mitte oder sind vergleichsweise gering:

Abbildung 12: Typen von jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe, 2010



Basis: Personen mit Leistungsbezug in Erhebungsperiode, ohne Doppelzählungen. Anteil Personen mit fehlenden Angaben zu Erwerbsstatus, Ausbildung oder Elternschaft (in Abbildung nicht enthalten): Basel 0.8%, Bern 13%, St. Gallen 6%, Winterthur 13%, Lausanne 40%.

Quelle: BFS/Sozialhilfestatistik; Berechnungen: BASS.

■ **In Ausbildung (Typ 1):** Der Anteil der Sozialhilfe beziehenden jungen Erwachsenen in Ausbildung ist mit 16% (191 Personen) deutlich geringer als in Bern und St. Gallen (wobei in Rechnung zu stellen ist, dass dort die Sozialhilfequote der jungen Erwachsenen generell geringer ausfällt). Trotzdem stellt sich die Frage, weshalb in diesen Fällen der Sozialhilfebezug nicht durch Stipendien abgewendet werden kann. An der Praxis der Sozialhilfe sollte es nicht liegen: Laut der Auskunft der Sozialhilfe Basel wird bei Auszubildenden systematisch abgeklärt, ob sie Anspruch auf Stipendien haben. Möglich wäre, dass die Stipendien nicht ausreichen, um die Existenz zu sichern. Allerdings beziehen gemäss der Sozialhilfestatistik nur ungefähr 15% der jungen Erwachsenen parallel zur Sozialhilfe auch ein Stipendium.¹³ Eine andere Erklärung wäre, dass diese Personen keinen Anspruch auf Stipendien haben, weil es sich um junge Ausländer/innen handelt, die nicht den erforderlichen Aufenthaltsstatus besitzen. Auch dies kann aber in den meisten Fällen ausgeschlossen werden: Mehr als 90% sind Schweizer/innen oder besitzen eine Niederlassungsbewilligung (Ausweis C). Gemäss Aussagen der Experten kommt es vor, dass sich die Auszahlung der Stipendien

¹³ Bei denjenigen jungen Erwachsenen, die selber den Antrag auf Sozialhilfe gestellt haben, wird in der Sozialhilfestatistik erhoben, ob sie parallel dazu auch Stipendien beziehen. 2010 gab es in der Stadt Basel 191 Sozialhilfebeziehende im Alter von 18 bis 25 Jahren, die sich in Ausbildung befanden. 175 unter ihnen haben selber den Antrag auf Sozialhilfe gestellt. Bei 27 dieser 175 Personen ist bekannt, dass sie neben der Sozialhilfe auf mit Stipendien unterstützt worden sind (15.4%).

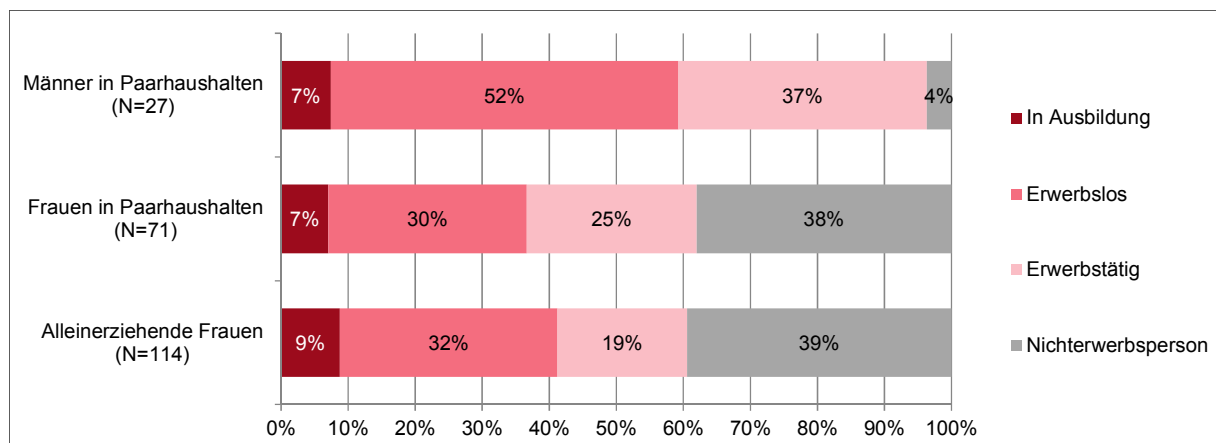
verzögert. Inwieweit die einzelnen genannten Gründe dazu beitragen, dass junge Erwachsene in Ausbildung auf Sozialhilfe angewiesen sind, bleibt ungeklärt.

■ **Junge Erwachsene mit Kindern (Typ 2):** 18% der jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe (215 Personen) haben Kinder, dieser Anteil liegt ungefähr im Mittel der übrigen Städte. Etwas mehr als die Hälfte dieser Personen sind alleinerziehende Mütter (**Abbildung 13**). Nur ein Fünftel von ihnen ist erwerbstätig, die meisten übrigen sind entweder erwerbslos oder – vermutlich meist aufgrund ihrer Betreuungsaufgaben – als (vorübergehend) erwerbsunfähig eingestuft. Bei den Zweielternfamilien ist es schwieriger, die Erwerbs- und Einkommenssituation genau zu bestimmen. Auffällig ist, dass es sich bei den Sozialhilfebeziehenden auch hier zu drei Vierteln Mütter sind, die mehrheitlich erwerbslos oder aufgrund von Betreuungspflichten erwerbsunfähig sind. Die ungleiche Verteilung nach Geschlecht ist überraschend und könnte allenfalls damit zusammenhängen, dass es sich häufig um Konkubinate handelt, in denen für die Partner getrennte Sozialhilfedossiers geführt werden oder der Partner keine Sozialhilfe erhält, aber auch nicht fähig ist, Mutter und Kind zu unterstützen. Dass nur eine Minderheit dieser Mütter erwerbstätig ist, deutet ebenfalls darauf hin, dass die Familie nicht allein mit Kinderkosten, sondern auch mit schwer wiegenden Einkommensproblemen konfrontiert ist. Auch unter den Vätern ist nur wenig mehr als ein Drittel erwerbstätig.

■ **Erwerbstätige (Typ 5):** 10% der Sozialhilfe beziehenden jungen Erwachsenen (123 Personen) erzielen aus eigener Kraft kein ausreichendes Einkommen, obwohl sie erwerbstätig sind und keine Verpflichtungen gegenüber Kindern haben. Der Verdienst ist demnach so klein oder unregelmässig und die Erwerbsintegration so prekär, dass das Erwerbseinkommen die Existenz nicht sichert. Leider fehlen bei zwei von fünf dieser Personen nähere Angaben zur Erwerbssituation. Liegen sie vor, so zeigt sich, dass 23 junge Erwachsene auf die Sozialhilfe angewiesen sind, obwohl sie einen Vollzeitjob besitzen und weder für Partner/in noch für Kinder sorgen müssen. Hier sind offensichtlich sehr tiefe Löhne das Problem – oder es handelt sich um Beschäftigungsprogramme oder Praktika. In den übrigen Fällen ist die Erwerbsintegration oftmals fragil. 33 Personen arbeiten in Teilzeitpensen von weniger als 50%, zudem hat eine Mehrheit befristete Arbeitsverträge, arbeitet auf Abruf oder geht Gelegenheitsarbeiten nach.

■ **Nichterwerbstätige (Typ 6):** Mit 11% (133 Personen) ist der Anteil der Nichterwerbstätigen in Basel der geringste der vier Deutschschweizer Städte. Über die näheren Ursachen ist wenig bekannt: Fast alle dieser Personen gelten in der Sozialhilfestatistik als «arbeitsunfähig» oder sind der nicht näher spezifizierten Kategorie «anderes» zugeordnet. Es ist zu vermuten, dass sich darunter viele Personen mit schweren gesundheitlichen Einschränkungen oder Suchtproblemen befinden. Andere Gründe wie «Haushalt», «Dauerinvalidität» oder «keine Chance auf dem Arbeitsmarkt» sind nur in wenigen Ausnahmefällen angegeben.

Abbildung 13: Erwerbsstatus von sozialhilfebeziehenden jungen Erwachsenen mit Kind(ern) (Stadt Basel), 2010



Basis: Personen mit Leistungsbezug in Erhebungsperiode, ohne Doppelzählungen. Ohne alleinerziehende Männer (1 Person). Bei 0.9% fehlen die Angaben zum Erwerbsstatus (in Abbildung nicht enthalten).
 Quelle: BFS/Sozialhilfestatistik, Berechnungen: BASS.

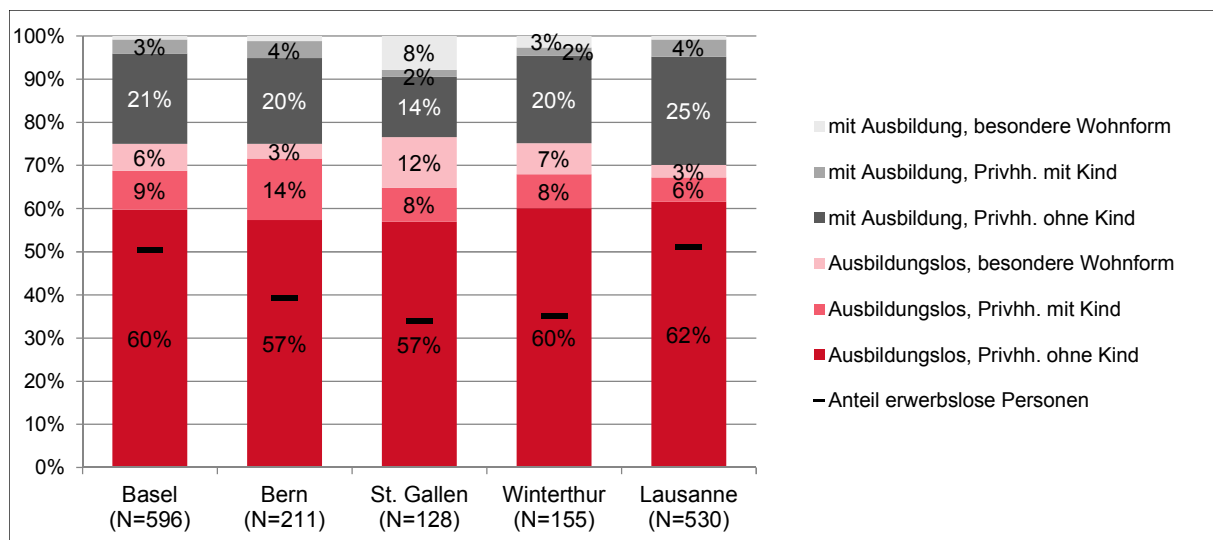
3.3 Erwerbslosigkeit und Sozialhilfebezug

Aus den sechs Typen geht nicht direkt hervor, wie gross der Anteil der 18- bis 25-jährigen Sozialhilfebeziehenden ist, die erwerbslos sind. Dies deshalb, weil junge Erwachsene mit Kindern ungeachtet ihres Erwerbsstatus einen eigenständigen Typ bilden. **Abbildung 14** enthält deshalb zusätzlich Auswertungen, die den Erwerbsstatus ins Zentrum stellen.

Der schwarze Querstreifen in den Säulen zeigt den **Gesamtanteil der erwerbslosen Personen** unter den jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe. Es bestätigt sich auch in dieser Betrachtungsweise, dass er in Basel mit 50% überdurchschnittlich hoch ist. Einzig in Lausanne bewegt der Gesamtanteil sich in vergleichbaren Dimensionen (wobei viele Angaben fehlen). In Winterthur und St. Gallen sind dagegen nur je etwas mehr als ein Drittel der jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe erwerbslos.

Die in Rottönen gehaltenen Säulenabschnitte zeigen den Anteil der Erwerbslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die grauen Säulenabschnitte die Erwerbslosen mit abgeschlossener Berufsausbildung. Das Verhältnis zwischen diesen zwei Hauptgruppen ist in allen betrachteten Städten recht ähnlich: Rund drei Viertel aller erwerbslosen jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe haben keinen nachobligatorischen Bildungsabschluss. Sie bekunden also Probleme bei der ersten Schwelle des Übergangs von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung oder haben ihre nachobligatorische Ausbildung abgebrochen. Einzig in Lausanne scheint es einen etwas grösseren Anteil von erwerbslosen 18- bis 25-jährigen Sozialhilfebeziehenden zu geben, die trotz Ausbildungsabschluss keine Stelle finden.

Abbildung 14: Erwerbslose junge Erwachsene in der Sozialhilfe, 2010



Basis: Personen mit Leistungsbezug in Erhebungsperiode, ohne Doppelzählungen. Privhh.: Privathaushalt. Besondere Wohnformen: inklusive stationäre Einrichtungen. Säulenabschnitte mit einem Wert unter 2% sind nicht beschriftet.
 Quelle: BFS/Sozialhilfestatistik, Berechnungen: BASS.

Gleichzeitig gibt die Abbildung Auskunft über die Lebenssituation der erwerbslosen Sozialhilfebeziehenden. Von Interesse ist hier vor allem, ob **zusätzliche Belastungen** ersichtlich werden, welche den Sozialhilfebezug erklären könnten. Die Anteile sind auch bei den hier betrachteten Gruppen in Basel nicht viel höher als in den meisten anderen Städten:

■ Insgesamt 12% der erwerbslosen Sozialhilfebeziehenden haben **Kinder** (Ausbildungslose: 9%, mit Ausbildung: 3%). Dieser Anteil bewegt sich in ähnlichen Dimensionen wie in St. Gallen, Winterthur und Lausanne; deutlich grösser ist er in Bern (18%).

■ Wenn erwerbslose Personen **in stationären Einrichtungen oder besonderen Wohnformen** leben, ist auch dies ein Hinweis auf zusätzliche Belastungen, die eine vollständige Erwerbsintegration erschweren. In Basel ist dieser Anteil mit 7% aber relativ gering, wie auch in den meisten anderen einbezogenen Städten (Ausbildungslose: 6%, mit Ausbildung: 1%).¹⁴

¹⁴ Junge Erwachsene, welche in «Gratisunterkünften» leben, wurden in diesen Auswertungen zu den Privathaushalten gezählt. Die Wohnform «Gratisunterkunft» wurde in der Sozialhilfestatistik bis ins Jahr 2010 den besonderen Wohnformen zugeteilt. Die Anteile an jungen Erwachsenen, welche in «Gratisunterkünften» leben, unterscheidet sich in der Sozialhilfestatistik zwischen den Städten stark. Dies hängt vor allem damit zusammenhängt, dass in einzelnen Städten junge Erwachsene, die bei den Eltern wohnen dieser Kategorie zugeordnet wurden. Ab dem Jahr 2011 wird in der Schweizerischen Sozialhilfestatistik die Wohnform «Gratisunterkunft» auch zu den Privathaushalten gezählt.

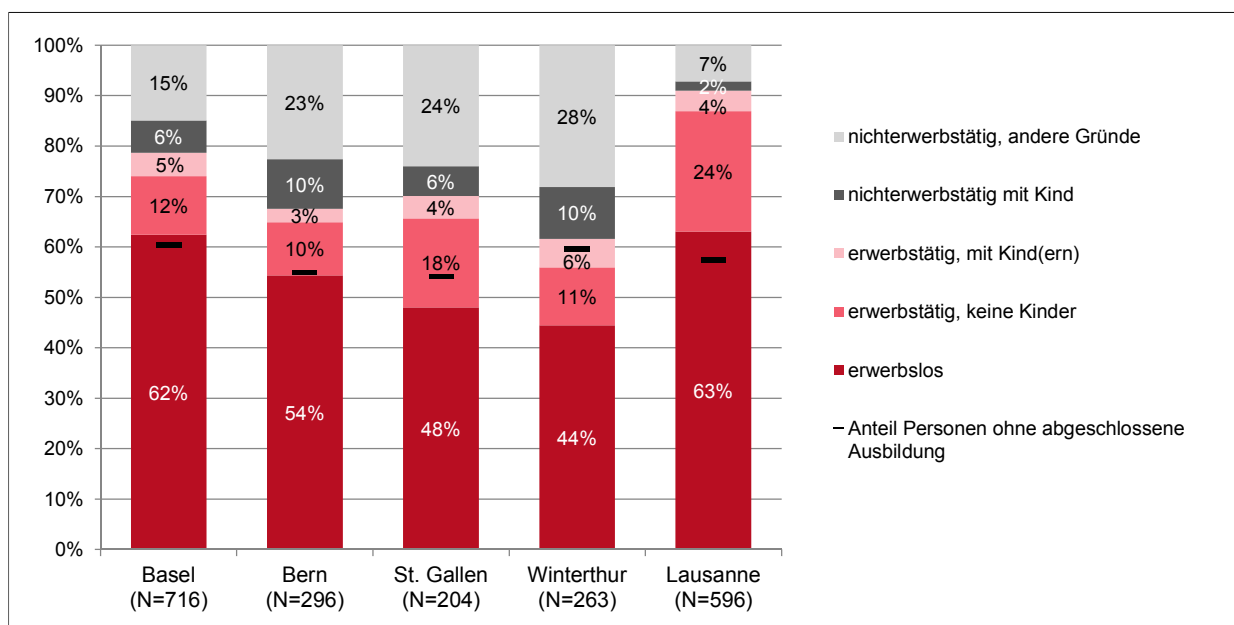
3.4 Ausbildungslosigkeit und Sozialhilfebezug

Eines der zentralen Ziele bei der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit besteht darin, jungen Erwachsenen zu einem Ausbildungsabschluss zu verhelfen. Dieser bildet eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. Wie häufig Ausbildungslosigkeit beim Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen über alle Bezugsgründe hinweg eine Rolle spielt, wird aus **Abbildung 15** ersichtlich. Die Querstriche zeigen den Anteil der Ausbildungslosen unter 18- bis 25-jährigen Sozialhilfebeziehenden. Dieser ist in Basel mit 60% ebenfalls relativ hoch; der Abstand zu den übrigen Städten ist aber geringer als bei der Erwerbslosigkeit.

Ausbildungslosigkeit ist nie der unmittelbare Grund des Sozialhilfebezugs. Deshalb werden die Ausbildungslosen in mehrere Gruppen unterteilt, die sich nach plausiblen Ursachen des Sozialhilfebezugs unterscheiden.

Auch in dieser Betrachtungsweise zeigen sich in Basel besonders ausgeprägte Probleme bei der Erwerbsintegration: Ausbildungslose junge Erwachsene sind in Basel häufiger als in den meisten anderen Städten erwerbslos und deshalb auf die Sozialhilfe angewiesen (62%). Kinder sind dagegen relativ selten der Grund für den Sozialhilfebezug (total 12%). Ähnliches gilt für den Anteil Erwerbstätiger ohne Kinder, deren Einkommen die Existenz nicht sichert (11%). Im Vergleich zu Bern, Winterthur und St. Gallen stehen ausbildungslose junge Erwachsene in der Basler Sozialhilfe seltener ganz ausserhalb des Erwerbsprozesses, sind also weder erwerbstätig noch erwerbslos (15%). Nur in Lausanne ist der Anteil noch höher. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Sozialhilfequoten der jungen Erwachsenen in Städten, in denen die Erwerbsintegration besser gelingt, geringer sind. Der relativ hohe Anteil von Nichterwerbspersonen kann ein Ausdruck dieses Phänomens sein.

Abbildung 15: Ausbildungslose junge Erwachsene in der Sozialhilfe, 2010



Basis: Personen mit Leistungsbezug in Erhebungsperiode, ohne Doppelzählungen.
 Quelle: BFS/Sozialhilfestatistik, Berechnungen: BASS.

3.5 Fazit

Es gibt starke Hinweise darauf, dass die überdurchschnittliche Sozialhilfequote der jungen Erwachsenen in Basel mit Problemen der Arbeitsmarktintegration zusammenhängt: In Basel sind deutlich mehr junge Erwachsene, die Sozialhilfe beziehen, erwerbslos als in den Vergleichsstädten mit einer niedrigeren Sozialhilfequote (Bern, St. Gallen, Winterthur). Auch der Anteil von jungen Erwachsenen ohne Ausbildung ist grösser. Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Ausbildungslosigkeit von jungen Erwachsenen dürften also geeignet sein, die Basler Sozialhilfequote in diesem Alterssegment stärker dem Niveau vergleichbarer Schweizer Städte anzugleichen.

Gleichzeitig ist aber hervorzuheben, dass sich der Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen keineswegs allein auf Erwerbslosigkeit zurückführen lässt. Nur ungefähr die Hälfte der 18- bis 25-jährigen Sozialhilfebeziehenden ist erwerbslos. Der Anteil der jungen Erwachsenen mit einer problematischen Arbeitsmarktintegration ist insgesamt noch etwas grösser, weil auch Erwerbstätige die Existenz nicht immer sichern können, sei es, weil sie nur in geringem Umfang beschäftigt sind oder weil sie sehr wenig verdienen. Trotzdem gilt, dass Massnahmen zur Arbeitsintegration allein nicht ausreichen, um den Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen zu bekämpfen:

- Rund 16% befinden sich in Ausbildung. Hier stellt sich die Frage, weshalb das Stipendiensystem in diesen Fällen nicht greift.
- 11% sind nicht erwerbsfähig, dies vermutlich häufig aus gesundheitlichen Gründen oder wegen Suchtproblemen.
- 18% sorgen alleine oder mit Partner/in für Kinder. Teilweise steht ihre finanzielle Not in Zusammenhang mit Erwerbslosigkeit, teilweise handelt es sich um Working Poor-Konstellationen, also zu tiefe Einkommen für den zu deckenden Familienbedarf.

4 Analyse von Einflussfaktoren

Welches sind die Gründe für die relativ hohen Basler Quoten von Jugendarbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen im Vergleich zu den anderen grossen Deutschschweizer Städten? Um mögliche Ursachen zu identifizieren, wird Basel detailliert mit zwei anderen Städten – Bern und Zürich – verglichen. Beide Vergleichsstädte weisen tiefere Quoten für Jugendarbeitslosigkeit und einen geringen Anteil an jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe aus als Basel. Bezüglich ihrer Zentrumfunktion und Grösse und auch betreffend Ausbau des Sozialsystems sind die drei Städte jedoch verhältnismässig ähnlich.

In diesem Kapitel werden mögliche Einflussfaktoren unter die Lupe genommen, welche eine Auswirkung auf die Anzahl arbeitsloser Jugendlicher und die Anzahl junger Erwachsener in der Sozialhilfe haben könnten. Dabei werden verschiedene Ebenen betrachtet: Abschnitt 4.1 widmet sich dem Bildungssystem auf Sekundarstufe I, welches die Jugendlichen auf den Übertritt in nachobligatorische Ausbildungen vorbereitet. In einem nächsten Schritt werden Anschlusslösungen von Schulabgänger/innen zwischen den drei Städten verglichen. Abschnitt 4.3 widmet sich den Etappen beim Durchlaufen einer Berufsausbildung und dem Arbeitsmarkt. Zudem werden die soziodemografischen Rahmenbedingungen betrachtet, indem die Situation auf dem Wohnungsmarkt und die Bevölkerungsstruktur der drei Städte einander gegenübergestellt werden (Abschnitt 4.4 und 4.5). Im letzten Abschnitt 4.6 wird thematisiert, ob Unterschiede zwischen den Städten bei der Zusammenarbeit der Institutionen ein Erklärungsfaktor für die relativ hohen Quoten in Basel sind.

4.1 Bildungssystem auf Sekundarstufe I

Wenn Übergänge von der obligatorischen Schule in weiterführende Ausbildungen betrachtet werden, ist es elementar, auch das Bildungssystem der Volksschule im Blickfeld zu haben. Denn die Schulabgänger/innen haben ihre Kompetenzen und Fertigkeiten, die in dieser Phase von entscheidender Bedeutung sind, im Verlauf ihrer ganzen bisherigen Schullaufbahn erworben.

Die Forschungsergebnisse mit PISA-Daten (Programme for International Student Assessment) haben gezeigt, dass in der Schweiz wie auch in den anderen Ländern die Leistungen der Schüler/innen stark von der sozialen Herkunft abhängen, wobei dieser Zusammenhang in der Schweiz höher ist als in vielen anderen Ländern (Nidegger et al. 2010). Von zentraler Bedeutung für die Chancengleichheit ist folglich, wie gut es dem Bildungssystem gelingt, auch Schüler/innen aus bildungsfernen Familien zu integrieren und zu fördern, damit sie an der ersten Schwelle nicht mit zusätzlichen Schwierigkeiten konfrontiert sind und dadurch stärker gefährdet sind, arbeitslos zu werden. Hierbei spielen die frühkindliche Förderung und Betreuungsstrukturen im Vorschul- und Primarschulalter eine bedeutende Rolle (Esping-Andersen 2009, Heckman 2007, Fritschi/Oesch 2008, Lanfranchi 2010), die gleichzeitig auch für die Integration fremdsprachiger Kinder von grosser Wichtigkeit sind. Für sie existieren daneben auch spezielle Angebote, insbesondere im Hinblick auf einen raschen Erwerb der Schulsprache, die unterschiedlich gut ausgestaltet sein können.

In allen betrachteten Städten hat sich bezüglich Betreuung und Integrationsbemühungen seit der Schulzeit für die hier betrachteten jungen Erwachsenen viel verändert. Deshalb können wir die Bedeutung des ganzen Bildungssystems – inklusive der frühkindlichen Bildung – hier nicht in vollem Umfang würdigen.¹⁵ Der Fokus wird auf die Sekundarstufe I – die letzte Etappe der obligatorischen Schule – gelegt, weil der Übergang an der ersten Schwelle in dieser Phase vorbereitet wird und Probleme bei diesem Übergang sich auf die Arbeitslosenquote auswirken.

4.1.1 Analyse von Unterschieden

Zum einen ist ein Vergleich der Ausgestaltung der Sekundarstufe I in den drei Städten ohnehin nötig, um die Statistik der Anschlusslösungen nach der obligatorischen Schule sinnvoll interpretieren zu können. Zum anderen wird in diesem Abschnitt untersucht, ob Unterschiede in der Ausgestaltung des Bildungssystems bestehen, welche die Vorbereitung auf den Übergang an der ersten Schwelle erleichtern oder erschweren. Die drei Städte werden verglichen in Bezug auf das Selektionsverfahren und die Anzahl Niveaustufen der Sekundarstufe I, die Durchlässigkeit zwischen den Niveaustufen, die Zutrittszeitpunkte zum Gymnasium, die Ausgestaltung der Berufswahlvorbereitung und Angebote auf der Sekundarstufe I für fremdsprachige Jugendliche. Eine Betrachtung der Ausgestaltung Niveaustufen ist relevant, weil Forschungsergebnisse zeigen, dass gewisse Anschlusslösungen je nach Weg, den man in der obligatorischen Schule zurückgelegt hat, nicht oder nur erschwert möglich sind. So zeigen beispielsweise Studien, dass Schüler/innen, welche auf Sekundarstufe I einen Schultyp mit Grundanforderungen besucht haben, seltener eine Berufslehre mit hohem intellektuellem Anforderungsniveau absolvieren (Hupka-Brunner et al. 2011, 180; BFS/TREE 2003, 43)

Anzumerken ist, dass die Schulsysteme in allen drei Städten im Wandel sind. Im Kanton Basel-Stadt wird zurzeit das Schulsystem neu organisiert. Auch in Bern und Zürich wurden in den letzten Jahren Umstellungen vorgenommen (z.B. Neugestaltung 3. Sek in Zürich). Im Hinblick auf die aktuelle Jugendarbeitslo-

¹⁵ Dazu kommt, dass die Wirkung der frühkindlichen Bildung auf die Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungslosigkeit ohnehin erst ungefähr 12 bis 15 Jahre später untersucht werden kann, wenn die betreffenden Kinder vor dem Übergang von der Schule in den Beruf stehen.

4 Analyse von Einflussfaktoren

sigkeit ist das alte Schulsystem in Basel zu analysieren, wobei im Abschnitt 4.1.2 darauf eingegangen wird, welche Probleme die Schulreform vermutlich löst. Insgesamt kann gesagt werden, dass das neue Schulsystem von Basel-Stadt in vielen Punkten jenem in Bern und Zürich ähnlicher sein wird. **Tabelle 1** bietet eine Übersicht der ausgewählten Merkmale zwischen den drei Städten.¹⁶

Tabelle 1: Ausgewählte Merkmale des Bildungssystems auf der Sekundarstufe I (Basel, Bern und Zürich)

	Basel (altes System)	Bern	Zürich
Zeitpunkt der Selektion	Selektion nach 7 Schuljahren (4 Jahre Primarschule, 3 Jahre Orientierungsschule (OS)) (Ab der 3. Klasse der OS Unterricht in Niveaustufen)	Selektion nach 6 Jahren Primarschule	Selektion nach 6 Jahren Primarschule
Schultypen auf Sekundarstufe I * (oberste Zeile tiefstes Anforderungsniveau)	WBS A-Zug WBS E-Zug Gymnasium (ab 8. Schuljahr)	Realschule Sekundarschule Gymnasium (ab 9. Schuljahr)	Sek B Sek A Gymnasium (ab 7. oder 9. Schuljahr)
Durchlässigkeit auf der Sekundarstufe I (ohne Gymnasium)	-nur geteiltes Modell -kooperatives und integriertes Modell kommen nicht vor.	-Vorwiegend kooperatives Modell -integriertes Modell kommt vor -geteiltes Modell kommt nicht vor	-nur kooperatives Modell -geteiltes und integriertes Modell kommen nicht vor.
Eintritt ins Gymnasium	Vorwiegend nach der OS, (nach 7 Schuljahren) ebenfalls nach der WBS (und Übergangsklasse), anhand Notendurchschnitt	Nach dem 8. oder 9. Schuljahr anhand Empfehlung der abgebenden Schule, sonst kantonale Aufnahmeprüfung	Nach der Primarschule oder nach dem 8. oder 9. Schuljahr, jeweils mit Aufnahmeprüfung.
Berufswahlvorbereitung	In der WBS (ab 8. Schuljahr), Elternabende zur Berufswahlvorbereitung im 7. Schuljahr Lehrpersonen haben die Federführung	Ab 7. Schuljahr Lehrpersonen haben die Federführung	Ab 8. Schuljahr; Mit der Neugestaltung der 3. Sek ist diese stark auf den Übergang nach der Schule ausgerichtet. Die Berufsberatung hat Verantwortung für die Koordination bei der Berufswahlvorbereitung.
Integration von Fremdsprachigen auf der Sekundarstufe I für neu zugezogene fremdsprachliche Jugendliche	Fremdsprachenklassen mit höhere Anzahl an Deutschlektionen; Übertritt in Regelklassen je nach Fall	Intensivunterricht Deutsch als Zweitsprache, danach Übertritt in Regelklasse	Intensivunterricht Deutsch als Zweitsprache (DaZ), danach Übertritt in Regelklasse

Quellen: Die Angaben basieren nebst Internetrecherchen auf telefonischen Auskünften von Herrn Pierre Felder, Leiter Volksschulen, Erziehungsdirektion Basel-Stadt; Frau Irene Hänsenberger, Leiterin Schulamt der Stadt Bern; Herrn Rolf Rickenbach, Schulleiter Schulkreis Länggasse, Bern; Frau Ruth Biemann, Schulleiterin Schulkreis Betlehem, Bern; Herrn Aebli und Frau Biaggi des Schulamts der Stadt Zürich.

*In Basel sind zudem Fremdsprachenklassen und Kleinklassen vorhanden; in der Stadt Zürich gibt es Sek C-Klassen. Diese und die Kleinklassen wurden im Schuljahr 2009/2010 jedoch abgeschafft. In der Stadt Bern wurden Kleinklassen ebenfalls abgeschafft. Ein geringer Anteil an Schüler/innen in Bern besucht auf der Sekundarstufe besondere Klassen.

Folgende Unterschiede zwischen den Schulsystemen lassen sich hervorheben:

■ **Anzahl Schulstufen:** Ein deutlicher Unterschied zwischen dem (alten) Schulsystem in Basel und den Systemen von Bern und Zürich besteht darin, dass in Basel ein zusätzlicher Wechsel in eine andere Schulstufe geschieht – zwischen Primarschule und Oberstufe ist die Orientierungsschule (OS) eingeschoben.¹⁷ Die Selektion in unterschiedliche Niveaüzüge geschieht in Basel nach 7 Schuljahren, in Bern und Zürich nach 6 Schuljahren, wobei in Basel-Stadt bereits ein Jahr vor der Selektion Niveauunterricht in einzelnen Fächern stattfindet. Auf Sekundarstufe I gibt es in allen drei Städten zwei verschiedene Niveaüzüge. In Zürich wurde auf das Schuljahr 2009/2010 der Niveauzug Sek C abgeschafft, dies beruht auf dem politi-

¹⁶ Oft wird der Besuch des Kindergartens auch als Schuljahr gezählt. Aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit und Übersichtlichkeit gilt hier das erste Jahr der Primarschule als erstes Schuljahr.

¹⁷ Der Übertritt von der Primarschule in die OS erfolgt prüfungsfrei, und der Lernbericht in der 3. Klasse der OS entscheidet aufgrund einer Punktzahl über die Zuweisung in die Weiterbildungsschule oder ins Gymnasium.

schen Entscheid, die Anzahl Niveautypen zu reduzieren.¹⁸ Auf die Arbeitslosenquote kann sich die Ausgestaltung der Niveaüzüge beispielsweise auswirken, wenn in einer Stadt mehr Schüler/innen im Zug mit Grundanforderungen unterrichtet werden. Die Aufteilung der Schülerschaft auf die Niveaüzüge wird in Abschnitt 4.2 thematisiert.

■ **Durchlässigkeit der Niveaüzüge:** Die Strukturvielfalt der Durchlässigkeit zwischen Niveaüzügen auf der Sekundarstufe I kann grob in drei Modelle unterteilt werden (SKBF 2010, 93). Das *integrierte Modell* besteht aus unselektionierten Stammklassen und in zwei oder drei Fächern leistungsdifferenzierten Unterricht. Im *kooperativen Modell* werden die Schüler/innen auf zwei Stammklassen mit unterschiedlichen Anforderungsniveaus aufgeteilt. Einzelne Fächer werden allerdings in leistungsdifferenziertem Unterricht angeboten. Im *geteilten Modell* werden die Schüler/innen auf Niveaüzüge mit unterschiedlichen Leistungsanforderungen aufgeteilt und in separaten Klassen unterrichtet. Der Besuch von einzelnen Fächern in einem anderen Leistungsniveau ist in diesem Modell nicht möglich.

Der Schulsystemvergleich vom Institut für Bildungsevaluation der Universität Zürich hat jedoch ergeben, dass die durchschnittlichen Schulleistungen der gesamten Schülerschaft weitgehend unabhängig von Besonderheiten der Schulmodelle sind (Moser 2008, 17). Für die durchschnittlichen schulischen Leistungen ist die Leistungsgruppierung eher unbedeutend, nicht aber für die Bildungsgerechtigkeit. So zeigen internationale Studien, dass in Ländern mit integrierenden Modellen auf Sekundarstufe I der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und den schulischen Leistungen relativ gering ist (z.B: OECD 2007, 222). Auch für die Schweiz wurden ähnliche Ergebnisse mit den PISA-Daten aus dem Jahr 2003 gefunden. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Mathematikleistung ist in kooperativen Schulmodellen, in denen Schülerinnen und Schüler je nach Fach in Leistungsniveaus mit unterschiedlichen Ansprüchen eingeteilt werden können, geringer als in den schultypengetrennten Schulmodellen (Moser 2008, 25).

In Bern und Zürich überwiegt auf Sekundarstufe I das kooperative Modell, welches die Durchlässigkeit zwischen den Niveaüzügen fördert und den Besuch von einzelnen Schulfächern auf unterschiedlichen Anforderungsstufen¹⁹ beinhaltet. In Basel hingegen existiert momentan nur das geteilte Modell. Der Besuch des Unterrichts einzelner Fächer auf unterschiedlichen Anforderungsstufen ist nicht möglich.²⁰ Bis ins Jahr 2004 überwog in Basel ebenfalls das kooperative Modell. Für Basel konnte nach der Umstellung auf das geteilte Modell eine leichte Steigerung des durchschnittlichen Leistungsniveaus der gesamten Schülerschaft festgestellt werden (Moser 2008). Weil in geteilten Modellen die soziale Herkunft sich gemäss Forschungsergebnissen stärker auf die Leistungen niederschlagen kann, ist denkbar, dass für Schüler/innen aus bildungsfernen Familien dadurch die Schwierigkeiten an der ersten Schwelle erhöht werden.

■ Auch der **Zugang zum Gymnasium** unterscheidet sich in den drei Städten. In Basel ist es üblich, direkt nach der Orientierungsschule ins Gymnasium einzutreten. Dies geschieht anhand einer Zuweisung der abgebenden Schule. In Zürich ist sowohl ein Übergang nach der Primarschule als auch nach der 8. Klasse üblich, jeweils mit Aufnahmeprüfung. In Basel ist der Anteil an Übertritten ins Gymnasium nach der

¹⁸ Telefonische Auskunft von Frau Simone Biaggi-Schurter, Schulamt der Stadt Zürich.

¹⁹ In Bern gibt es zwei Anforderungsstufen in drei Schulfächern, in Zürich gibt es drei Anforderungsstufen in zwei Schulfächern.

²⁰ Je nach schulischer Leistung ist ein Wechseln des Anforderungszuges möglich respektive nötig. In Basel treten wesentlich mehr Jugendliche vom E-Zug in den A-Zug über als umgekehrt, es findet also eher ein Wechsel «gegen unten» statt (Im Schuljahr 2009/2010 gab es 66 Wechsel von A-Zug in den E-Zug und 18 Wechsel vom E-Zug in den A-Zug Bildungsbericht Basel-Stadt 2011). Für die Stadt Bern insgesamt gibt es keine Zahlen. Die Tendenz unterscheidet sich nach Schulkreis. Auch für Zürich wurden keine genauen Zahlen für die gesamte Stadt erhoben. Festgehalten werden kann jedoch, dass es seit dem Schuljahr 2009/2010 – als der Niveautyp Sek C und die Kleinklassen auf Sekundarstufe I abgeschafft wurden – eine leichte Tendenz für mehr Wechsel «nach oben» gibt, also vom Schultyp Sek B in den Schultyp Sek A (Telefonische Auskunft von Frau Biaggi des Schulamts der Stadt Zürich).

OS mit rund 40 Prozent im Schuljahr 2010/2011 hoch. In Zürich liegt die sogenannte Untergymnasialquote am Zürichberg gleich hoch, ist aber in den anderen Stadtquartieren deutlich tiefer. In Bern ist der Besuch des Gymnasiums sogar erst in der 9. Klasse möglich, meist anhand einer Empfehlung der abgebenden Schule. Dies beruht auf einem bewussten politischen Entscheid, die Selektion nach der Primarschule lediglich auf zwei Anforderungsstufen zu beschränken.²¹ Von den Expert/innen wurde im Interview angeführt, dass wegen des frühen Einstieg ins Gymnasium in den WBS-Klassen die «Zugpferde» fehlen, was sich – wie auch die getrennten Niveaüzüge – auf das Leistungsniveau der WBS-Klassen auswirken kann.

■ **Berufswahlvorbereitung:** Die Aufteilung in drei Schulstufen in Basel bringt mit sich, dass die Berufswahlvorbereitung **relativ spät aufgegriffen** wird, was sich gemäss Aussagen der Expert/innen erschwerend auf den Übergang an der ersten Schwelle auswirken kann. Die Berufswahlvorbereitung wird in Basel vor allem in der WBS geleistet, die nur zwei Schuljahre dauert. So beginnt die Berufswahlvorbereitung erst im achten Schuljahr – was insbesondere im Vergleich zu Bern spät ist. Allerdings wurden in den letzten Jahren Elternabende zur Berufswahlvorbereitung bereits in der dritten Klasse der OS durchgeführt. In Zürich beginnt die Berufswahlvorbereitung auch erst in der achten Klasse. Am Ende der achten Klasse wird in Zürich der Leistungstest «Stellwerk» durchgeführt, welcher als Instrument der Standortbestimmung dient. Das dritte Jahr der Sekundarstufe wurde in Zürich neu gestaltet, um die Schüler/innen gezielter auf die Herausforderungen einer Berufslehre oder einer weiterführenden Schule vorzubereiten. Gemäss der Einschätzung der befragten Expert/innen beginnt die Berufswahlvorbereitung in Zürich genug früh.

Die **Federführung in der Laufbahnvorbereitung** liegt in Basel und in Bern bei den Lehrpersonen. Die Berufsberatung wirkt in beiden Städten unterstützend (ED BS 2010; ED BE 1995). In Zürich trägt die Berufsberatung eine stärkere Verantwortung in Bezug auf die Organisation der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren (ED ZH 2011). Aufgrund des Beziehungsaspekts kann es sinnvoll sein, dass die Lehrpersonen die Federführung übernimmt. Allerdings kann die zeitliche Belastung für Lehrpersonen nebst den anderen Aufgaben gross sein und es ist denkbar, dass die Fallführung durch die Berufsberatung aufgrund der Fachkenntnisse der Berufsberater/innen sich positiv auf die Chancen eines Direkteinstiegs in nachobligatorische Ausbildungen auswirken könnte.

In den Experteninterviews wurde in allen Städten betont, dass das Gelingen des Übergangs an der ersten Schwelle stärker als von der Ausgestaltung des Bildungssystems von den **Lehrpersonen** auf Sekundarstufe I abhängt. Gemäss Aussagen der Expert/innen unterscheiden sich die Kenntnisse über das Berufsbildungssystem und das Engagement der Lehrpersonen stark. Wie in Basel wurde auch in den anderen Städten angeführt, dass es sich positiv auf die Transitionen an der ersten Schwelle auswirken würde, wenn mehr Lehrpersonen breite Kenntnisse im Bereich Berufswahlvorbereitung hätten. Weil dieser Punkt in allen drei Städten stark hervorgehoben wurde, handelt es sich nicht um eine Erklärung für besondere Schwierigkeiten in Basel. Allenfalls ist der Einfluss der Lehrpersonen in Zürich etwas geringer, weil sie stärker durch die Berufsberatung entlastet werden.

■ **Angebote für fremdsprachige Jugendliche auf der Sekundarstufe I:** In Basel gibt es für neu zugezogene fremdsprachige Jugendliche Fremdsprachenklassen in der WBS. Diese haben eine höhere Anzahl an Deutschlektionen als die Regelklassen. Teilweise werden einzelne Fächer in der Regelklasse besucht. Ein Übertritt in die WBS A oder die WBS E wird vorgenommen, sobald es sinnvoll erscheint. Es ist aber auch möglich, die ganzen zwei Jahre der WBS in der Fremdsprachenklasse zu besuchen. In Bern und

²¹ Telefonische Auskunft von Frau Irene Hänsenberger, Leiterin Schulamt der Stadt Bern vom 28. Februar 2012.

Allerdings wurden die früher existierenden «Spez-Sek-Klassen», die auf das Gymnasium vorbereiten, auch erst vor wenigen Jahren abgeschafft.

Zürich ist es etwas stärker ausgeprägt, dass nach dem Zuzug ein Intensivunterricht in Deutsch stattfindet und danach ein Übertritt in die Regelklasse angestrebt wird. Ob sich diese Unterschiede auf die Qualität der Integration auswirken, wurde im Rahmen dieser Untersuchung nicht vertieft.

Ein Vergleich der Kompetenzen der Schüler/innen zwischen den drei Städten am Ende der obligatorischen Schulzeit ist nicht möglich. In Basel werden die Leistungen der Schüler/innen am Ende der WBS seit dem Jahr 2006 evaluiert. In beiden getesteten Fächern – Deutsch und Mathematik – haben sich die durchschnittlichen Leistungen der Schüler/innen in den letzten Jahren leicht verbessert. Der Anteil Schülerinnen und Schüler mit ungenügenden Grundkompetenzen liegen im Jahr 2011 jedoch in beiden Fächern bei rund 13 Prozent (Keller 2011).

4.1.2 Bedeutung für den Übergang an der ersten Schwelle

Was ist nun von diesen Systemunterschieden bezüglich der Vorbereitung auf den Übergang in eine nach-obligatorische Ausbildung und damit der Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten?

■ Zunächst ist festzuhalten, dass die Ausgestaltung der Berufsvorbereitung in Basel im Vergleich zu Bern oder Zürich nicht optimal scheint. Einerseits beginnt sie relativ spät. Andererseits scheint das Potenzial der Berufsberatung nicht optimal ausgeschöpft.

■ Wie Forschungsergebnisse zeigen, tragen integrativere Schulformen dazu bei, dass die schulischen Leistungen weniger stark von der Herkunft abhängen (z.B: Moser 2008). Insofern dürfte sowohl der frühe Übertritt ins Gymnasium in Basel als auch das geteilte Schulmodell auf Sekundarstufe I mit geringerer Durchlässigkeit zwischen den Niveaustufen sich für Schüler/innen aus bildungsfernen Elternhäusern erschwerend auswirken – was ihre Berufsbildungs- und Arbeitsmarktchancen tendenziell schmälert.

Für Schüler/innen, welche im Schuljahr 2012/13 oder später die vierte Klasse der Primarschule besuchen, gilt jedoch das neue Schulmodell. Die obligatorische Schule gliedert sich neu in 2 Jahre Kindergarten, 6 Jahre Primarschule und 3 Jahre Sekundarschule. Ein Übertritt ins Gymnasium wird erst nach der obligatorischen Schulzeit möglich sein. Im neuen Schulsystem wird die Berufswahlvorbereitung früher thematisiert und der frühe Übergang ins Gymnasium entfällt. Diese Änderungen dürften sich aller Voraussicht nach positiv auf die Chancengleichheit und den Übergang an der ersten Schwelle auswirken.

4.2 Anschlusslösungen von Schulabgänger/innen

Anschlusslösungen nach der obligatorischen Schule

Anschlusslösungen von Schulabgänger/innen liefern wichtige Informationen über das Gelingen des Übergangs in nachobligatorische Ausbildungen an der ersten Schwelle. Deshalb werden in diesem Abschnitt sowohl die Anschlusslösungen aller Schüler/innen der neunten Klassen als auch die der einzelnen Niveaustufen betrachtet.²² Wie aus **Abbildung 16, Abbildung 17 und Abbildung 18** zu sehen ist, unterscheidet sich die Aufteilung der Schüler/innen auf die einzelnen Niveaustufen am Ende der obligatorischen Schulzeit zwischen den Städten kaum. Der Anteil an Schüler/innen der neunten Klassen in Gymnasien liegt in allen drei Städten bei rund 40 Prozent, auch wenn der Übertritt in Basel früher erfolgte.²³ Der Anteil an Personen im Niveaustufenzug mit erweiterten Anforderungen (WBS E, bzw. Sekundarklasse, Sek A) liegt in den drei Städten bei ungefähr einem Drittel. Der Anteil im Niveaustufenzug mit Grundanforderungen (WBS A bzw. Realschule, Sek B) ist in allen drei Städten tiefer. In Basel und Bern liegt er bei ungefähr einem Viertel, in Zürich ist er geringer. Die Anteile der Schüler/innen in Spezialklassen sind klein und bewegen sich zwischen einem und vier Prozent.

Eine ideale Anschlusslösung bildet der direkte Einstieg in eine qualifizierende nachobligatorische Ausbildung, also eine Berufs- oder Attestlehre oder eine weiterführende Schule. Ein direkter Einstieg in den Arbeitsmarkt oder ein nicht klar auf eine Ausbildung bezogenes Praktikum wird als problematisch betrachtet, weil das bildungspolitische Ziel darin besteht, dass möglichst alle Jugendlichen einen nachobligatorischen Ausbildungsabschluss erlangen. Diesem Ziel dienen die Brückenangebote, wenn der direkte Übertritt nicht wie gewünscht gelingt. Als prekär einzustufen ist die Situation insbesondere, wenn am Ende der obligatorischen Schulzeit (noch) keine Anschlusslösung besteht.

Die Anschlusslösungen werden in den drei Städten teilweise mit leicht unterschiedlichen Kategorien erfasst. Mit der gebotenen Vorsicht lassen sich aber durchaus vergleichende Aussagen treffen. So zeigt sich, dass von der **gesamten Schülerschaft** aller neunten Klassen in allen drei Städten rund 50 Prozent eine weiterführende Schule besuchen.²⁴ Deutliche Unterschiede sind hingegen bei den Anteilen in Brückenangeboten und in der Berufsbildung zu erkennen. In Basel ist der Anteil Schulabgänger/innen, welche ein Brückenangebot absolvieren, mit 30 Prozent deutlich höher als in Bern (23 Prozent) und in Zürich (17 Prozent). Hingegen treten in Basel lediglich 11 Prozent aller Neuntklässler/innen in eine Berufslehre ein. In Bern (21 Prozent) und Zürich (28 Prozent) sind diese Anteile höher.

Von besonders grossem Interesse im Hinblick auf eine mögliche Ausbildungslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit sind die Schulabgänger/innen des **Niveaustufenzuges mit Grundanforderungen** (WBS A, Real, Sek B). Sie treten in allen drei Städten deutlich öfter in ein Brückenangebot über als solche des Zuges mit erweiterten Anforderungen. In Basel ist der Anteil der Brückenangebote hier mit 68 Prozent noch höher als in Bern (60 Prozent) und Zürich (42 Prozent). Lediglich ein Fünftel der Schüler/innen aus dem tiefsten Ni-

²² In Zürich werden die Anschlusslösungen der Neuntklässler/innen in Gymnasien nicht erfasst. Die Anzahl Schüler/innen an 9. Klassen des Gymnasiums wurden aus einer anderen Tabelle der Bildungsstatistik übernommen. Um einen Vergleich mit Basel und Bern des Totals der Neuntklässler zu ermöglichen, wurde die Annahme getroffen, dass die Anschlusslösungen der Gymnasiast/innen in Zürich gleich verteilt sind wie in Basel.

²³ In Basel ist der Anteil im Juni 2011 mit 40 Prozent etwas tiefer als in den vergangenen Jahren. Zu beachten gilt, dass in der Statistik des Bildungsberichts des Kantons Basel-Stadt auch Schüler/innen aus anderen Kantonen enthalten sind, welche in Basel das Gymnasium besuchen.

²⁴ Ein Vergleich zwischen dem Anteil im Gymnasium und in anderen weiterführenden Schulen ist wenig aufschlussreich. In Basel sind beispielsweise die Übergangsklassen der Kategorie «weiterführende Schule» zugeordnet; die Schüler/innen der Übergangsklassen treten danach in der Regel ins Gymnasium über. In Zürich werden die verschiedenen Mittelschulen gar nicht einzeln ausgewiesen.

veauzug tritt in Basel direkt in eine Berufslehre ein. In Zürich dagegen gelingt ein direkter Einstieg mehr als der Hälfte. Bern liegt auch diesbezüglich dazwischen. Besonders gefährdet, die erste Schwelle nicht zu schaffen, sind Schüler/innen des Grundzugs, die weder eine weiterführende Schule noch eine Lehre noch ein Brückenangebot besuchen. Zu ihnen gehören in den Abbildungen die Kategorien Praktikum, keine Anschlusslösung und Anderes. Zusammengefasst liegt dieser Anteil in Basel bei 12%, in Bern bei 10% und in Zürich bei 7%.

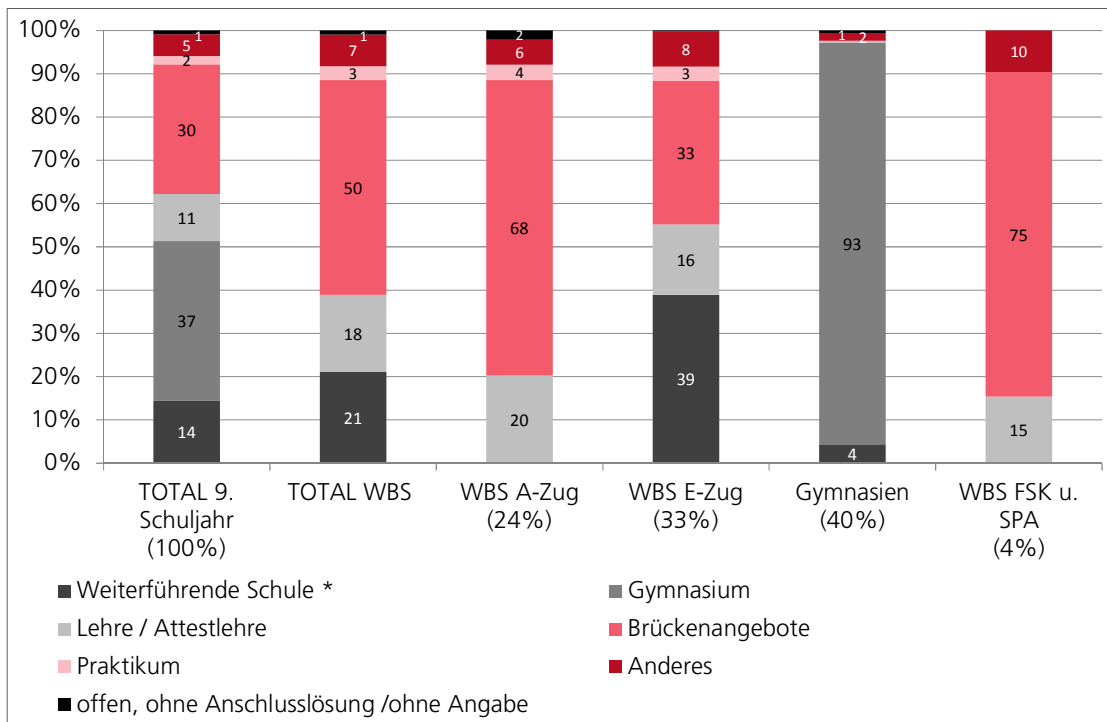
Aus dem **Niveauezug mit erweiterten Anforderungen** (WBS E, Sek, Sek A) tritt in Basel ein vergleichsweise grosser Teil in weiterführende Schulen ein (39 Prozent).²⁵ Hingegen kommt ein direkter Einstieg in eine Berufsausbildung in Basel auch für Schüler/innen aus der WBS E seltener vor. Der Unterschied zwischen Basel und Zürich ist hier sehr deutlich; In Basel tritt lediglich rund ein Sechstel der Schulabschliessenden aus der WBS E in eine Berufslehre ein. In Zürich ist es mehr als die Hälfte der Sek A-Schülerschaft. Brückenangebote werden in allen Städten auch von Schüler/innen aus dem Niveauezug mit erweiterten Anforderungen genutzt. In Basel ist dies jedoch häufiger der Fall als in Bern und Zürich. Der Anteil der Schulabgänger/innen, die keiner dieser Kategorien angehören, liegt in Basel mit 11% auch hier deutlich höher als in Bern oder Zürich (beide 6%).

Vertiefend wurden auch die **Unterschiede nach Geschlecht** analysiert. Hier bietet sich in allen drei Städten ein ähnliches Bild: Am Ende der obligatorischen Schulzeit sind Mädchen häufiger im Gymnasium als Knaben. Mädchen treten insgesamt häufiger in weiterführende Schulen über, während Knaben öfter in eine berufliche Grundbildung einsteigen. In Basel ist auch der Besuch eines Brückenangebots eine häufigere Anschlusslösung für Knaben, in Bern und Zürich unterscheidet sich die Übertrittsquote in Brückenangebote kaum nach Geschlecht. Bei den Situationen ohne Anschlusslösungen und der Kategorie «Anderes» gibt es in allen Städten keine markanten Unterschiede nach Geschlecht.

Auch die **Unterschiede nach Nationalität** wurden vertieft untersucht: Für Basel werden allerdings die Anschlusslösungen nicht getrennt nach Nationalität ausgewiesen. In Bern und Zürich wird in den Schulabgangsstatistiken eine Aufteilung zwischen Schweizer/innen und Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit gemacht. Dabei zeigt sich, dass in Bern deutlich weniger Ausländer/innen direkt nach der neunten Klasse in eine Berufslehre eintreten (14 Prozent). Hingegen absolvieren viele Ausländer/innen (44 Prozent) zuerst ein Brückenangebot. Im Vergleich dazu treten 22 Prozent der Schweizer/innen direkt in eine Berufslehre ein und 19 Prozent in ein Brückenangebot. Für Zürich fehlen Angaben der Nationalität von Gymnasiast/innen. Es ergibt sich für Übergänge nach der übrigen Volksschule jedoch ein sehr ähnliches Bild. Auch in Basel gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass Ausländerinnen und Ausländer in Brückenangeboten übervertreten sind (Dubach et al. 2010, 87). Dies entspricht auch Resultaten für die gesamte Schweiz (SKBF 2010, 117).

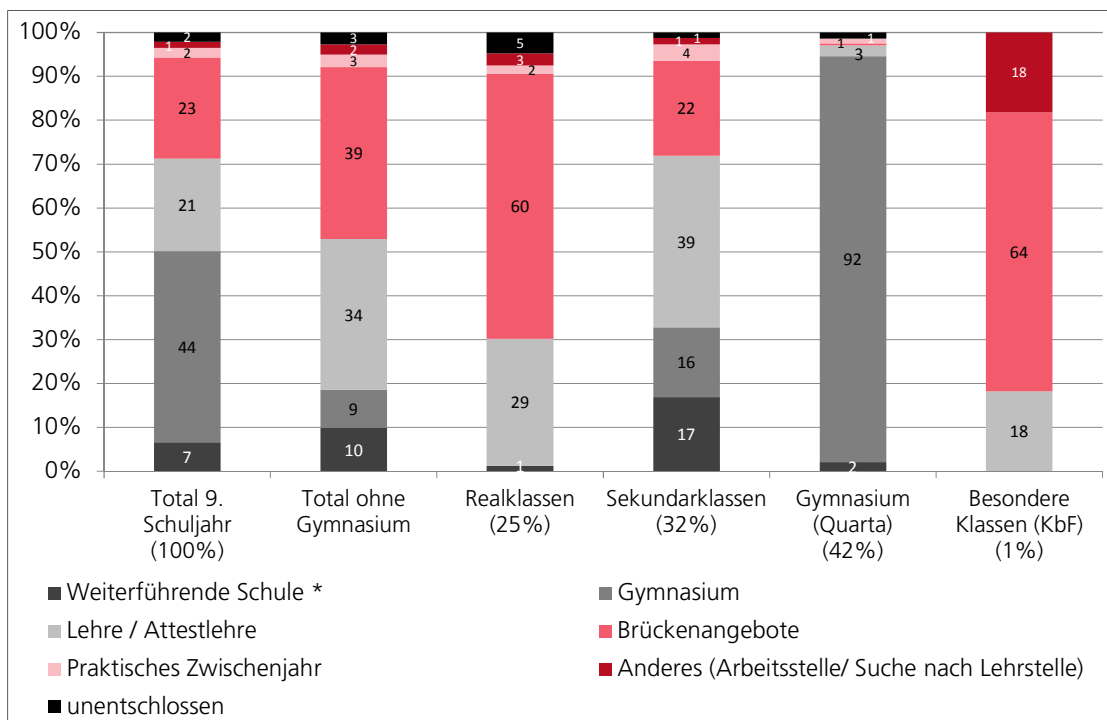
²⁵ In den vergangenen Jahren war der Anteil Übertritte aus der WBS E in weiterführende Schulen in Basel sogar noch um einige Prozentpunkte höher (2010: 45%, 2009: 44%)

Abbildung 16: Basel: Anschlusslösungen von Schulabgänger/innen, Juni 2011



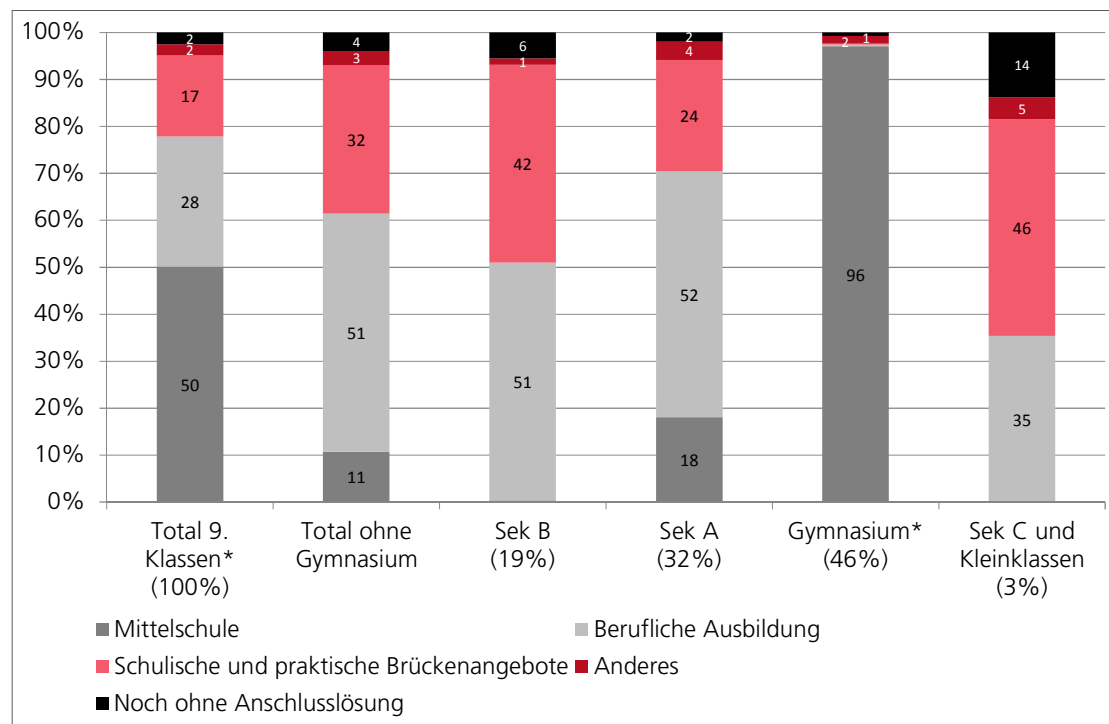
Quelle: Kanton Basel-Stadt, Erziehungsdepartement, Statistik der Schulabgänger/innen, Darstellung: BASS
 Anmerkungen: *Weiterführende Schule: Übergangsklasse, Handelsmittelschule, Informatikmittelschule, Fachmittelschule, VS; WBS FSK u. SPA heisst WBS Fremdsprachenklassen und WBS Spezialangebote
 Die Antwort «Lehrvertrag in Abklärung» wurden für einen besseren Vergleich mit den anderen Städten in der Grafik der Kategorie «Anderes» zugeordnet.

Abbildung 17: Bern: Anschlusslösungen von Schulabgänger/innen, Juni 2011



Quelle: Kanton Bern, Zentralstelle für Berufs- Studien und Laufbahnberatung, Schulaustretenden-Umfrage, Darstellung: BASS
 Anmerkung: * Weiterführende Schule: Handelsmittelschule 3 Jahre, Handelsschule 2 Jahre, Fachmittelschule

Abbildung 18: Zürich: Anschlusslösungen von Schulabgänger/innen, Juni 2011



Quelle: Kanton Zürich, Bildungsstatistik bista, Darstellung: BASS

Anmerkung: Die Kategorie Mittelschule umfasst Gymnasien, Fachmittelschulen, Handelsmittelschulen und den Passerellenlehrgang

Bei den Zahlen für das Gymnasium und somit auch für das Total handelt es sich um Schätzungen.

Fazit

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Unterschiede bezüglich Anschlusslösungen zwischen den Städten nicht darauf zurückzuführen sind, dass die Schüler/innen im letzten Jahr der obligatorischen Schule unterschiedlich auf die Niveauezüge verteilt sind. Auch lassen sie sich nicht damit erklären, dass nach der obligatorischen Schule unterschiedlich viele Personen eine weiterführende Schule besuchen. Die Differenzen liegen vielmehr bei den Anteilen der Übertritte in eine Berufsausbildung und in Brückenangebote.

In den durchgeführten Gesprächen in den drei Städten haben die Expert/innen ihre Einschätzungen über mögliche Gründe für die höhere Übertrittsquote in Brückenangebote in Basel geäußert. Diese lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

■ **Vorbereitung in der obligatorischen Schule:** Auch gemäss der Meinung der Expert/innen dürften sich die in Abschnitt 4.1 genannten Unterschiede des Bildungssystems auf der Sekundarstufe I auf die Anzahl Übertritte in Brückenangebote auswirken; das heisst die relativ späte Thematisierung der Berufswahlvorbereitung und die Zusammenarbeit zwischen der Berufsberatung und der Volksschule.

■ **Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund:** Die Meinungen der Expert/innen decken sich dahingehend, dass sich für Jugendliche mit Migrationshintergrund (insb. «alte Zuwanderung») der Direkt Einstieg in eine nachobligatorische Ausbildung schwieriger gestaltet. Dies kann durch mangelnde Sprachkenntnisse bedingt sein, aber auch durch bildungsfernere Familien, welche die Kinder in den ausbildungsbezogenen Entscheiden nicht in gleichem Masse unterstützen können. Zudem wurde von den Expert/innen angeführt, dass ausländische Eltern – unabhängig davon, wie gut sie selber gebildet sind – die Ausgestaltung des schweizerischen Berufsbildungssystems oft nicht gut kennen und schulische Ausbildungen (inklusive Brückenangebote) einer dualen Lehre vorziehen (vgl. Abschnitt 4.4).

■ **Ausgestaltung der Angebote:** Die Expert/innen sind der Meinung, dass sich auch die Angebotspalette an Brückenangeboten auf die Anzahl Übertritte in diese auswirken kann. Hierzu bildet Basel insbesondere eine Ausnahme, indem auch ein öffentliches Brückenangebot existiert, welches als Vorbereitung auf eine weiterführende Schule dient.²⁶

■ **Zugangsbedingungen:** Der Anmeldetermin für ein Brückenangebot ist in Basel (Ende Februar/Anfang März) früher als in Zürich (15. Mai). Wenn eine Anmeldung erfolgt ist, kann sich das darauf auswirken, dass nicht mehr intensiv nach einer Lehrstelle gesucht wird. Die Kosten für ein öffentliches Brückenangebot betragen in Bern rund 2000, in Zürich rund 2500 CHF.²⁷ In Basel fällt lediglich eine Einschreibegebühr von 128 CHF an. Es ist denkbar, dass sich auch diese Unterschiede leicht auf die Anzahl Anmeldungen für Brückenangebote auswirken.

Expert/innen aus Basel vermuten auch, dass in Basel öfter ein Brückenangebot gewählt wird, weil in der WBS in Basel kaum Repetitionen vorkommen. Gemäss Aussagen der Gesprächspartner/innen wird jedoch auch in Bern und Zürich auf der Sekundarstufe I sehr selten repetiert.

Es ist erklärtes Ziel der Volksschule, dass künftig mehr Jugendliche in Basel nach der obligatorischen Schule direkt eine Lehre beginnen. So wurden verschiedene Massnahmen umgesetzt, um die Anzahl Direkteinstiege zu erhöhen (ED BS 2010, 44), beispielsweise eine frühere Information der Elternschaft über das Berufsbildungssystem, aber auch die Umsetzung des neuen Schulsystems. Der Anteil an Übertritten in Brückenangebote hat sich in den letzten Jahren in Basel auch verringert; er betrug beispielsweise im Jahr 2005 noch rund 35 Prozent (ED BS 2010, 44).

Anschlusslösungen nach Brückenangeboten

Da in Basel fast ein Drittel der Schulabgänger/innen ein Brückenangebot besucht, ist es für ein vollständiges Bild der Übergänge an der ersten Schwelle wichtig, auch die Anschlusslösungen darzustellen, die sich ihnen ein Jahr später – also nach Abschluss des Brückenangebots – eröffnen.

Bislang gibt es kaum Studien, welche die Gründe und Folgen von Brückenangeboten erfassen (SKBF 2010, 117). Forschungsergebnisse für die gesamte Schweiz deuten jedoch darauf hin, dass ein verzögerter Einstieg in eine Berufsausbildung das Risiko erhöht, keinen Ausbildungsabschluss zu erlangen (Keller et al. 2010, 14). Brückenangebote werden aber auch von Jugendlichen genutzt, welche einen Anschluss in Form einer Lehre gefunden hätten, aber eine andere Ausbildung vorziehen würden (SKBF 2010, 117) und können – wenn der Anschluss nach dem Brückenjahr gelingt – dazu dienen, den Bildungsweg zu optimieren.

Die Ausgestaltung der Brückenangebote in den drei Städten unterscheidet sich. In allen drei gibt es jedoch Brückenangebote, welche vorwiegend der Integration dienen und von Jugendlichen besucht werden, die erst seit kurzem in der Schweiz sind und die deutsche Sprache noch nicht gut beherrschen. Zudem gibt es Angebote, welche die Schüler/innen auf eine zukünftige Berufslehre vorbereiten – und zwar sowohl für Jugendliche, die bezüglich der Berufswahl bereits Entscheidungen getroffen haben, als auch für Jugendliche, welche noch nicht wissen, in welchem Berufsfeld sie ihre Ausbildung absolvieren möchten. In Basel besteht auch ein öffentliches Brückenangebot für die Vorbereitung auf weiterführende Schulen. In Bern wird dieses Angebot stärker von privaten Brückenangeboten abgedeckt. In Zürich wird die Vorbereitung auf weiterführende Schulen in der öffentlichen Fachschule Viventa als Ergänzung zum sonstigen Programm des Brückenangebots an Samstagen angeboten.

Zusammenfassend können Brückenangebote drei Funktionen zugeschrieben werden (SKBF 2010, 117; BFS/TREE 2003): Die *Kompensationsfunktion* (Behebung schulischer, sprachlicher oder anderer Defizite),

²⁶ Angebot Basis plus

²⁷ An der Fachschule Viventa.

die *Orientierungsfunktion* (Entscheidungshilfe bei der Wahl einer nachobligatorischen Laufbahn) und die Funktion als *systematischer Puffer* (vorherige und neue Ausbildung passen zeitlich nicht zusammen; die Jugendlichen müssen die Wartezeit sinnvoll überbrücken). Gemäss Aussagen der Gesprächspartner/innen in den Experteninterviews nehmen die einzelnen Brückenangebote in den drei Städten jeweils alle drei Funktionen ein. Die Orientierungsfunktion spielt eine zentrale Rolle. Aufgrund der guten Situation auf dem Lehrstellenmarkt dürfte der Funktion als «zeitlicher Puffer» aktuell eher eine untergeordnete Rolle zukommen.

In **Abbildung 19** sind die Anschlusslösungen der Absolvent/innen von Brückenangeboten im Schuljahr 2010/2011 für die drei Vergleichsstädte beschrieben.²⁸ Als prekär sind auch bei dieser Abgangsstatistik die Situationen einzuordnen, die den Kategorien «keine Anschlusslösung» oder «Anderes» zugeordnet werden.²⁹ Der Anteil dieser Kategorien ist in Basel etwas geringer als in Bern oder Zürich.

In allen drei Städten tritt rund die Hälfte der Absolvent/innen von Brückenangeboten in eine **Lehre oder Attestlehre** ein. Hier bestehen somit keine grossen Unterschiede. Die Abgangsstatistiken der einzelnen Brückenangeboten unterscheiden sich allerdings jeweils stark. In Basel beispielsweise sind die Übertrittsraten in eine Berufslehre nach einem Vorkurs an der Allgemeinen Gewerbeschule (AGS) hoch (80 Prozent).³⁰ In Bern sind die Übertrittsraten in eine Berufslehre oder eine Mittelschule nach einem 10. Schuljahr in einer privaten Schule hoch.³¹

In Bern tritt ein relativ grosser Anteil der Schüler/innen nach dem Brückenangebot in eine **weiterführende Schule** über. Hier sind es vor allem Absolventinnen von privaten 10. Schuljahren, die danach an eine Handelsmittelschule, Fachmittelschule oder auch ans Gymnasium wechseln. Bei den Übertritten in weiterführende Schulen handelt es sich in Basel vor allem um Personen, die von der Schule für Brückenangebote an die Handelsmittelschule oder Fachmittelschule wechseln.

In Bern ist es grundsätzlich nicht vorgesehen, **zwei Jahre ein Brückenangebot zu besuchen**. Entsprechend gering ist auch der Anteil dieser Anschlusslösung. Er betrifft Personen, welche zuerst eine Integrationsklasse besuchen und danach ein Brückenangebot mit regulärem Schulstoff. In Basel (17 Prozent) und Zürich (19 Prozent) sind die Anteile an Schüler/innen, die zwei Jahre in einem Brückenangebot sind, höher. In Basel kann an der Schule für Brückenangebote nach einem 10. Schuljahr anschliessend während einem weiteren Jahr ein kombiniertes Brückenangebot absolviert werden (ED BS 2010, 9). Hierbei handelt es sich im letzten Schuljahr hauptsächlich um Schüler/innen, die in eine berufsorientierte Vorlehre wechselten oder das zweite Jahr der Integrations- und Berufswahlklasse (IBK) absolvierten. In Zürich besuchen die meisten Personen, die zwei Jahre in einem Brückenangebot sind, zuerst ein berufsorientiertes 10. Schuljahr und absolvieren danach ein praktisches Brückenangebot. In Zürich und Basel ist es also verbreitet, nach einem schulischen Berufsvorbereitungsjahr in ein praktisches Brückenangebot überzutreten.

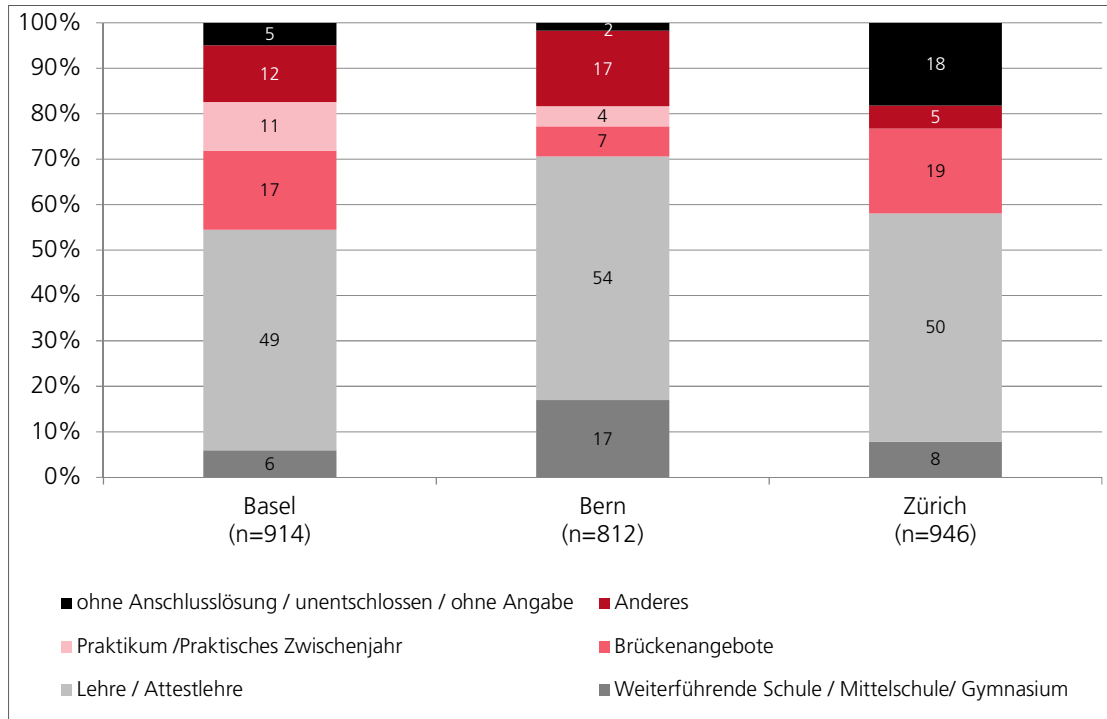
²⁸ Dargestellt sind alle Brückenangebote, für welche Abgangsstatistiken zur Verfügung stehen. Für Basel fehlen die Angaben zu den privaten Brückenangeboten. Der Anteil an Schüler/innen in privaten Brückenangeboten ist allerdings sehr klein (im Jahr 2011 traten 19 Schulabgänger/innen in ein privates Brückenangebot über).

²⁹ Für Basel betrifft die Kategorie «Anderes» Vorkurse der Schule für Gestaltung (8 Pers.), Zwischenlösungen in privaten Schulen (20 Pers.), Rückkehr in das Heimatland (6 Pers.), Arbeitsstelle (7 Pers.) sowie die Restkategorie «Anderes» (32 Pers.). Für Bern werden unter der Kategorie «Anderes» die Antworten Suche (121 Pers.) und Arbeitsstelle (14 Pers.) zusammengefasst. Für Zürich steht keine detailliertere Auswertung der Kategorie zur Verfügung.

³⁰ Personen im Vorkurs der AGS in Basel machen jedoch nur einen kleinen Teil aller Personen in Brückenangeboten aus (10 Prozent).

³¹ Schüler/innen in privaten zehnten Schuljahren machen in Bern einen relativ grossen Anteil aller Personen in Brückenangeboten aus (37 Prozent).

Abbildung 19: Basel, Bern und Zürich: Anschlusslösungen von Abgänger/innen von Brückenangeboten, Juni 2011



Quellen: Basel: Kanton Basel-Stadt, Erziehungsdepartement, Statistik der Schulabgänger/innen, Bern: Kanton Bern, Zentralstelle für Berufs- Studien und Laufbahnberatung, Schulaustretenden-Umfrage, Zürich: Kanton Zürich, Bildungsstatistik bista, Darstellung: BASS

Anmerkungen: Brückenangebote in Basel: Schule für Brückenangebote SBA, Vorkurse AGS (allgemeine Gewerbeschule), Vorkurse BFS (Berufsfachschule)

Brückenangebote Bern: Berufsvorbereitungsschule, Vorlehrrklassen, private 10. Schuljahre;

Brückenangebote Zürich: Öffentliche Berufsvorbereitungsjahre (Berufsorientiertes BVJ, Berufswahlorientiertes BVJ, Integrationsorientiertes BVJ), Praktische Brückenangebote (Berufsintegrationsprogramm/Motivationssemester, Fremdsprachaufenthalt, Praktika/Volontariat), Private schulische Brückenangebote

Bezüglich der **Unterschiede zwischen den Geschlechtern** lassen sich folgende Muster erkennen:³² Aus den vorliegenden Basler Daten ist ersichtlich, dass junge Männer nach einem Brückenangebot häufiger eine Berufs- oder Attestlehre absolvieren als jungen Frauen: 48 Prozent der Männer finden nach dem Brückenangebot eine Lehrstelle, bei den Frauen sind es lediglich 43 Prozent. Frauen besuchen häufiger noch ein zweites Brückenangebot oder machen danach ein Praktikum. In Bern und Zürich bietet sich ein ähnliches Bild, wobei Frauen in Bern nach dem Brückenangebot öfter an eine weiterführende Schule wechseln.

Für Bern und Zürich sind auch getrennte **Auswertungen nach Staatsangehörigkeit** möglich. Die Resultate unterscheiden sich zwischen den beiden Städten. In Bern treten Ausländer/innen nach einem Brückenangebot seltener in eine Berufsausbildung ein als Schweizer/innen. Sie besuchen dafür häufiger ein zweites Jahr ein Brückenangebot. In Zürich hingegen sind es die Ausländer/innen, welche häufiger in eine Berufsausbildung wechseln und die Schweizer/innen, die häufiger ein weiteres Brückenangebot absolvieren. Hierbei dürften Selektionseffekte eine Rolle spielen. In Zürich ist der Anteil an Schweizer/innen in Brückenangeboten tief.³³

³² Für Basel werden die Anschlusslösungen nach Brückenangeboten nur für die Schule für Brückenangebote getrennt nach Geschlecht ausgewiesen. Diese machen jedoch den grössten Teil der Personen in Brückenangeboten aus (85 Prozent). Für Vorkurse der Allgemeinen Gewerbeschule und der Berufsfachschule sind die Angaben nicht getrennt nach Geschlecht verfügbar.

³³ Anteil Schweizer/innen in Brückenangeboten: Zürich: 33 Prozent, Bern: 55 Prozent.

4 Analyse von Einflussfaktoren

Wenn man eine Berufsausbildung oder weiterführende Schule als «ideale» Anschlusslösungen nach einem Brückenangebot definiert, so ist der Anteil dieser beiden Gruppen in Basel mit insgesamt 55 Prozent ähnlich gross wie in Zürich (58 Prozent), aber deutlich geringer als in Bern (71 Prozent). Insbesondere in Bern scheint der Übergang in eine formale Ausbildung nach einem Brückenangebot vergleichsweise gut zu gelingen, was aber auch dadurch bedingt ist, dass in Bern der Anteil an privaten Brückenangeboten in der Statistik gross ist. In Basel und Zürich besucht dafür ein grösserer Anteil für ein zweites Jahr ein Brückenangebot. Der Anteil der Schüler/innen, die nach einem Brückenangebot noch keine Anschlusslösung gefunden haben oder sich in einer anderen Situation (z.B. in einer Arbeitsstelle) befinden, beträgt in allen Städten ungefähr einen Fünftel.

Fazit

In allen drei Städten tritt rund die Hälfte aller Besucher/innen von Brückenangeboten in eine Lehre oder Attestlehre ein. Diesbezüglich ist die Problemlage in Basel nicht höher als in den anderen Städten. In Basel wie auch in Zürich kommt es öfter als in Bern vor, dass Jugendliche zwei Jahre ein Brückenangebot besuchen. Dies hat vor allem damit zu tun, dass es überhaupt vorgesehen ist, zwei Brückenangebote nacheinander zu kombinieren.

4.3 Berufsbildung

Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen kommt zustande, weil die Transition von der obligatorischen Schule ins Erwerbsleben nicht immer reibungslos verläuft. Differenzen zwischen den Jugendarbeitslosenquoten in den Städten können unter anderem deshalb bestehen, weil die Schwierigkeiten in den einzelnen Phasen dieses Übergangs sich unterscheiden. Ergebnisse der Transitionsforschung für die Schweiz zeigen, dass diskontinuierliche Verläufe in der Berufsbildung öfter vorkommen als in der Allgemeinbildung (Keller et al. 2010, 7). Deshalb richtet sich der Fokus dieses Abschnitts darauf, die Rahmenbedingungen für die Etappen des Durchlaufens einer Berufsausbildung zwischen den drei Städten zu vergleichen. Betrachtet wird zunächst das Angebot an Lehrstellen und die Branchenstruktur (Abschnitt 4.3.1). Danach wird der «Match» zwischen Lehrstellenangebot und -nachfrage besprochen (Abschnitt 4.3.2). Dabei wird die Konkurrenzsituation von Lehrstellenbewerber/innen aus der Stadt und dem Umland thematisiert und es wird der Frage nachgegangen, inwieweit Wünsche und Erwartungen der Jugendlichen sich mit dem städtischen Angebot an Lehrstellen vereinen lassen. Abschnitt 4.3.3 widmet sich den Lehrvertragsauflösungen – also den Diskontinuitäten während der Berufsausbildung. Abschliessend wird der Übergang an der zweiten Schwelle – nach dem Absolvieren der Berufsausbildung – thematisiert (Abschnitt 4.3.4).

4.3.1 Lehrstellenangebot und Branchenstruktur

Dass die Branchenstruktur einen Einfluss auf das Gelingen des Übergangs von der Schule in nachobligatorische Ausbildungen und auf die Jugendarbeitslosigkeit haben kann, ist offensichtlich: Das Angebot an Lehrstellen ist durch die Branchenstruktur geprägt. Gleichzeitig kann sich die branchenspezifische Nachfrage nach Arbeitskräften aber auch auf den «Stellenwert» der Berufsausbildung bei der Bevölkerung auswirken. Dabei handelt es sich um einen indirekten Einfluss auf den Übergang in Berufsausbildungen.

Lehrstellenangebot

In allen drei Städten hat sich die Situation auf dem Lehrstellenmarkt in den vergangenen Jahren massiv entspannt. Die interviewten Expert/innen aller drei Städte sind der Meinung, dass der Grund für Jugendarbeitslosigkeit momentan nicht darin besteht, dass zu wenige Lehrstellen vorhanden sind. Gemäss den Expert/innen hat auch die Schaffung von Attestlehren dazu beigetragen, dass mehr Jugendlichen der

4 Analyse von Einflussfaktoren

Einstieg in eine Berufsausbildung gelingt. In Basel ist der Anteil an Attestlehren am Gesamtbestand der Lehrverträge deutlich höher als in Bern und Zürich. Im Jahr 2011 betrug er im Kanton Basel-Stadt rund 8 Prozent. In der Stadt Bern lag der Anteil bei rund 4 Prozent und in der Stadt Zürich bei rund 3 Prozent.³⁴ Die Schwierigkeiten an der ersten Schwelle in Basel können demnach nicht darauf zurückgeführt werden, dass in Basel weniger niederschwellige Attestlehrstellen zur Verfügung stehen als in Bern oder Zürich.

Um die Zusammensetzung der Lehrstellen nach Branchen auf Städteebene zu vergleichen, greifen wir auf die Daten der Betriebszählung zurück.³⁵ Aus **Tabelle 2** ist ersichtlich, dass der Anteil an besetzten Lehrstellen in der Industrie (verarbeitendes Gewerbe) in Basel mit 17 Prozent besonders hoch ist. Hierbei handelt es sich vor allem um Lehrstellen in der Pharmaindustrie. Vergleichsweise gering ist in Basel der Anteil der Lehrstellen in der öffentlichen Verwaltung (inkl. Unterricht). Ansonsten sind keine auffallenden Unterschiede der Verteilung der Lehrstellen auf die Branchen zwischen den Städten zu erkennen. Die starke Präsenz der Pharmaindustrie, welche gemäss Aussagen der Expert/innen mehrheitlich Lehrstellen mit hohen schulischen Anforderungen anbietet, könnte allenfalls dazu beitragen, dass sich für Schüler/innen mit durchschnittlichen schulischen Leistungen, der Einstieg in eine Berufsausbildung etwas schwieriger gestaltet.

Tabelle 2: Anteil Lehrstellen nach Wirtschaftsbranche; Städte Basel, Bern und Zürich, 2008

	Basel	Bern	Zürich
Bau	11.8%	10.1%	10.7%
Handel; Reparatur von Motorfahrzeugen	15.9%	15.7%	19.7%
Verarbeitendes Gewerbe	16.7%	8.7%	4.9%
Gastgewerbe	3.8%	4.3%	5.1%
Verkehr, Lagerei, Information und Kommunikation	7.7%	10.3%	6.9%
Öffentliche Verwaltung; Unterricht	6.1%	12.4%	9.8%
Gesundheits- und Sozialwesen	16.7%	15.0%	14.2%
Finanz- und Versicherungsdienstl.; Grundstücks- u. Wohnungswesen	6.1%	6.1%	9.7%
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	10.0%	11.2%	12.9%
Anderes*	5.1%	6.3%	6.1%

Quelle: BFS, Betriebszählung 2008

*Die Kategorie Anderes umfasst: Land- und Forstwirtschaft, Bergbau Fischerei; Energie- und Wasserversorgung; Kunst, Unterhaltung und Erholung, Erbringung von überwiegend persönlichen Dienstleistungen

Branchenstruktur und «Stellenwert» der Berufsbildung

Was den Einfluss der Branchenstruktur auf den «Stellenwert» der Berufsbildung betrifft, wurde in den Experteninterviews die Vermutung geäussert, dass in Basel der Qualifikationsdruck von Seiten der Wirtschaft besonders gross sei. In Basel seien viele Grossbetriebe angesiedelt – beispielsweise in der Pharmaindustrie. Diese stellten möglichst gut qualifiziertes Personal an – oft auch mit Tertiärausbildung. Deshalb herrsche sei ein grosser Teil der Bevölkerung der Meinung, dass eine allgemeinbildende Sek II-Ausbildung einer Berufslehre vorzuziehen ist. Ein derartiger Qualifikationsdruck könnte ein Grund dafür sein, dass in Basel ein relativ hoher Anteil an Schulabgänger/innen ein Brückenangebot besucht, um danach zu versuchen, in eine allgemeinbildende Sek II-Ausbildung einzusteigen. Wenn dadurch Berufswahlprozesse vernachlässigt werden, kann sich das negativ auf die Ausbildungsverläufe auswirken. Im Gegensatz dazu genießt die Berufsbildung in Bern gemäss Aussagen der befragten Expert/innen in der Bevölkerung eine hohe Wertschätzung, die sich in den letzten Jahren durch die Angebote der Fachhochschulen tendenziell noch verbessert hat.

³⁴ Die Daten für die Stadt Bern wurden vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt des Kantons Bern zur Verfügung gestellt. Die Daten für die Stadt Zürich von der Abteilung « Bildungsplanung, Bildungsstatistik » der Bildungsdirektion des Kantons Zürich.

³⁵ Die aktuellsten Daten der Betriebszählung beziehen sich auf das Jahr 2008.

Hinweise auf den Qualifikationsdruck der Wirtschaft in den Städten lassen sich in den Standardquotienten «wissensintensive Dienstleistungen» und «High-Tech-Branchen», welche vom Bundesamt für Statistik (BFS) publiziert werden, ablesen. Die Quotienten bilden einen Indikator dafür, wie stark die Nachfrage nach gut qualifizierten Arbeitskräften ist (BFS 2001, 12). In Zürich ist gemäss den Auswertungen für das Jahre 2008 der Standortquotient für wissensintensive Dienstleistungen überdurchschnittlich hoch. Hingegen ist der Standortquotient von Basel für High-Tech-Branchen deutlich über dem von Bern oder Zürich.³⁶ Der Vergleich der Standortquotienten deutet folglich tendenziell auf einen hohen Qualifikationsdruck der Wirtschaft sowohl in Basel als auch in Zürich hin.

Als Indikator für den Stellenwert der Berufsbildung kann auch die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe dienen. Gemäss der Betriebszählung des BFS aus dem Jahr 2008 betrug der Anteil der Lehrstellen an den Arbeitsstellen in Basel 2008 4.4%. Dieser Anteil ist geringer als in Bern (4.8%), aber grösser als in Zürich (4.0%). Auf einen besonders geringeren Stellenwert der Berufsbildung in Basel lässt sich daraus kaum schliessen.

4.3.2 Nachfrage nach Lehrstellen und Zusammensetzung der Bewerber/innen

Match von Lehrstellenangebot und -nachfrage

In allen drei Städten sind die interviewten Expert/innen der Meinung, dass die Situation auf dem Lehrstellenmarkt grundsätzlich gut ist und dass nicht generell von einer Lehrstellenknappheit gesprochen werden kann. Hingegen passen das Angebot an Lehrstellen und die Nachfrage danach aus verschiedenen Gründen nicht optimal aufeinander. Dabei werden insbesondere drei Punkte genannt:

■ **Mangel an niederschweligen Lehrstellen:** Vor allem in Basel und in Bern besteht gemäss den Gesprächspartner/innen eine Herausforderung darin, dass das Angebot an Lehrstellen mit geringen Anforderungen nicht ausreichend ist für die Anzahl an Schulabgänger/innen mit schwachen schulischen Leistungen. Angesichts der Tatsache, dass Basel bereits den höchsten Anteil an Attestlehren der drei Vergleichsstädte hat (siehe Abschnitt 4.3.1), ist dieser Sachverhalt bemerkenswert. Er deutet darauf hin, dass Basel einen grösseren Anteil an leistungsschwachen Schulabgänger/innen hat als Bern und Zürich. In Zürich wurde eher der Aspekt betont, dass es zu wenig Unterstützungsangebote für Betriebe gibt, welche leistungsschwache Lernende ausbilden möchten.

■ **Beliebtheit der Lehrberufe:** Gewisse Lehrberufe sind bei den Schulabgänger/innen beliebt und die Nachfrage danach ist grösser als das Angebot – genannt wurden in den Gesprächen insbesondere die Lehrberufe Kauffrau/-mann, die Attestlehre als Büroassistentin oder auch der Lehrberuf Detailhandelsfachfrau/-mann. Hingegen gibt es auch Lehrberufe, für welche Lehrstellen oft nicht besetzt werden können (z.B. Metzger/in, Bäcker/in, handwerkliche Berufe). Diese Thematik scheint in den drei Vergleichsstädten ähnlich zu sein. Anhand der Aussagen der Expert/innen lässt sich ein leichter Unterschied für Bern dahingehend erkennen, dass vor allem junge Männer in Bern häufig in eine handwerkliche Lehre einsteigen, wenn in diesen Berufen noch freie Lehrstellen vorhanden sind.

■ **Vorstellungen über die Berufswelt:** In allen drei Städten haben die Expert/innen sich dahingehend geäussert, dass «unrealistische» Vorstellungen der Schulabgänger/innen über die Berufswelt teilweise Schwierigkeiten an der ersten Schwelle mit sich bringen. Dabei wurde in allen Gesprächen betont, dass sich dies stark nach Schulklasse und nach Lehrperson der Sekundarstufe I unterscheidet. Eine Schwierigkeit besteht darin, dass Schüler/innen zu wenig bewusst ist, welche Eigenschaften im Arbeitsleben von

³⁶ Standardquotient wissensintensive Dienstleistungen: Basel 1.5, Bern 1.8, Zürich 2.1.

Standardquotient High-Tech-Branchen: Basel 1.7, Bern 0.4, Zürich 0.2. Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), url: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/regionen/03/key/00/ind27.indicator.270103.2701.html>

4 Analyse von Einflussfaktoren

Bedeutung sind. Hierzu wurde in Bern und Zürich bemerkt, dass gute Erfahrungen mit dem Projekt «Lift» gemacht wurden, in welchem Schüler/innen bereits ab der siebten Klasse an schulfreien Nachmittagen in Betrieben arbeiten. Auch fällt es den Schulabgänger/innen mitunter schwer abzuschätzen, welche Ausbildungen sie aufgrund ihrer schulischen Leistungen nach der obligatorischen Schule absolvieren können. Diese Schwierigkeiten scheinen bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund und bildungsfernem Elternhaus öfter zu bestehen. In Zürich hat sich gemäss Aussage der Expert/innen die Neugestaltung der 3. Sek bewährt, welche das Ziel verfolgt, dass Schüler/innen gezielter auf die Herausforderungen einer Berufslehre oder einer weiterführenden Schule vorbereitet werden, um diese Schwierigkeit zu verringern – auch weil der Leistungstest «Stellwerk» einen schultypenunabhängigen Kompetenznachweis erlaubt.

Konkurrenz aus dem Umland

Wenn sich Jugendliche auf eine Lehrstelle bewerben, so hängen ihre Erfolgchancen unter anderem davon ab, wie viele Personen sich auf die Stelle bewerben und welche Stärken sie im Vergleich mit der Konkurrenz haben. Im Lehrstellenbericht 2010 des Kantons Basel-Stadt wird aufgezeigt, dass sich die Attraktivität des Stadtkantons als Ausbildungsort darin spiegelt, dass ein grosser Anteil der Lehrstellen von Jugendlichen mit Wohnsitz in anderen Kantonen besetzt sind (Ed BS 2011b, 13). Wir vertiefen deshalb in diesem Abschnitt die Analysen der Berufsbildungsstatistik des Kantons Basel-Stadt, indem wir untersuchen, ob sich die Zusammensetzung der Lehrstellen sich zwischen den Lernenden mit Wohnkanton Basel-Stadt und den anderen Lernenden unterscheidet.

Wie aus **Tabelle 3** ersichtlich ist, machten die Lehrverträge mit Lernenden aus Basel-Stadt im Jahr 2011 37 Prozent aller Lehrverträge der Betriebe im Kanton Basel-Stadt aus.³⁷ Der grösste Anteil der Lehrverträge von Betrieben in Basel-Stadt wurde mit Jugendlichen aus dem Kanton Basel-Landschaft abgeschlossen (41 Prozent).³⁸ Die Unterschiede nach Ausbildungstyp sind ausgeprägt. Bei den Lehren mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) machen Jugendliche aus Basel-Stadt 35 Prozent der Lernenden aus. Die zweijährigen Berufslehren mit eidgenössischem Berufsattest (EBA, auch Attestlehren) sind hauptsächlich mit Lernenden aus Basel-Stadt besetzt (56 Prozent). Jugendliche aus Basel-Stadt, welche ihre Berufsausbildung in einem anderen Kanton absolvieren, sind in dieser Statistik nicht enthalten. Im Jahr 2010 hatten beispielsweise rund 600 Jugendliche aus Basel-Stadt eine Lehrstelle im Kanton Basel-Landschaft. Damit machen sie im Kanton Basel-Landschaft ca. 11 Prozent aller Lehrlinge aus.³⁹

³⁷ Der Anteil ist gleich hoch wie im Jahr 2010. Der Anteil von neu abgeschlossenen Lehrverträgen mit Lernenden aus Basel-Stadt ist im Jahr 2011 wie bereits im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr gestiegen (2011: 40.3 Prozent, 2010: 39.5 Prozent, 2009: 35.9 Prozent).

³⁸ Dass viele Jugendliche aus dem Kanton Basel-Landschaft eine Lehre in Basel-Stadt absolvieren, hat unter anderem auch damit zu tun, dass die beiden Kantone eine Vereinbarung für den Besuch von Vorkursen haben. Jugendliche aus Basel-Landschaft besuchen die Vorkurse in Basel-Stadt. Diese bereiten auf anspruchsvolle Lehren vor. Pro Jahr besuchen rund 250 Jugendliche einen Vorkurs in Basel. Etwa 80 Prozent der Jugendlichen in den Vorkursen kommen aus anderen Kantonen.

³⁹ Auskunft des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung des Kantons Basel-Landschaft am 27. März 2012. Im Jahr 2010 waren 67 Prozent der Lehrverträge im Kanton Basel-Landschaft mit Lernenden aus demselben Kanton abgeschlossen.

Tabelle 3: Gesamtbestand an Lehrverträgen im Kanton Basel-Stadt nach Ausbildungstyp und Wohnsitzkanton der Lernenden 2011

	Total		BS		BL		AG		SO		Übrige	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
EFZ u. EBA	5402	100	1980	36.7	2239	41.4	495	9.2	418	7.7	270	5.0
EFZ	4949	100	1726	34.9	2092	42.3	469	9.5	395	8.0	267	5.4
EBA	453	100	254	56.1	147	32.5	26	5.7	23	5.1	3	0.7

Quelle: ED Basel-Stadt: Zahlen zur Berufsbildung 2011, Darstellung: BASS

EFZ: Lehre mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (3- oder 4-jährige Ausbildung)

EBA: Lehre mit Eidgenössischem Berufsattest (2-jährige Ausbildung)

Anmerkung: In der Kategorie «Übrige» sind auch Lernende aus Deutschland und Frankreich enthalten.

In **Abbildung 20** sind die zehn häufigsten Lehrberufe (nur EFZ) im Kanton Basel-Stadt nach Geschlecht dargestellt; die oberen Abbildungen enthalten die meistgewählten Lehrberufe der Lernenden aus den umliegenden Kantonen Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn, die unteren Abbildungen die meistgewählten Lehrberufe der Lernenden aus Basel-Stadt.

Sowohl junge Frauen als auch junge Männer aus den umliegenden Kantonen absolvieren besonders häufig eine Lehre als Kauffrau/-mann oder als Detailhandelsfachfrau/-man in Basel Stadt. Frauen sind ausserdem häufig in den Lehrberufen Fachfrau Betreuung und Fachfrau Gesundheit anzutreffen. Bei den Männern aus den umliegenden Kantonen ist die Differenz zwischen der Anzahl Lehrverträge als Kaufmann und der Anzahl Lehrverträgen in anderen Berufen gross. Junge Männer aus dem Umland absolvieren zudem oft eine Lehre als Informatiker oder Elektroinstallateur in Basel-Stadt. In der Reihenfolge der meistgewählten Lehrberufe lassen sich einzelne Unterschiede erkennen. So ist bei den Männern aus den anderen Kantonen der Lehrberuf Informatiker weiter oben auf der «top-ten-Liste». Der Lehrberuf Koch/Köchin ist bei den Lernenden aus anderen Kantonen nicht unter den zehn meistgewählten Berufen, bei den baselstädtischen Lernenden hingegen schon.

Für die Mehrheit der Berufslehren existiert eine Zuordnung zu einem **intellektuellen Anforderungsniveau** auf einer Skala von 1 (tief) bis 6 (hoch) (Stalder 2011).⁴⁰ Der Lehre als Koch/Köchin, die Jugendliche aus Basel-Stadt tendenziell etwas häufiger wählen, ist ein relativ geringes Anforderungsniveau (2) zugeschrieben. Der durchschnittliche Wert des intellektuellen Anforderungsniveaus der Berufslehren liegt für die Lehrstellen, die von Lernenden mit Wohnsitz in Basel-Stadt besetzt sind, bei 3.4; für Lernende aus allen vier betrachteten Wohnsitzkantonen bei 3.9.⁴¹ Nebst der Tatsache, dass Jugendliche mit Wohnsitz in Basel-Stadt häufiger in den EBA-Lehren im Kantonsgebiet anzutreffen sind, absolvieren sie bei den EFZ-Lehren tendenziell auch seltener Berufsausbildungen mit hohem intellektuellen Anforderungsniveau.

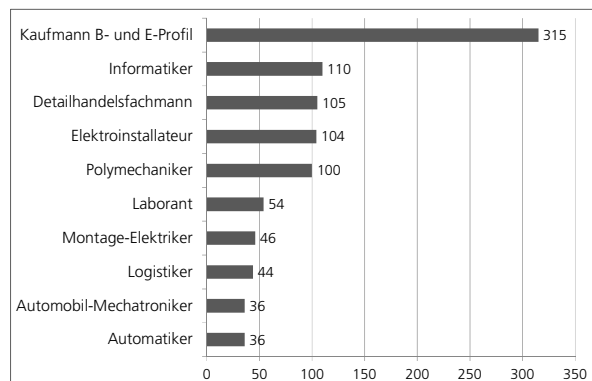
⁴⁰ Das Rating wurde von Fachpersonen der Berufs- und Laufbahnberatungsstellen erstellt, um summarisch Auskunft über die intellektuellen Fähigkeiten zu geben, die für das erfolgreiche Durchlaufen einer bestimmten beruflichen Grundbildung minimal nötig sind. Den Berufsausbildungen als Kaufman/Kauffrau (E-Profil) oder als Informatiker, welche häufig von Lernenden aus anderen Kantonen besetzt sind, ist dem höchsten Anforderungsniveau zugeordnet. Von den Lehrverträgen des Berufs Kauffrau/Kaufmann sind insgesamt 90 Prozent solche des E-Profiles.

⁴¹ Zu bedenken gilt es, dass nicht für alle Lehrberufe eine Zuordnung zu einem intellektuellen Anforderungsniveau existiert. Die Zuordnung konnte für rund 80 Prozent der Lehrverträge vorgenommen werden. Es handelt sich somit um eine relativ grobe Berechnung.

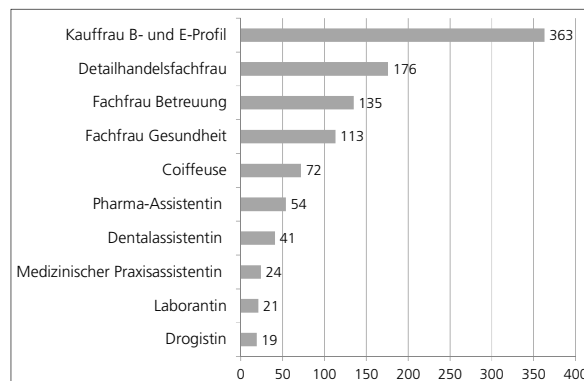
Abbildung 20: Lernende nach den am häufigsten gewählten Lehrberufen (EFZ) und Geschlecht, 2011

Lernende mit Wohnsitz in Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn insgesamt

Männer

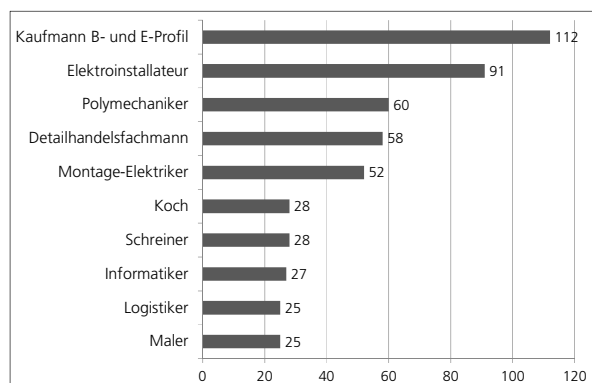


Frauen

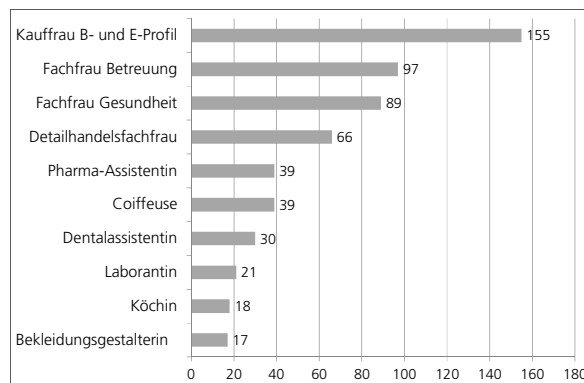


Nur Lernende mit Wohnsitz in Basel-Stadt

Männer



Frauen



Quelle: ED Basel-Stadt: Zahlen zur Berufsbildung 2011, Darstellung: BASS

Das Ergebnis kann in zwei Richtungen interpretiert werden. Einerseits deutet es darauf hin, dass Jugendliche aus Basel-Stadt in der Konkurrenz zu Jugendlichen aus anderen Kantonen schlechtere Karten beim Zugang zu Lehrstellen mit höherem Anforderungsniveau haben. Im Lehrstellenbericht 2010 des Kantons Basel-Stadt wird festgehalten, dass die Jugendlichen aus anderen Kantonen, die ihre Lehre in Basel absolvieren, sich insofern von vielen städtischen Mitkonkurrentinnen unterscheiden, als sie oft aus bildungsnaheren Familien kommen und die obligatorische Schulzeit in Klassen mit mehrheitlich deutschsprachigen Schüler/innen absolviert haben (Ed BS 2011b, 13). Aus der Forschung ist bekannt, dass viele Betriebe – wenn sie die Wahl haben – die Lehrstellen bei gleicher schulischer Formalqualifikation lieber an Jugendliche aus bildungsnahen Elternhäusern vergeben (Haerberlin et al. 2005).

Von den Expert/innen wurde in den Gesprächen auch angeführt, dass der WBS nach ihrer Gründung in den 1990-ern ein «Image als Restschule» neben dem Gymnasium nachgesagt wurde. Dies dürfte die Situation der Jugendlichen aus Basel-Stadt beim Wettbewerb um den Zugang zu Lehrstellen mit Jugendlichen aus anderen Kantonen auch leicht erschweren. Allerdings hat sich das «Image» der WBS in den letzten Jahren gemäss Aussagen der Expert/innen verbessert.

Andererseits kann das tiefere durchschnittliche Anforderungsniveau der Lehrstellen von Lernenden aus Basel-Stadt auch daraus resultieren, dass viele leistungsstarke Schüler/innen hier das Gymnasium oder weiterführende Schulen besuchen. Als Folge davon ist denkbar, dass die Lehrstellenbewerber/innen aus

4 Analyse von Einflussfaktoren

Basel-Stadt im Durchschnitt schwächere schulische Leistungen aufweisen und in den Ausbildungsberufen mit geringerem Anforderungsniveau ein Angebot finden, welches ihren schulischen Leistungen entspricht.

Die Gesprächspartner/innen der Experteninterviews aus Basel vermuten, dass beide Effekte eine Rolle spielen. Aufgrund der guten Lehrstellensituation sind sich die Expert/innen allerdings einig, dass ein Verdrängen der Jugendlichen aus Basel-Stadt aufgrund der Konkurrenz aus den anderen Kantonen einen geringen Effekt haben dürfte. Selektionseffekte sind hierbei nicht auszuschliessen, wenn besonders motivierte Jugendliche höhere Pendeldistanzen in Kauf nehmen.

In **Bern und Zürich** wurde die Konkurrenz um Lehrstellen in der Stadt gemäss Aussagen der Gesprächspartner/innen bisher nicht diskutiert. Dies dürfte auch daran liegen, dass sich die Bevölkerungsstruktur zwischen der Stadt und der Umgebung in Bern und Zürich weniger stark unterscheidet als in Basel (vgl. Abschnitt 4.4). Zudem sind die Gesprächspartner/innen in Bern und Zürich der Meinung, dass es in der Umgebung der Stadt und in anderen Städten des Kantons viele attraktive Ausbildungsangebote gibt. In der Agglomeration und in ländlichen Gebieten gestaltet sich gemäss Aussagen der Expert/innen die Suche nach Lehrstellen etwas einfacher, weil mehr persönliche Beziehungen bestehen.

Für die Lehrstellen im Stadtgebiet Bern konnte ein Vergleich vorgenommen werden zwischen den Lehrstellen, die von Lernenden mit Wohnsitz in der Stadt besetzt sind und den Lehrstellen, die Lernende aus anderen Gemeinden innehaben.⁴² Auch in Bern sind EBA-Lehrstellen häufiger von Lernenden aus der Stadt selber besetzt (26 Prozent) als EFZ-Lehrstellen (16 Prozent). Wie in Basel ist auch in Bern das intellektuelle Anforderungsniveau der Lehrstellen, die von «städtischen» Lernenden besetzt sind, im Durchschnitt tiefer als das mittlere Anforderungsniveau aller Lehrstellen (3.8 vs. 4.2). Auch in Bern dürfte die Gymnasialquote dieses Ergebnis beeinflussen.

Für Zürich wurden bis ins Jahr 2009 ebenfalls Auswertungen zum Wohnsitz der Lernenden in der beruflichen Grundbildung in Betrieben der Stadt Zürich vorgenommen. Im Jahr 2009 wohnten 31 Prozent der Lernenden in der Stadt Zürich, 56 Prozent der Lernenden wohnten in anderen Gemeinden des Kantons und 13 Prozent der Jugendlichen, die ihre Berufslehre in Zürich absolvierten hatten ihren Wohnsitz in einem anderen Kanton (Zihlmann/Jungo 2009, 18). Eine Erhebung bei Stadtzürcher Ausbildungsbetrieben aus dem Jahr 2009 zeigt, dass die Mehrheit der Ausbildungsverantwortlichen (rund 70% bis 80%) keine Unterschiede zwischen städtischen und nichtstädtischen Lernenden in Bezug auf Motivation, Teamfähigkeit und Schulerfolg sieht (Spichiger-Carlsson/Schaub 2009, 19ff). Von den Ausbildungsverantwortlichen, welche Unterschiede zwischen städtischen und nichtstädtischen Lernenden festhalten, werden die Lernenden mit Wohnsitz in der Stadt Zürich als weniger motiviert, erfolgreich und pünktlich eingestuft (Spichiger-Carlsson/Schaub 2009, 19ff).

4.3.3 Lehrvertragsauflösungen

Eine Lehrvertragsauflösung ist nicht per se als negatives Ereignis zu beurteilen, und die Gründe, die dazu führen, sind oft vielfältig. Wenn beispielsweise von einer Attestlehre aufgrund guter Leistungen in eine Lehre mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis gewechselt werden kann, ist das vielmehr erfreulich. Auch eine berufliche Umorientierung zu Beginn der Berufsausbildung ist nicht unbedingt problematisch. Studien für die Kantone Bern und Zürich zeigen, dass nach der Lehrvertragsauflösung rund 60 Prozent der Jugendlichen wieder in eine zertifizierende Sek. II-Ausbildung einsteigen (Schmid/Stalder 2008, 27; Schmid 2011, 5). Allerdings besteht bei einer Lehrvertragsauflösung das Risiko, dass kein erneuter Einstieg in eine zertifizierende Ausbildung gelingt. Der Anteil Lehrvertragsauflösungen ist also ein Indikator, welcher je nach Grund für die Auflösung auf Schwierigkeiten beim Absolvieren einer Berufsausbildung hin-

⁴² Für die Stadt Zürich konnten die entsprechenden Daten nicht zur Verfügung gestellt werden.

4 Analyse von Einflussfaktoren

weisen und sich auf die Quoten für Ausbildungslosigkeit und Arbeitslosigkeit auswirken kann. Aus diesem Grund wird im Folgenden ein Vergleich der Lehrvertragsauflösungsquoten und Auflösungsgründe angestrebt.

Weil die Daten der Lehrvertragsauflösungen nicht für die einzelnen Städte vorliegen, wird der Kanton Basel-Stadt mit den Kantonen Bern und Zürich verglichen. Das Bundesamt für Statistik definiert die Lehrvertragsauflösungsquote anhand des Verhältnisses an Auflösungen zur Anzahl neu abgeschlossener Lehrverträge. Die Quote beträgt im Kanton Basel-Stadt im Jahr 2010 29.3 Prozent, im Kanton Bern 22.6 Prozent und im Kanton Zürich 25.8 Prozent.⁴³ Diese Unterschiede hängen stark mit der geografischen Gliederung der Kantone zusammen. Im Allgemeinen ist die Auflösungsquote in städtischen Gebieten höher als in Agglomerationen und ländlichen Gebieten (Schmid/Stalder 2006, 21).⁴⁴ Es scheint deshalb eine plausible Annahme, dass sich die Lehrvertragsauflösungsquote in Basel-Stadt auf einem ähnlichen Niveau bewegt wie in den Städten Bern und Zürich.⁴⁵

Um zu eruieren, ob für Jugendliche mit Wohnsitz in Basel-Stadt besondere Problemlagen bestehen, werden im Folgenden die Lehrvertragsauflösungen in der Berufsbildungsstatistik von Basel-Stadt detaillierter ausgewertet. **Tabelle 4** zeigt den Anteil an Lehrvertragsauflösungen im Kanton Basel-Stadt für Lernende mit Wohnsitz in Basel-Stadt und für Lernende aus den anderen Kantonen. Daraus ist ersichtlich, dass die Auflösungsquote für Lernende mit Wohnsitz in Basel-Stadt deutlich höher ist als für die Lernenden aus den anderen Kantonen. Dies trifft sowohl bei den EFZ- als auch bei den EBA-Lehren zu. Die Auflösungsquote ist bei Lehren des Typs EBA höher als bei EFZ-Lehren, was nicht aussergewöhnlich ist.⁴⁶ Bei den EBA-Lehren werden Lehrverträge von Ausländer/innen häufiger aufgelöst als solche von Schweizerinnen. Dadurch ist die Quote auch insgesamt bei Ausländer/innen höher. Generell ist die Quote für Männer höher als für Frauen.

Tabelle 4: Anteil Lehrvertragsauflösungen nach Ausbildungstyp und Nationalität, 2011:
Lehrverträge von allen Lernenden und Lehrverträge von Lernenden mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt

	EFZ			EBA		
	total	Schweizer/innen	Ausländer/innen	total	Schweizer/innen	Ausländer/innen
Lernende mit Wohnsitz im KT Basel-Stadt	14.2	14.8	12.5	17.4	12.8	24.0
Lernende mit Wohnsitz in anderen Kantonen	8.6	8.6	8.6	13.0	14.8	10.6
Total	10.5	10.6	10.6	15.5	13.6	18.0

Quelle: ED Basel-Stadt: Zahlen zur Berufsbildung 2011, Darstellung: BASS

Ob Jugendliche aus Basel-Stadt öfter Schwierigkeiten beim Durchlaufen einer Berufslehre haben, lässt sich aus dem Anteil an Lehrvertragsauflösungen nicht direkt ablesen. Hinweise darauf lassen sich am ehesten an den Gründen für die Auflösungen erkennen. Diese sind für Berufslehren in Basel-Stadt für die Lernenden mit Wohnsitz in Basel-Stadt und die Lernenden aus den anderen Kantonen in der **Tabelle 5** dargestellt. Als häufigste Gründe werden «berufliche Neuorientierung», «Pflichtverletzungen durch die Lernen-

⁴³ Auskunft von Herrn Anton Rudin, Bereichsleiter Statistik Lernende und Abschlüsse des Bundesamts für Statistik, am 2. April 2012.

⁴⁴ Diese Aussage bestätigt auch Herr Anton Rudin, Bereichsleiter Statistik Lernende und Abschlüsse des Bundesamts für Statistik, am 2. April 2012.

⁴⁵ Ohne Analyse der Auflösungsgründe kann keine Aussage dazu gemacht werden, ob mehr Lehrvertragsauflösungen in Basel ein Faktor sind, welcher sich auf die höheren Arbeitslosenquoten von Jugendlichen auswirkt. Ein überkantonaler Vergleich der Auflösungsgründe ist zurzeit aufgrund unterschiedlicher Erhebungsinstrumente nicht möglich.

⁴⁶ Auch in der umfassenden Analyse von Lehrvertragsauflösungen in Bern wurde festgestellt, dass Lehrberufe mit tiefem Anforderungsniveau höhere Auflösungsquoten ausweisen (Schmid/Stalder 2006, 45). Ein Grund dafür dürfte darin liegen, dass bei guten Leistungen Wechsel von einer EBA- in eine EFZ-Lehre vorkommen.

4 Analyse von Einflussfaktoren

de Person» oder «Konflikte zwischen den Vertragsparteien» genannt. Bei Lernenden mit Wohnsitz in Basel-Stadt sind Konflikte zwischen den Parteien seltener der Grund für die Lehrvertragsauflösung. Hingegen spielen bei ihnen die Leistungen und gesundheitliche Gründe etwas öfter eine entscheidende Rolle. Die Unterschiede aber relativ klein und es lässt sich nicht ableiten, ob Lehrvertragsauflösungen mit Lernenden, die in Basel-Stadt wohnen, öfter als problematisch zu beurteilen sind.

Tabelle 5: Lehrvertragsauflösungen nach Auflösungsgrund, 2011:

Lehrverträge von allen Lernenden und Lehrverträge von Lernenden mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt

	Lernende mit Wohnsitz in Basel		Lernende mit Wohnsitz in anderen Kantonen	
	Anzahl Auflösungen	in %	Anzahl Auflösungen	in %
Total	290	100%	302	100%
Lernende Person - Berufliche Neuorientierung	75	26%	79	26%
Lernende Person - Pflichtverletzung	56	19%	54	18%
Konflikt zwischen den Vertragsparteien	29	10%	37	12%
Lernende Person - gesundheitliche Gründe	28	10%	25	8%
Lernende Person - Leistungen	28	10%	24	8%
Lernende Person - ungenügende Leistungen	19	7%	19	6%
Lernende Person - persönliche Gründe	17	6%	15	5%
Andere gemeinsame Gründe	6	2%	17	6%
Betriebliche Änderungen	11	4%	11	4%
Andere Gründe und unbekannt	21	7%	21	7%

Quelle: ED Basel-Stadt: Zahlen zur Berufsbildung 2011, Darstellung: BASS

Um das Risiko von Ausbildungslosigkeit oder Arbeitslosigkeit zu reduzieren, ist insbesondere von Bedeutung, dass Beratungsangebote für Jugendliche mit aufgelöstem Lehrvertrag vorhanden sind. Die Lehraufsicht meldet die Personen beim Case Management Berufsbildung, wenn eine Lehrvertragsauflösung stattfindet und sich Mehrfachproblematiken abzeichnen. In Basel wird eine Meldung beim Case Management Berufsbildung auf jeden Fall ausgelöst, wenn eine Person zum dritten Mal eine Lehrvertragsauflösung erlebt. Die Inanspruchnahme von Beratungsangeboten wie beispielsweise dem Case Management Berufsbildung ist allerdings immer freiwillig. Es kann vorkommen, dass Jugendliche nach einer Lehrvertragsauflösung eine Arbeitsstelle finden und die Erwerbsarbeit einer Berufsausbildung vorziehen. In Bern sind beim Kompetenzzentrum Arbeit konjunkturelle Schwankungen für die Gruppe von Lehrabbrecher/innen bei der Anmeldung für Motivationssemester zu erkennen.⁴⁷ Bei guter Konjunkturlage scheint es in Bern öfter vorzukommen, dass Jugendliche nach einer Lehrvertragsauflösung in den ersten Arbeitsmarkt eintreten. Ob in Basel und Zürich die Anmeldungen von Lehrabbrecher/innen bei den RAV auch konjunkturbedingt schwanken, liess sich aus den Experteninterviews nicht ermitteln.⁴⁸

Insgesamt ist die Datenlage zu unvollständig, um eine Aussage darüber zu machen, ob Lehrvertragsauflösungen ein Grund dafür sind, dass die Quoten für Jugendarbeitslosigkeit in Basel höher sind als in Bern und Zürich. Die Auflösungsquoten selber dürften sich zwischen den Städten jedoch kaum unterscheiden. Auch die Beratungsangebote und die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen sind ähnlich ausgestaltet. Festgehalten werden kann, dass Jugendliche, welche die Lehre in Basel-Stadt absolvieren und in Basel-Stadt wohnen, relativ häufig diskontinuierliche Ausbildungswege während der Berufsausbildung ausweisen.

⁴⁷ Telefonische Auskunft von Herrn Mario Patocchi, Sektionsleiter Abklärung und Qualifizierung Jugend, Kompetenzzentrum Arbeit Bern, am 8. Mai 2012.

⁴⁸ Eine Studie für Deutschland (Bessey/Backes-Gellner 2008) zeigt auf, dass ein Zusammenhang zwischen Opportunitätskosten einer Lehre (d.h. dem Verhältnis zwischen Lehrlingslohn und Lohn für Arbeitskräfte ohne Ausbildung) und Lehrvertragsauflösungen besteht (Bessey/Backes-Gellner 2008, 21). Speziell das Verhalten von Jugendlichen, die einer kurzfristigen Orientierung unterliegen, dürfte von der Verfassung des lokalen Arbeitsmarkts und von Einkommensaussichten abhängen (SKBF 2010, 155).

4.3.4 Übergang von der Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt

Wie gut der Übergang in den Arbeitsmarkt nach dem Abschluss einer Berufsausbildung gelingt, hängt auch von der Konjunkturlage ab. Jugendliche und junge Erwachsene, die nach der Berufsausbildung eine Stelle suchen, sind meist überproportional von konjunkturellen Schwankungen betroffen. Aus Abbildung 3 in Abschnitt 2.1 ist nicht nur ersichtlich, dass die Arbeitslosenquote der 20- bis 24-Jährigen in Basel über den gesamten betrachteten Zeitraum höher war als in Bern und Zürich, sondern auch, dass die Kurve für Basel etwas stärker schwankt. In Basel hängt demnach das Gelingen des Übergangs an der zweiten Schwelle noch stärker von der Konjunkturlage ab. Die Daten der Betriebszählung zeigen, dass die Stadt Basel über einen deutlich höheren Anteil an verarbeitendem Gewerbe (Industrie) verfügt als die beiden anderen Städte. In Bern ist der Anteil der öffentlichen Verwaltung hoch und in Zürich der Anteil an Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (vgl. Tabelle 6). Dass die exportorientierte Industriebranche sensibel auf die Wirtschaftslage reagiert, ist bekannt (seco 2010, 32). In der Branchenstruktur von Basel besteht folglich ein Erklärungsfaktor für die stärkeren Schwankungen der Arbeitslosenquoten von 20- bis 24-Jährigen in Basel. Allerdings hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass die Wertschöpfung der Pharmaindustrie, welche einen grossen Teil der Basler Industrie ausmacht weniger konjunkturabhängig ist (seco 2010, 33). Dieser Umstand erklärt wohl teilweise, weshalb der Anstieg der Arbeitslosenquote von 20- bis 24-Jährigen ab dem Jahr 2009 in Basel etwas weniger stark ausfiel als beispielsweise in St. Gallen.

Für das Gelingen des Übergangs ins Erwerbsleben ist zudem relevant, inwiefern **Einsteigerstellen für Fachkräfte** vorhanden sind, also beispielsweise Stellen, für welche nicht ausdrücklich Berufserfahrung verlangt wird. Im Berufseinsteiger-Barometer ist der Anteil Einsteigerstellen für Fachkräfte nach Grossregionen aufgeführt (BBT/Stellenmarkt-Monitor 2011).⁴⁹ Der Indikator gibt einen Hinweis auf die Chance von Absolvent/innen einer Berufsausbildung, eine Stelle zu finden. In der Nordwestschweiz liegt der Anteil an Einsteigerstellen bei 18 Prozent und somit zwischen den Grossregionen Espace Mittelland (24 Prozent) und Zürich (15 Prozent). Der Anteil an Einsteigerstellen für Fachkräfte ist geringer, je grösser der Betrieb ist (BBT 2011, 43). Darin kann ein Grund für einen geringeren Anteil Einsteigerstellen in Basel liegen. Dass das Angebot an Einsteigerstellen in der Region Bern befriedigend ist, bestätigt auch ein Experte im Interview.⁵⁰

Es ist davon auszugehen, dass sich in Basel zudem die **Konkurrenz von Arbeitskräften aus dem nahen Ausland** auf die Einstiegschancen von Fachkräften in den Arbeitsmarkt auswirkt. Diese These wurde auch von Expert/innen in den Interviews erwähnt. Eine Studie zu regionalen Unterschieden der Arbeitslosigkeit in der Schweiz (Flückiger et al. 2007) zeigt auf, dass die kommunalen Arbeitslosenquoten und die Dauer der Arbeitslosigkeit von der Anzahl Grenzgänger beeinflusst sind. Die Autoren halten fest, dass die Konkurrenz um die verfügbaren freien Arbeitsplätze in den Grenzkantonen allgemein deutlich lebhafter ist als in anderen Regionen. Die Anwesenheit von arbeitenden Grenzgängern bewirkt nicht die Arbeitslosigkeit, aber sie erschwert den Einstieg der Arbeitslosen in die Arbeitswelt (Flückiger et al. 2007, 49). Im Rahmen der vorliegenden Studie wurde die Hypothese nicht anhand einer Datenanalyse überprüft.

⁴⁹ Für eine Darstellung nach Kantonen ist die Stichprobe des Stellenmarkt-Monitors zu klein. Der Anteil Einsteigerstellen zeigt auf, wie viele Stellenangebote (auch) für Stellensuchende unmittelbar nach Abschluss einer beruflichen Grundbildung in Frage kommen. Für eine detaillierte Beschreibung der Methodik siehe BBT 2011.

⁵⁰ Telefonische Auskunft von Herrn Mario Patocchi, Sektionsleiter Abklärung und Qualifizierung Jugend, Kompetenzzentrum Arbeit Bern am 8.5.2012.

Tabelle 6: Anteil Beschäftigte nach Wirtschaftsbranche 2001, 2005, 2008 (Basel, Bern und Zürich, Vollzeitäquivalente, Angaben in Prozent)

Branche	Basel			Bern			Zürich		
	2001	2005	2008	2001	2005	2008	2001	2005	2008
Bau	7.1	6.1	5.6	5.1	5.3	5.1	6.2	5.7	5.0
Handel; Reparatur von Motorfahrzeugen	11.3	10.1	9.8	10.1	9.5	9.1	12.5	12.1	11.4
Verarbeitendes Gewerbe	17.8	18.0	19.0	7.5	5.8	6.1	5.4	4.2	4.0
Gastgewerbe	4.8	4.7	4.7	4.2	4.2	4.1	5.9	5.7	6.0
Verkehr, Lagerei; Information u. Kommunikation	14.4	12.5	12.3	15.2	14.4	14.1	12.0	11.7	11.0
Öffentliche Verwaltung; Unterricht	7.9	9.0	8.7	20.6	21.1	20.8	10.3	11.1	10.6
Gesundheits- und Sozialwesen	10.3	12.0	12.3	12.5	13.6	14.3	8.9	9.9	10.2
Finanz- u. Versicherungsdienstl.; Wohnungswesen	9.4	8.8	9.1	7.7	8.0	7.8	19.9	20.1	20.3
Erbringung von Dienstleistungen	12.7	14.2	14.2	11.3	11.8	12.3	14.6	15.1	17.1
Anderes	4.2	4.6	4.3	5.7	6.3	6.3	4.2	4.5	4.4

Quelle: BFS; Betriebszählung (BZ) 2008

Anmerkungen: Die Kategorie Anderes umfasst: Land- und Forstwirtschaft, Bergbau Fischerei; Energie- und Wasserversorgung; Kunst, Unterhaltung und Erholung, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.

Eine Studie aus dem Jahr 2009 zu Übergängen von der Berufslehre in den Arbeitsmarkt in der Schweiz zeigt auf, dass Personen, die eine Berufslehre mit hohem intellektuellem Anforderungsniveau absolviert haben, bessere Chancen aufweisen, danach eine ausbildungsadäquate Stelle zu finden (Bertschy et al. 2009, 130). Die in Abschnitt 4.3.1 und 4.3.2 dargestellten Berechnungen haben ergeben, dass Jugendliche aus Basel-Stadt (die eine Berufslehre in Basel-Stadt absolvieren) vergleichsweise oft in EBA-Lehren oder in EFZ-Lehren mit tieferem Anforderungsniveau anzutreffen sind. Ein Grund für die höheren Quoten von Jugendarbeitslosigkeit in Basel im Vergleich zu Bern und Zürich kann folglich auch darin bestehen, dass Jugendliche aus Basel-Stadt öfter niederschwellige Berufslehren abschliessen, nach welchen es sich tendenziell schwieriger gestaltet, eine adäquate Stelle zu finden. Um diese Hypothese verlässlich zu prüfen, müssten allerdings die Berufsbildungsstatistiken aller Kantone nach Lehrberuf und Wohnsitzgemeinde der Lernenden ausgewertet werden, was aufgrund der aktuellen Verfügbarkeit der Daten noch nicht möglich ist.

In den Gesprächen mit den Expert/innen hat sich herausgestellt, dass es sich für Absolvent/innen von Berufslehren als Kauffrau/Kaufmann in allen drei Städten eher schwierig gestaltet, eine Arbeitsstelle zu finden. Das betriebliche Ausbildungskalkül orientiert sich nicht notwendigerweise am künftigen Fachkräftebedarf, so dass die Zahl der Ausgebildeten die Nachfrage nach Berufsleuten in bestimmten Berufen übersteigen kann (Müller/Schweri 2009, 2). Der Übergang an der zweiten Schwelle stellt somit auch in Bezug auf die Frage, wie gut die Lehrabsolventen das Erlernte auf dem Arbeitsmarkt einsetzen können eine kritische Phase dar (Müller/Schweri 2009). Anhand der Aussagen der Expert/innen lässt sich keine Tendenz dahingehend erkennen, dass in Basel das Problem eines Angebotsüberhangs in gewissen Berufen stärker verbreitet ist als in den anderen Städten.⁵¹ Eine Prüfung der These konnte aufgrund der unzureichenden Datenlage nicht vorgenommen werden.

Zudem haben die Gesprächspartner/innen in Basel und Bern bemerkt, dass Abgänger/innen einer EBA-Lehre, welche danach kein EFZ machen und auch nicht im Lehrbetrieb weiter beschäftigt werden, grössere Schwierigkeiten beim Einstieg in den Arbeitsmarkt haben. In Zürich sind die Erfahrungen mit EBA-Lehren gemäss Aussagen der Gesprächspartner/innen noch zu wenig etabliert, um Aussagen zum Übergang an der zweiten Schwelle von EBA-Absolvent/innen zu machen. In Basel hat sich gemäss Aussagen

⁵¹ Eine Erhebung in den RAV des Kantons Aargau zur Situation von 20- bis 24-jährigen Stellensuchenden hat ebenfalls ergeben, dass Personen mit einer Sek II- Ausbildung im kaufmännischen Bereich oder im Verkauf besondere Mühe bekunden, eine Stelle zu finden (Kanton Aargau 2012).

4 Analyse von Einflussfaktoren

eines Experten allerdings auch gezeigt, dass ein Teil der Personen mit Attestausbildung auf dem Arbeitsmarkt gute Chancen hat – eventuell weil die Lohnkosten geringer sind als für Personen mit Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis oder weil EBA-Absolventinnen weniger Ansprüche in Bezug auf die Arbeitsgestaltung stellen.⁵² Insgesamt ist trotzdem anzunehmen, dass die Jugendarbeitslosenquote in Basel auch deshalb höher ausfällt als in Bern und Zürich, weil Basel einen höheren Anteil an Absolvent/innen von EBA-Lehren ausweist und der Übergang an der zweiten Schwelle sich für diese Jugendlichen schwieriger gestaltet. Um diese Schwierigkeit zu verringern sollten EBA-Lehren insbesondere als Einstiegshilfe in eine Berufsausbildung genutzt werden.

4.4 Bevölkerungszusammensetzung

Die Zusammensetzung der Bevölkerung ist ein Erklärungsfaktor für unterschiedliche Quoten von Jugendarbeitslosigkeit oder Sozialhilfebezug. Generell gilt, dass für Personen mit ausländischer Nationalität das Risiko für Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug insgesamt höher ist (Seco2012a; BFS 2012a). Dabei ist es allerdings wichtig, nach Herkunftsländern zu unterscheiden: Die höheren Risiken betreffen vor allem Migrant/innen aus den alten Herkunftsländern, die häufig geringe Qualifikationen aufweisen. Migrant/innen der «neuen Zuwanderung» sind dagegen sozial tendenziell besser gestellt als Schweizer/innen (sogenannte «Überschichtung»; vgl. Stutz/Hermann 2010).

Abbildung 21 zeigt den Anteil an Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der Wohnbevölkerung im Jahr 2010 für die Gesamtbevölkerung sowie für Kinder und junge Erwachsene. Basel weist sowohl für die Gesamtbevölkerung als auch für Kinder und junge Erwachsene den höchsten Anteil an Personen mit ausländischer Nationalität aus.⁵³ In den Bevölkerungsdaten ist zudem ersichtlich (hier nicht grafisch dargestellt), dass der Anteil an Ausländer/innen im Kanton Basel-Landschaft deutlich geringer ist als in Basel-Stadt.⁵⁴ In Bern und Zürich sind die Unterschiede des Auslandanteils in der Stadt und in der Umgebung weniger ausgeprägt.⁵⁵

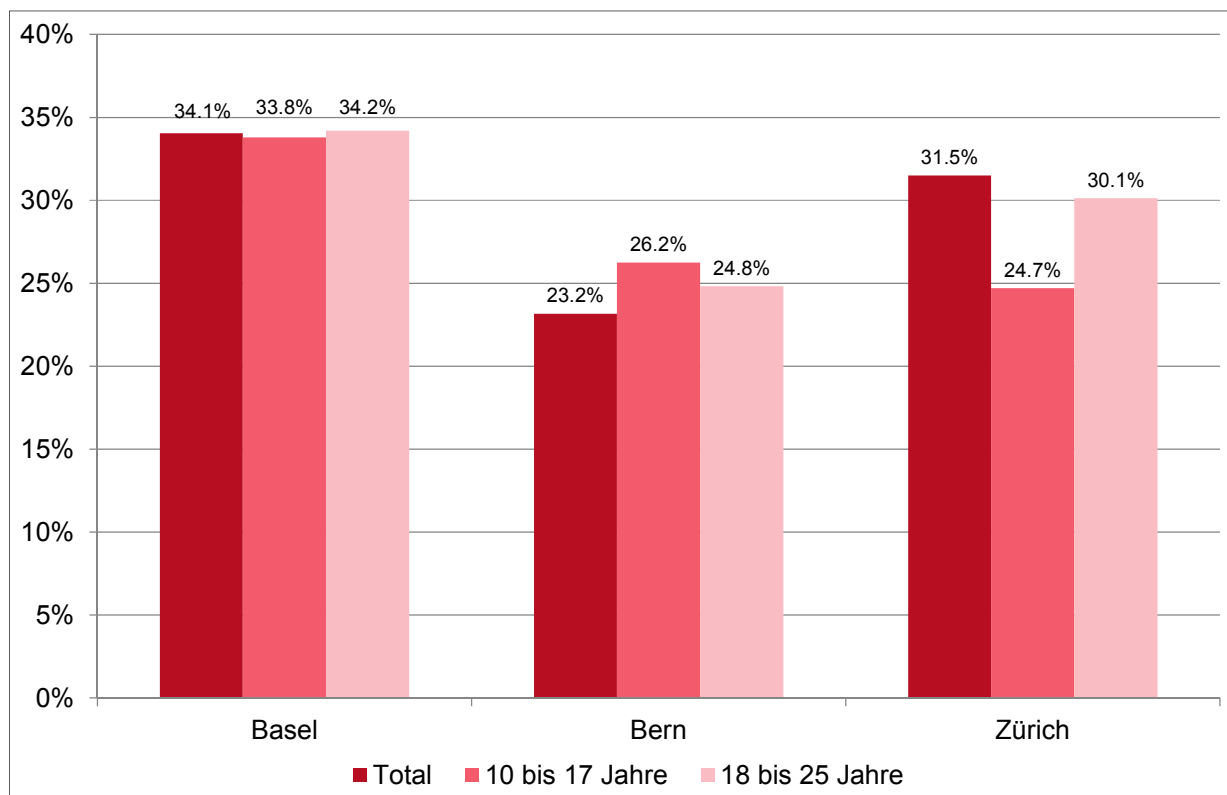
⁵² Telefonische Auskunft von Herrn Benedikt Arnold, Leiter Gap, Case Management Berufsbildung Erziehungsdepartement Basel-Stadt, am 2. Mai 2012.

⁵³ Zwischen 1990 und 2010 ist der Auslandanteil in allen drei Städten gestiegen. Die Stadt Basel verfügt während allen drei Zeitpunkten über den höchsten Anteil an Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

⁵⁴ Er liegt in Basel-Landschaft im Jahr 2010 bei rund 20 Prozent für die Gesamtbevölkerung. Auch der Anteil an heterogenen Klassen ist im Kanton Basel-Landschaft geringer als im Kanton Basel-Stadt (SKBF 2010, 91).

⁵⁵ Für Bern und Zürich wurde der Anteil Ausländer/innen in der Stadt mit dem Anteil Ausländer/innen im Kanton verglichen. Die Unterschiede sind geringer als zwischen Basel-Landschaft und Basel-Stadt.

Abbildung 21: Auslandsanteil an der ständigen Wohnbevölkerung nach Altersgruppen, Basel, Bern und Zürich (2010, Angaben in Prozent)



Quellen: BFS; statpop (2010)

Anmerkung: Wohnbevölkerung (ständige Wohnbevölkerung)

In **Tabelle 7** sind die Anteile der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nach Herkunftsländern für 10- bis 17-Jährige und 18- bis 25-Jährige dargestellt. Bei der Interpretation der Daten muss bedacht werden, dass die Einbürgerungspraxis die Zusammensetzung beeinflusst. Personen aus alten Herkunftsländern weisen zurzeit teilweise hohe Einbürgerungsraten aus (Stutz/Hermann2010, 26). Zürich verfügt im Jahr 2010 über den geringsten Anteil an Ausländer/innen aus den alten Herkunftsländern. In Basel ist dieser Anteil deutlich höher. Knapp ein Viertel der 18- bis 25-jährigen Personen in Basel stammt aus einem der alten Herkunftsländer. Ein weiterer Unterschied zu Bern und Zürich besteht darin, dass ein relativ grosser Anteil der jungen Erwachsenen in Basel aus dem Westbalkan und der Türkei kommt. Rund jede zehnte Person zwischen 18 und 25 Jahren gehört zu dieser Gruppe. Personen aus dem Westbalkan und der Türkei sind die Migrationsgruppe der alten Herkunftsländer, welche insgesamt das tiefste Ausbildungsniveau ausweist (Stutz/Hermann 2010, 29). Die Daten weisen folglich darauf hin, dass in Basel ein grosser Teil der Eltern von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein tiefes Ausbildungsniveau haben. Dass sich für Jugendliche aus bildungsferneren Elternhäusern die Transition ins Erwerbsleben oft schwieriger gestaltet, wurde in verschiedenen Studien aufgezeigt (z.B. Hupka et al. 2011; Bertschy et al. 2007).⁵⁶

⁵⁶ Erwähnenswert ist das Ergebnis einer Erhebung auf den RAV im Kanton Aargau, wo die Einschätzung der Personalberater/innen zu Faktoren wie Gesundheitszustand und Motivation der gemeldeten Stellensuchenden zwischen 20 und 24 Jahren erhoben wurde. Die Untersuchung zeigt, dass sich in Bezug auf Motivation oder Gesundheitszustand der 20- bis 24-jährigen Arbeitslosen keine Unterschiede nach Nationalität erkennen lassen.

Tabelle 7: Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Wohnbevölkerung nach Herkunftsländern 0 bis 17 Jahre und 18 bis 25 Jahre; Basel, Bern und Zürich; 2010, (Angaben in Prozent)

	0 bis 17 Jahre			18 bis 25 Jahre		
	Basel	Bern	Zürich	Basel	Bern	Zürich
Alte Herkunftsländer						
Westbalkan, Türkei	15.5	7.3	6.4	11.7	6.2	5.0
EU Süd *	7.9	6.6	7.9	7.6	5.6	5.6
Asien übrige **	2.2	4.3	2.3	1.6	2.4	2.2
Lateinamerika	0.9	0.9	1.2	1.2	1.3	1.2
Afrika	1.0	2.2	1.4	1.2	2.0	1.4
Total	27.6	21.4	19.2	23.3	17.5	15.4
Neue Herkunftsländer						
Deutscher Sprachraum	3.1	2.6	2.9	6.6	4.3	9.5
Übrige EU / EFTA Nord	1.3	0.7	1.2	1.9	1.0	2.5
EU Ost	0.5	0.6	0.4	0.9	0.9	1.1
Übrige OECD	0.9	0.3	0.5	0.6	0.3	0.7
Übriges Europa	0.2	0.4	0.2	0.3	0.5	0.5
Indien	0.1	0.3	0.1	0.5	0.3	0.5
Total	6.1	4.8	5.4	10.9	7.3	14.7
Anteil der ausländischen Bevölkerung total	33.8	26.2	24.7	34.2	24.8	30.1

Quelle: Bundesamt für Statistik BFS; STATPOP, ständige Wohnbevölkerung, Datenaufbereitung: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Statistikdienste der Stadt Bern, Statistik Stadt Zürich; Darstellung: BASS

Insgesamt zeigen die Daten zur Bevölkerungszusammensetzung, dass in Basel mehr Jugendliche leben, welche potenziell mit Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben konfrontiert sind, als in Bern oder Zürich. Denn die Jugendlichen mit ausländischer Nationalität in Basel kommen zu einem grösseren Teil aus alten Herkunftsländern und haben durchschnittlich Eltern mit einem tieferen Ausbildungsniveau als in Bern und Zürich.

Gemäss den Einschätzungen der Expert/innen bestehen mehrere besondere Probleme, mit denen Jugendliche mit Migrationshintergrund beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben konfrontiert sind:

- Geringe Sprachkenntnisse (der Eltern) und eine bildungsferne Herkunft sind die Faktoren, welche den Übergang von der Schule ins Erwerbsleben erschweren. Statistisch äussern sich diese Merkmale in der Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit.
- Die Expert/innen beobachten bei Eltern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund am Ende der obligatorischen Schule in mancher Hinsicht eine Orientierungslosigkeit und Handlungsunsicherheit – teilweise auch, weil durch die integrativen Schulformen die effektiven Chancen auf dem Lehrstellenmarkt und in der Arbeitswelt nicht eingeschätzt werden können.
- Jugendliche mit Migrationshintergrund werden bei der Vergabe von Lehrstellen teilweise aufgrund der ihnen zugeschriebenen Merkmale benachteiligt (Haeblerlin et al. 2005).
- Einen Hauptgrund für die Schwierigkeiten an der ersten Schwelle sehen die Expert/innen in der Beurteilung des Berufsbildungssystems durch die ausländische Bevölkerung. In den meisten Herkunftsländern ist die duale Berufsbildung, in welcher ein Teil der Ausbildung in einem Betrieb stattfindet, kaum verbreitet. Dadurch herrscht teilweise auch bei Migrant/innen aus bildungsnahen Familien die Meinung vor, dass es von Vorteil ist, sich möglichst lange in schulischen Angeboten ausbilden zu lassen, wodurch auch ein Brückenangebot gegenüber einer dualen Berufslehre attraktiver erscheint.⁵⁷

⁵⁷ Kampagnen, um die Kenntnisse des Schweizerischen Berufsbildungssystems auch bei ausländischen Eltern aus einfachen Verhältnissen zu erweitern, wurden in allen drei Städten in den vergangenen Jahren durchgeführt und werden von den Expert/innen in allen drei Städten als sehr wichtig eingeschätzt.

4.5 Wohnungsmarkt

Der Wohnungsmarkt kann einen Einfluss auf die Bevölkerungszusammensetzung haben. Das Mietzinsniveau kann die soziale Lage der Bevölkerung in zwei Richtungen beeinflussen (Stutz 2005, 12): Zum einen steigen bei hohen Mieten die Lebenshaltungskosten von Haushalten mit bescheidenen finanziellen Mitteln überproportional an, was dazu führen kann, dass diese auf die Unterstützung der Sozialhilfe angewiesen sind. Zum anderen beeinflussen Mietpreise aber auch das Wanderungsverhalten: Erschwinglicher Wohnraum dürfte dazu beitragen, dass sich vermehrt Personen mit bescheidenen Einkommensverhältnissen in einer Gemeinde niederlassen. Auf die Arbeitslosenzahlen hat vor allem letzterer Punkt einen Einfluss. Wenn Personen mit geringem Einkommen oder mit Einkommensunsicherheiten sich die Mietkosten in der Stadt leisten können, so kann dadurch der Anteil der Bevölkerung mit einem höheren Risiko für Arbeitslosigkeit zunehmen. In **Tabelle 8** ist der Median der Mietwohnpreise nach Wohnungsgrösse im Jahr 2010 für die Vergleichsstädte dargestellt. Für alle Wohnungsgrössen gilt, dass unter den drei Vergleichsstädten die Mieten in Basel am tiefsten und in Zürich am höchsten sind. Die Unterschiede zwischen den Mietpreisen in Bern und in Basel sind allerdings nicht gross.

Auf das Wanderungsverhalten dürfte vor allem der Unterschied zwischen den Mietpreisen in der Stadt und in der näheren Umgebung einen Einfluss haben. Aus diesem Grund enthält Tabelle 8 auch die verfügbaren Mietpreise für die Umgebung der drei Vergleichsstädte.⁵⁸ Für Bern und Zürich gilt, dass die Mietpreise in der Umgebung klar unter den Mietpreisen in der Stadt selber liegen. Für Basel trifft dies nicht in dieser Deutlichkeit zu. Im oberen Baselbiet sind die Mietpreise zwar leicht tiefer als in der Stadt Basel, das untere Baselbiet weist aber höhere Mietkosten aus als die Stadt. Für Bern und Zürich ist anzunehmen, dass es Personen mit bescheidenen Einkommensverhältnissen eher gelingt, in der Umgebung der Stadt eine Wohnung zu finden, welche sie sich leisten können, als in der Stadt selber. In Basel scheint dies nicht so zu sein. Erschwinglicher Wohnraum ist in der Stadt Basel ebenso verfügbar wie im Umland der Stadt.

Tabelle 8: Mietwohnpreise in CHF nach Wohnungsgrösse, Median (netto; exkl. Nebenkosten)

	1 Zimmer	2 Zimmer	3 Zimmer	4 Zimmer	5 Zimmer
Basel	640	990	1'290	1'580	1'980
Oberes Baselbiet	590	950	1'240	1'500	1'760
Unteres Baselbiet	650	1'050	1'380	1'670	1'940
Bern	660	1'040	1'350	1'650	2'060
MS-Region Bern	620	990	1'290	1'570	1'900
Zürich	870	1'350	1'730	2'120	2'640
Limattal	710	1'130	1'460	1'170	2'060
Zürcher Oberland	660	1'050	1'340	1'650	1'910
Zürcher Unterland	630	1'010	1'300	1'580	1'870

Quelle: Wüest&Partner, 4. Quartal 2010

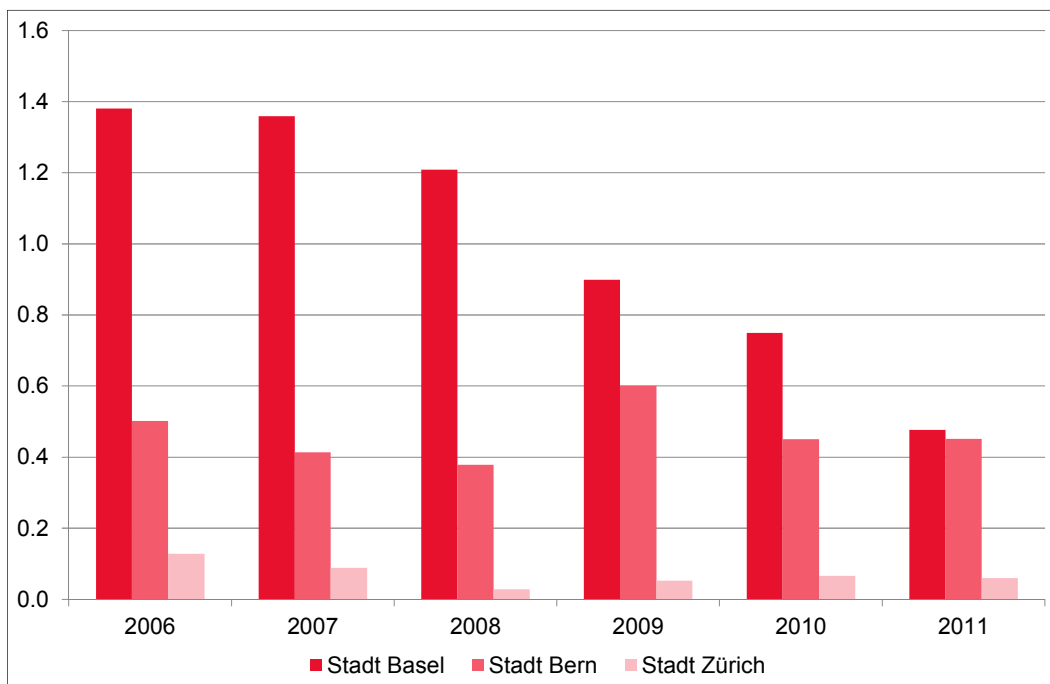
Die Mietpreise sind beeinflusst durch den Anteil an leerstehenden Wohnungen. Gemäss den Gesetzen der klassischen Wirtschaftstheorie steigt der Preis für knappe Güter. Der Zugang zu Wohnungen ist aber für Bevölkerungsgruppen mit prekärer Einkommenssituation nicht nur aus finanziellen Gründen eingeschränkt. Entscheidend ist auch, wie viele Wohnungen überhaupt frei sind. Gerade für Personen in schwierigen Lebenslagen erschwert ein ausgetrockneter Wohnungsmarkt die Chance, überhaupt eine Wohnung zu finden. Leerwohnungsziffern haben also einerseits indirekt über die Mietpreise einen Einfluss auf die Bevölkerungszusammensetzung, andererseits auch direkt, indem beispielsweise Personen mit unsi-

⁵⁸ Die Mietpreiskosten sind auch für MS-Regionen verfügbar. Die MS-Region Bern enthält die Stadt Bern sowie die umliegenden (Agglomerations-)Gemeinden. Weil die MS-Regionen Basel-Stadt und Zürich keine Agglomerationsgemeinden enthalten, wurden für diese Städte die nächstliegenden MS-Regionen für den Vergleich beigezogen.

cheren Einkommensaussichten eher eine Wohnung angeboten wird, wenn mehr freie Wohnungen vorhanden sind. Die Leerwohnungsziffern – also der Anteil leerstehender Wohnungen am Gesamtbestand der Wohnungen – der drei Städte ist in **Abbildung 22** für die Jahre 2006 bis 2010 dargestellt. Basel weist insbesondere bis ins Jahr 2010 eine deutlich höhere Leerwohnungsziffer aus als Bern und Zürich. Allerdings ist die Leerwohnungsziffer in Basel in den letzten Jahren stark zurückgegangen und hat im Jahr 2011 ungefähr das Niveau der Stadt Bern erreicht. In Bern und Zürich ist der Trend von generell rückläufigen Leerwohnungsziffern weniger ausgeprägt als in Basel. Die Leerwohnungsziffer in Bern bewegt sich um 0.4 Prozent und ist somit relativ tief.⁵⁹ In der Stadt Zürich ist die Leerwohnungsziffer in allen betrachteten Jahren enorm tief.

Die Leerwohnungsziffer wird auch für Agglomerationen und Kantone ausgewiesen. Wenn sich die Ziffern zwischen der Stadt und der Agglomeration nicht stark unterscheiden, so wird der Einfluss von Leerwohnungsziffern auf die Bevölkerungszusammensetzung in der Stadt weniger stark sein, als wenn markante Unterschiede zwischen der Stadt und der näheren Umgebung bestehen. Die Leerwohnungsziffer der Agglomeration Basel ist zwischen 2006 und 2010 von 1.0 Prozent auf 0.6 Prozent gesunken. Sie ist seit dem Jahr 2010 leicht höher als in der Stadt Basel. Vor 2010 gab es hingegen in der Stadt Basel einen höheren Anteil an leerstehenden Wohnungen als in der Agglomeration.⁶⁰ Anders sieht es in den Vergleichsstädten aus. In Bern und Zürich lagen die Leerwohnungsziffern der Agglomeration in allen betrachteten Jahren über denen der Städte. In Zürich ist der Unterschied sehr deutlich.⁶¹

Abbildung 22: Leerwohnungsziffern (Basel, Bern und Zürich; 2006 bis 2010; Angaben in Prozent)



Quelle: BFS; Leerwohnungszählung

Anmerkungen: Prozentualer Anteil der leer stehenden Wohnungen (Stichtag: 1. Juni) am Gesamtwohnungsbestand der registerbasierten Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS) des Vorjahres.

⁵⁹ Durchschnittliche Leerwohnungsziffer für die Schweiz: 2007: 1.07, 2008: 0.97, 2009: 0.90, 2010: 0.92, 2011: 0.94.

⁶⁰ Die Agglomeration Basel besteht gemäss Raumtypologie des BFS aus 74 Gemeinden: Den drei Gemeinden des Kantons Basel-Stadt, 52 Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft, 11 Gemeinden des Kantons Solothurn und 8 Gemeinden des Kantons Aargau.

⁶¹ Ein kantonaler Vergleich bietet ein ähnliches Bild. Die Leerwohnungsziffer im Kanton Basel-Landschaft liegt deutlich unter der von Basel-Stadt. In Bern und Zürich sind die kantonalen Leerwohnungsziffern jeweils höher als die der Kantonshauptstädte.

4 Analyse von Einflussfaktoren

Insgesamt weisen die Daten für Mietwohnpreise und Leerwohnungsziffern, dass es in Basel auch für Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen oder schwierigen Lebenslagen eher möglich ist, eine Wohnung in der Stadt selber zu finden, wogegen sie aus den Stadtgebieten von Bern und Zürich tendenziell in die Agglomerationen abgedrängt wurden. In Basel dagegen sind die Mieten in der Stadt nicht höher sind als in der Umgebung der Stadt.⁶² Die unterschiedliche Situation auf dem Wohnungsmarkt ist mit einer Erklärung dafür, dass sich die Bevölkerungsstruktur in den drei Städten unterscheidet.

4.6 Zusammenarbeit von Institutionen und Anreizwirkungen der Sozialsysteme

Die Anreizstrukturen der Sozialsysteme und eine mangelhafte Zusammenarbeit von Institutionen können sich auf die Quoten von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug bei jungen Erwachsenen auswirken. Beide Themen wurden in den Experteninterviews diskutiert. Insgesamt lassen sich aus den Resultaten der Gespräche keine Begründungen dafür ableiten, dass die Quoten in Basel höher sind als in Bern und Zürich. Trotzdem enthält ein Vergleich der genannten Aspekte in den drei Städten interessante Informationen. Diese lassen sich in den folgenden Punkten zusammenfassen:

■ **Professionalität der Beratung:** In allen drei Städten gibt es sowohl bei den RAV als auch im Sozialdienst Abteilungen bzw. Produktverantwortliche, welche auf die Beratung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen spezialisiert sind. In den Sozialdiensten der drei Städte existieren unterschiedliche Massnahmen und Strategien zur Beratung und Begleitung junger Erwachsener, wobei in allen Städten von einem hohen Grad an Professionalisierung gesprochen werden kann.

In Basel wurde von Experten der Sozialhilfe die Umsetzung einer «Aktivierungsstrategie» erwähnt, zu welcher auch das Projekt «Gegenleistung» gehört, in welchem Jugendliche bei nachgewiesener Arbeitsfähigkeit und gleichzeitiger Verweigerung sämtlicher Integrationsbemühungen zu Arbeitseinsätzen verpflichtet werden. Wird die Teilnahme am Gegenleistungsmodell verweigert, kann die Sozialhilfe ihre Unterstützungsleistung einstellen. Auch Bern und Zürich wenden Modelle an, die zu Arbeitseinsätzen verpflichten. In Bern wird ein Arbeitseinsatz allerdings nur verlangt, wenn Verdacht auf Schwarzarbeit besteht.

■ **Schnittstelle des Case Managements Berufsbildung zur Volksschule:** In Basel finden «Einschätzungskonferenzen» zwischen Mitarbeiter/innen des Case Management Berufsbildung, Lehrkräften, Schulsozialarbeiter/innen und Schulleitungen statt, die der Identifikation von gefährdeten Jugendlichen dienen und sich gemäss der Evaluation des Case Management bewährt hat (ED BS 2011c). In Bern und Zürich ist die «Holschuld» des Case Management Berufsbildung gegenüber der Volksschule weniger ausgeprägt. Entscheidend ist hierbei insbesondere, ob die Jugendlichen die freiwilligen Coaching-Angebote auch in Anspruch nehmen. Da der Anteil an Schüler/innen, welche nach der WBS A oder der WBS E keine Anschlusslösung haben im Städtevergleich hoch ist, ist der Schnittstelle mit der Volksschule in Basel eine hohe Priorität zuzumessen.

■ **Anreize durch Einkommensaussichten:** In Motivationssemestern verdienen die Jugendlichen rund 450 CHF. Dieser Verdienst ist bewusst tiefer angesetzt als ein Lehrlingslohn. Es sollte deshalb nicht vorkommen, dass Jugendliche eine arbeitsmarktliche Massnahme wegen eines höheren Einkommens einer Ausbildung vorziehen. Gemäss Einschätzung der Expert/innen in den drei Städten sind auch unzureichende Stipendien selten der Grund dafür, dass Jugendliche gar keine nachobligatorische Ausbildung absolvieren. Hingegen besteht gemäss der Meinung der Expert/innen in geringem Ausmass das Risiko, dass Jugendliche aufgrund kurzfristiger Einkommensaussichten eine Erwerbsarbeit einer Ausbildung vorziehen, insbesondere nach einem Ausbildungsabbruch. Diese Gefahr wurde von den Gesprächspartner/innen in

⁶² Gemeint ist die Umgebung der Stadt in der Schweiz.

4 Analyse von Einflussfaktoren

Bern und Zürich tendenziell etwas höher eingeschätzt als in Basel. Anhand der Aussagen aus wenigen Interviews lässt sich allerdings nicht verlässlich überprüfen, ob in Bern und Zürich mehr Jugendliche ohne Ausbildung früh in den ersten Arbeitsmarkt einsteigen. In Bern wurde betont, dass bei einem Arbeitsmarkteinstieg ohne Ausbildung Möglichkeiten zur beruflichen Nachholbildung bestehen. Weil die berufliche Nachholbildung vor allem Personen über 25 anspricht, wurde sie in diesem Bericht nicht thematisiert.⁶³

■ **Schnittstelle zur IV:** In allen drei Städten besteht eine Unzufriedenheit der Expert/innen in Bezug auf die Schnittstelle zur IV. Einerseits wurde geäußert, dass ein Anspruch auf berufliche Massnahmen der IV manchmal nicht geltend gemacht wird, weil von Seiten der Eltern oder der Jugendlichen Vorbehalte gegenüber einer Anmeldung bei der IV bestehen. Eine weitere Schwierigkeit besteht gemäss Aussagen der Expert/innen darin, dass es nach einer Anmeldung bei der IV zu lange dauert, bis Ergebnisse der Abklärungen vorliegen und Massnahmen umgesetzt werden können. Zudem bestehen Unsicherheiten bezüglich der Vorgehensweisen und der Zusammenarbeit zwischen den Sozialsystemen bei der Beratung von Personen, bei welchen ein (eventueller) Anspruch auf Leistungen der Invalidenversicherung besteht. An die neu umgesetzte Integration in der obligatorischen Schule schliesst keine integrative Berufsausbildungsstrategie an. Hier bestehen Unsicherheiten, was teilweise auch damit zusammenhängt, dass das Personal – in den Schulen aber auch bei der IV - noch wenig Erfahrung mit der Integration in der obligatorischen Schule gesammelt hat. Zudem wurde angeführt, dass die IV bei der Sprechung von Leistungen zur Unterstützung bei der Ausbildung zurückhaltender geworden sei.

■ **Umsetzung des Grundsatzes «Bildung vor Arbeit»:** Dieser Grundsatz ist heute für unter 25-Jährige in der Arbeitslosenversicherung die offizielle Strategie. In Bern und Zürich haben sich die Expert/innen jedoch dahingehend geäußert, dass der Grundsatz «Bildung vor Arbeit» für Jugendliche und junge Erwachsene noch nicht von allen Ämtern gemeinsam konsequent umgesetzt wird und dass eine entsprechende Organisationsentwicklung auf hoher Kompetenzstufe entwickelt werden müsste – auch in Bezug auf die Finanzierung von Projekten und Massnahmen.

■ **Kooperation der Institutionen:** Die Einschätzungen der Gesprächspartner/innen decken sich in den drei Städten insofern, als sie Handlungsbedarf vor allem in der Systemsteuerung sehen. In allen drei Städten existieren viele professionelle Angebote, damit der Übergang von der Schule ins Erwerbsleben möglichst allen jungen Erwachsenen gelingt. Die Herausforderung besteht darin, die Angebote nachhaltig zu gestalten, was beinhaltet, dass die Zugänglichkeit zu den Angeboten gewährt und die Kooperation der einzelnen Institutionen geregelt ist.

4.7 Gesamtfazit

Im Folgenden werden aus einer mit anderen Städten vergleichenden Perspektive nochmals die wichtigsten Gründe für die erhöhte Jugendarbeitslosigkeit in Basel skizziert. Gleichzeitig liegen in ihnen auch die Ansatzpunkte für gezielte Gegenmassnahmen.

Sehr wichtig erscheint festzuhalten, dass sich die **Bevölkerungsstruktur** der vertieft untersuchten drei Vergleichsstädte Basel, Bern und Zürich markant unterscheidet. In Basel ist der Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus alten Herkunftsländern deutlich höher als in Bern und Zürich. Diese Jugendlichen wachsen oft in bildungsfernen Elternhäusern auf und sind mit grösseren Schwierigkeiten an der ersten Schwelle konfrontiert. Teilweise hängen die Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur mit der anderen Situation auf dem Wohnungsmarkt zusammen. Somit unterscheiden sich die Städte auch bezüglich

⁶³ Der Bericht zum Unterstützungsbedarf zur beruflichen Nachholbildung wurde von der Strategieguppe Jugendarbeitslosigkeit parallel zu dieser Studie in Auftrag gegeben.

der Herausforderungen für das Bildungssystem und die Sozialsysteme, deren Angebote sich an den «Grundvoraussetzungen» orientieren müssen, die durch die Bevölkerungsstruktur gegeben sind.

Plausible Gründe für die höheren Quoten von Jugendarbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug von jungen Erwachsenen in Basel liegen nebst den soziodemographischen Voraussetzungen jedoch auch im **Schulsystem** der obligatorischen Schule **und** den **Anschlusslösungen**. Bezüglich des Schulsystems auf Sekundarstufe I besteht Optimierungspotenzial bei der Ausgestaltung der Berufswahlvorbereitung und in Bezug auf Chancengleichheit bei der Durchlässigkeit zwischen den Niveaustufen und dem Zeitpunkt des Übertritts ins Gymnasium. Mit der Umstellung des Schulsystems werden diese Schwierigkeiten sich voraussichtlich verringern. Die Anschlusslösungen nach der obligatorischen Schule unterscheiden sich zwischen den Vergleichsstädten insofern, als in Basel ein deutlich geringerer Anteil der Schulabgänger/innen direkt in eine Berufslehre einsteigt. Hingegen ist der Anteil an Besuchen von Brückenangeboten markant höher. In Basel besteht demnach ein Handlungsbedarf darin, den direkten Einstieg in eine Berufslehre weiterhin stark zu fördern.

Auch die Untersuchung der Analyseebene **Berufsbildung und Arbeitsmarkt** zeigt einige Faktoren auf, welche einen Einfluss auf die Quoten haben können, der aber nicht vollständig erhardt werden kann. So dürfte der hohe Anteil an Attestlehren in Basel den Übergang an der zweiten Schwelle erschweren, wenn an die Attestlehren keine EFZ-Ausbildung angeschlossen werden kann. Diese Schwierigkeit kann verringert werden, wenn Bemühungen dahingehend unternommen werden, dass EBA-Lehren möglichst oft als Einstieg in eine Berufsausbildung auf EFZ-Niveau genutzt werden. Es ist anzunehmen, dass die Konkurrenz aus dem Umland auf Lehrstellen in Basel und die Konkurrenz von Grenzgängern aus dem Ausland auf Arbeitsstellen ebenfalls einen Einfluss auf die Arbeitslosenquoten in Basel haben, allerdings können diese Effekte kaum verhindert werden. Vielmehr gilt es die Basler Jugendlichen so zu stärken, dass sie in dieser Konkurrenzsituation bestehen können. Positiv zu beurteilen ist, dass in Basel – wie auch in Bern und Zürich – die Lehrstellensituation sich massiv entspannt hat und der Grund für Jugendarbeitslosigkeit nicht in einem Mangel an Lehrstellen besteht. Auch das Ausmass von Lehrvertragsauflösungen in Basel deutet nicht auf grössere Problemlagen hin als in anderen Städten.

Für die verschiedenen Institutionen (u.a. Schule, Case Management Berufsbildung, Sozialhilfe, RAV) besteht die zukünftige Herausforderung in allen drei Städten darin, die Koordination der verschiedenen Angebote zu systematisieren. Die Untersuchung hat aufgezeigt, dass auch bei der Schnittstelle zur IV Handlungsbedarf besteht. Dieser Handlungsbedarf ergibt sich unter anderem, weil die Integration in der Schule umgesetzt wird, jedoch (noch) keine Berufsbildungsstrategie existiert, welche die Integration ebenso stark gewichtet.

5 Literaturverzeichnis

- Amosa (2004): Jugendarbeitslosigkeit – Situationsanalyse 04 und Massnahmen für die Zukunft. Zürich.
- Bertschy Kathrin, M. Alejandra Cattaneo, Stefan C. Wolter (2009): «PISA and the Transition into the Labour Market», Labour, Vol. 23, 111-137.
- Bertschy Kathrin, Edi Böni, Thomas Meyer (2007): An der zweiten Schwelle: Junge Menschen im Übergang zwischen Ausbildung und Arbeitsmarkt. Ergebnisse des Jugendlängsschnitts TREE.
- Bessey Donata und Uschi Backes-Gellner (2008): Dropping out and revising educational decisions: Evidence from vocational education. Swiss Leading House Economics of Education, Firm Behaviour, Training Policies. Working Paper No. 40.
- BFS (2011a): Sozialhilfestatistik. Jahresbericht 2010 zur Schweizerischen Sozialhilfestatistik, Neuchâtel
- BFS, Bundesamt für Statistik / Philipp Dubach (BASS), Thomas Oesch (BASS), Nathalie Pfister (SKOS) (2007): Die bedarfsabhängigen Sozialleistungen in den Schweizer Kantonen 2007.
- BFS, Bundesamt für Statistik / TREE (2003): Bildungsmonitoring Schweiz, Wege in die nachobligatorische Ausbildung, die ersten zwei Jahre nach Austritt aus der obligatorischen Schule. Zwischenergebnisse des Längsschnitts TREE. Neuchâtel: BFS.
- BFS, Bundesamt für Statistik / TREE (2001): Analysen zur Betriebszählung 2001: Standorte der innovativen Schweiz, Räumliche Veränderungsprozesse von High-Tech und Finanzdienstleistungen. Neuchâtel: BFS.
- BBT, Bundesamt für Berufsbildung und Technologie/Stellenmarkt-Monitor Schweiz (2011): Berufseinsteiger-Barometer 2011. Bern.
- Drilling Matthias (2003): Die Basler Sozialhilfestudie zur Armut von jungen Erwachsenen. Teil 1: Junge Erwachsene in der städtischen Sozialhilfe – zum Stand der Forschung in der Schweiz. Basel: Verlag der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit.
- Drilling Matthias (2004): Young urban poor. Abstiegsprozesse in den Zentren der Sozialstaaten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Dubach Philipp, Lucien Gardiol, Jürg Guggisberg und Heidi Stutz (2011): Ursachen der kantonalen Ausgabenunterschiede in der Sozialhilfe. Im Auftrag des Bundesamts für Statistik (BFS).
- Dubach Philipp, Heidi Stutz und Ruth Calderon (2010): Armutsbericht Basel-Stadt, Ursachen Dynamiken Handlungsempfehlungen. Christoph Merian Verlag. Basel.
- Dubach Philipp, Jürg Guggisberg, Heidi Stutz (2009): Junge Erwachsene in der Sozialhilfe. Im Auftrag des Bundesamts für Statistik (BFS).
- Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt (2011a): Bildungsbericht 2010/11. Basel.
- Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt (2011b): Lehrstellenbericht 2010. Basel.
- Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt (2011c): Evaluationsstudie Gap, Case Management Berufsbildung 2008-2011. Basel.
- Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt (2010): Konzept für ein Triageverfahren beim Übergang Volksschule – Sekundarstufe II url: http://www.bbe-bs.ch/ueber_uns/projekte.
- Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt (2008): Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Schulen, Ratschlagsentwurf Bildungsraum Nordwestschweiz.
- Erziehungsdirektion des Kantons Bern (1995): Lehrplan für die Volksschule des Kantons Bern.
- Erziehungsdirektion des Kantons Zürich, Amt für Jugend und Berufsberatung (2011): Zusammenarbeit Berufsberatung – Sekundarstufe, November 2008 (revidiert im September 2011).

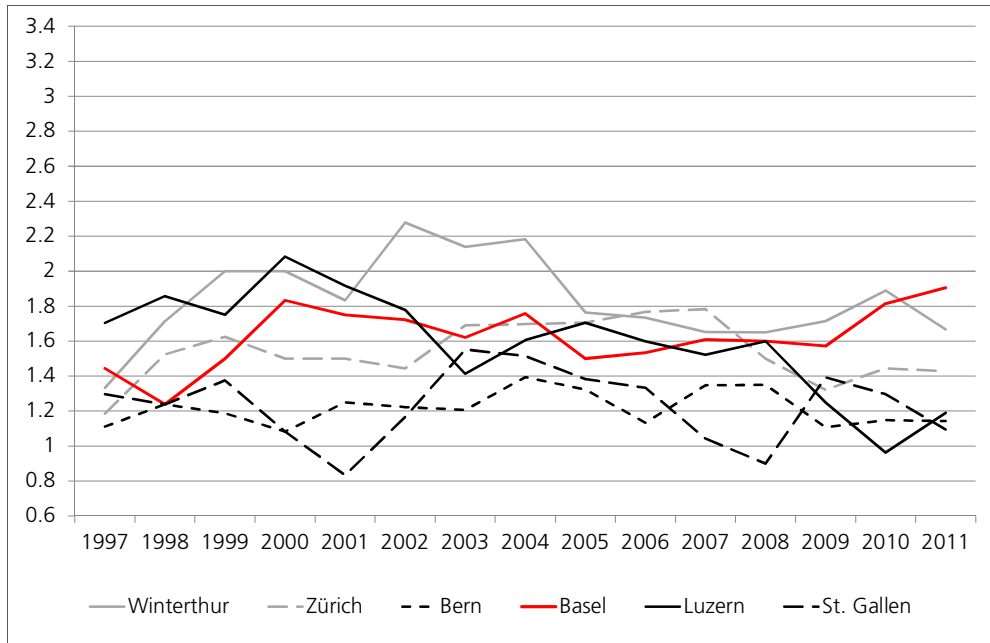
- Esping-Andersen G. (2009): Investing in Children and Equalizing Life Chances. In: Esping-Andersen, G., The Incomplete Revolution. Adapting to Women's New Roles, Cambridge: Polity Press, 111-144.
- Flückiger Yves, Pierre Kempeneers, Joseph Deutsch, Jaques Silber und Stephen Bazan (2007): Analyse der regionalen Unterschiede in der Arbeitslosigkeit. SECO Publikation Arbeitsmarktpolitik No 22 (6. 2007).
- Fritschi Tobias und Tom Oesch (2008): Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Haeberlin Urs, Christian Imdorf, Wilfried Kronig (2005): «Verzerrte Chancen auf dem Lehrstellenmarkt. Untersuchungen zu Benachteiligungen von ausländischen und von weiblichen Jugendlichen bei der Suche nach beruflichen Ausbildungsplätzen in der Schweiz», *Zeitschrift für Pädagogik*, Vol. 51 No.1, 116-134.
- Heckman J. J. und Masterov D. V. (2007): The Productivity Argument for Investing in Young Children, IZA DP No. 2725.
- Hupka-Brunner Sandra, Thomas Meyer, Barbara E. Stalder, Anita Keller (2011): PISA-Kompetenzen und Übergangswege: Ergebnisse aus der Schweizer TREE-Studie. In BIBB/DJI (Hrsg.): Neue Jugend? Neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung. Bielefeld: Bertelsmann, 173-188.
- Kanton Aargau, Departement Volkswirtschaft und Inneres, Amt für Wirtschaft und Arbeit (2012): Jugendliche Stellensuchende 20-24 Jahre; Ergebnisse einer Erhebung in den Aargauer RAV. Interner, nicht veröffentlichter Bericht.
- Keller Florian (2011): Schlussprüfungen an der Weiterbildungsschule Basel-Stadt Schlussbericht 2011 zuhanden der Stufenleitung Sekundarstufe I des Kantons Basel-Stadt. Universität Zürich, Institut für Bildungsevaluation.
- Keller Anita, Sandra Hupka-Brunner und Thomas Meyer (2010): Nachobligatorische Ausbildungsverläufe in der Schweiz: Die ersten sieben Jahre. Tree, Basel.
- Lanfranchi Andrea (2010): Familienergänzende Betreuung. In M. Stamm & D. Edelmann (Hrsg.), Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung: Was kann die Schweiz lernen? (S. 97-121). Bern: Haupt.
- Moser Urs (2008): Schulsystemvergleich: Gelingensbedingungen für gute Schulleistungen, Expertise über die Bedeutung von Schulmodellen der Sekundarstufe I für die Entwicklung der Schulleistungen; Zuhanden der Bildungsdirektion des Kantons Zürich, Bildungsplanung. Institut für Bildungsevaluation der Universität Zürich.
- Müller Barbara und Jürg Schweri (2009): Berufswechsel beim Übergang von der Lehre in den Arbeitsmarkt. Swiss Leading House: Economics of Education, Firm Behaviour, Training Policies. Working paper No. 44.
- Nidegger Christian, Urs Moser, Domenico Angelone, Christian Brühwiler, Grazia Buccheri, Nadja Abt, Myrta Mariotta, Eva Roos (2010): PISA 2009 Schülerinnen und Schüler der Schweiz im internationalen Vergleich, Erste Ergebnisse. Herausgeber Konsortium PISA.ch, Neuchâtel.
- Schaffner Dorothee (2003): Die Basler Sozialhilfestudie zur Armut von jungen Erwachsenen. Teil 2: Junge Erwachsene in der Sozialhilfe – Bewältigung einer risikoreichen Statuspassage. Basel: Verlag der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit.
- Schaffner Dorothee (2007): Junge Erwachsene zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt. Biografische Bewältigung von diskontinuierlichen Bildungs- und Erwerbsverläufen, hep Verlag, Bern.
- Schmid Evi (2011): Lehrvertragsauflösungen im Kanton Zürich: Wiedereinstieg und Anschlusslösung. Universität Zürich, Institut für Gymnasial- und Berufspädagogik.

- Schmid Evi, Barbara E. Stalder (2008): Lehrvertragsauflösung: Chancen und Risiken für den weiteren Ausbildungsweg, Ergebnisse aus dem Projekt LEVA. Erziehungsdirektion des Kantons Bern.
- Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) (2010): Bildungsbericht Schweiz 2010. Aarau.
- Seco (2010): Aussenhandelsentwicklung der Schweiz im Jahr 2009. Spezialthema Konjunkturtendenzen Frühjahr 2010.
- Seco (2012a): Die Lage Auf dem Arbeitsmarkt. Januar 2012.
- Spichiger-Carlsson Peter, Andreas Schaub 2009: Lernende in Betrieben in der Stadt Zürich. gfs Zürich.
- Stalder Barbara E. (2011): Das intellektuelle Anforderungsniveau beruflicher Grundbildungen in der Schweiz. Ratings der Jahre 1999-2005. Basel: Institut für Soziologie der Universität Basel/TREE.
- Stutz Heidi, Michael Hermann (2010): Immigration 2030 - Szenarien für die Zürcher Wirtschaft und Gesellschaft, Zürich: Zürcher Kantonalbank.
- Stutz Heidi – BASS (2005): Prognose der Kostenentwicklung in der individuellen Sozialhilfe. Einflussfaktoren, Prognosen anderer Sozialämter und Vorgehen beim Aufbau eines Prognosemodells. Im Auftrag der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (GEF), Bern.
- Weber Bernhard (2007): Die Situation von Jugendlichen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt. Die Volkswirtschaft, No 3/07.
- Weder Rolf, Simone Wyss (2010): Arbeitslosigkeit unter Niedrigqualifizierten: Die Rolle der Globalisierung: Eine empirische Analyse für die Schweiz. SECO Publikation - Arbeitsmarktpolitik No 29.
- Zihlmann René, Daniel Jungo (2009): Lehrstellensituation in der Stadt Zürich: Angebot und Nachfrage; Analyse, Rückblick, Ausblick. Laufbahnzentrum Stadt Zürich. Februar 2009.

6 Anhang

Anhang A1: Vergleich der Quoten für Jugendarbeitslosigkeit der Städte mit der Gesamtschweiz

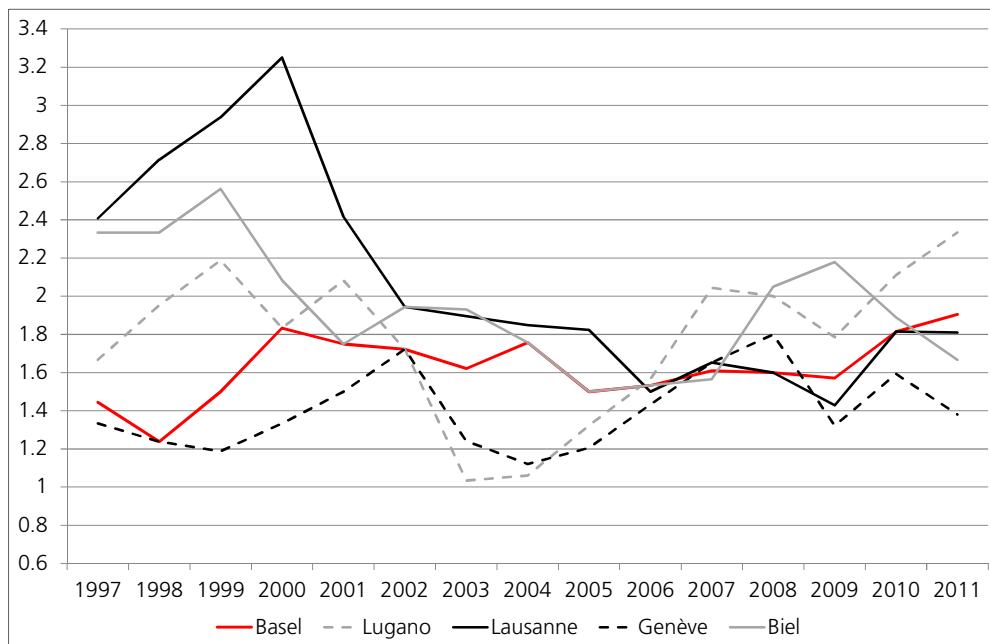
Abbildung 23: Arbeitslosenquoten der 15- bis 19-Jährigen: Verhältnis zwischen der Quote der Städte und dem Durchschnitt der Gesamtschweiz: Basel und Deutschschweizer Städte 1997 bis 2011 (Jahresdurchschnitte)



Quelle: Seco, Amstat, Darstellung: BASS

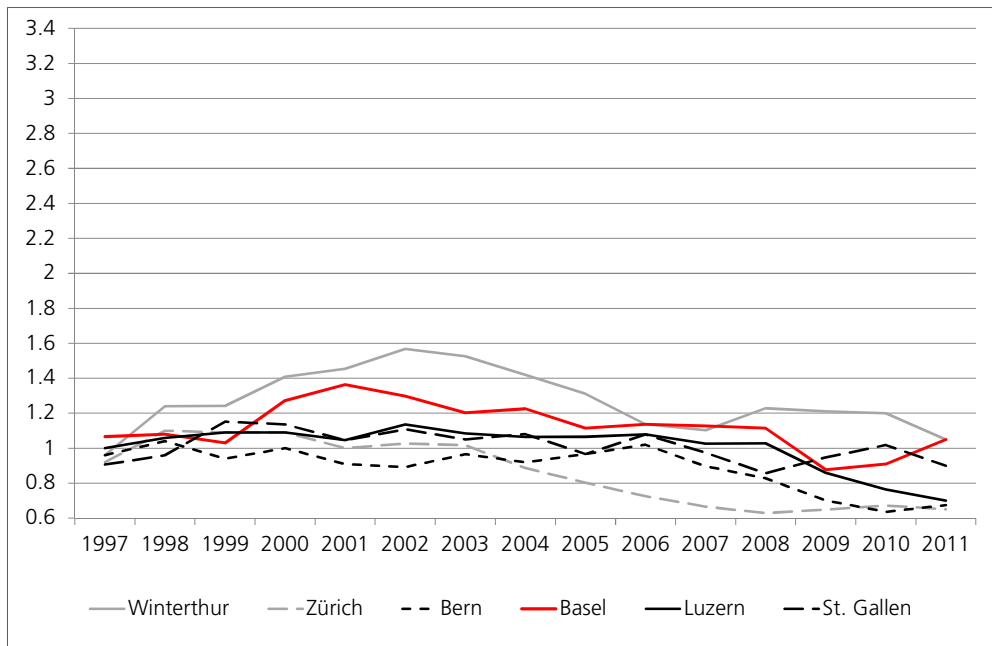
Lesebeispiel: In Basel war die Arbeitslosenquote der 15- bis 19-jährigen im Jahr 2011 1.9-mal so hoch wie in der Gesamtschweiz

Abbildung 24: Arbeitslosenquoten der 15- bis 19-jährigen: Verhältnis zwischen der Quote der Städte und dem Durchschnitt der Gesamtschweiz: Basel, französischsprachige Städte und Lugano 1997 bis 2011 (Jahresdurchschnitte)



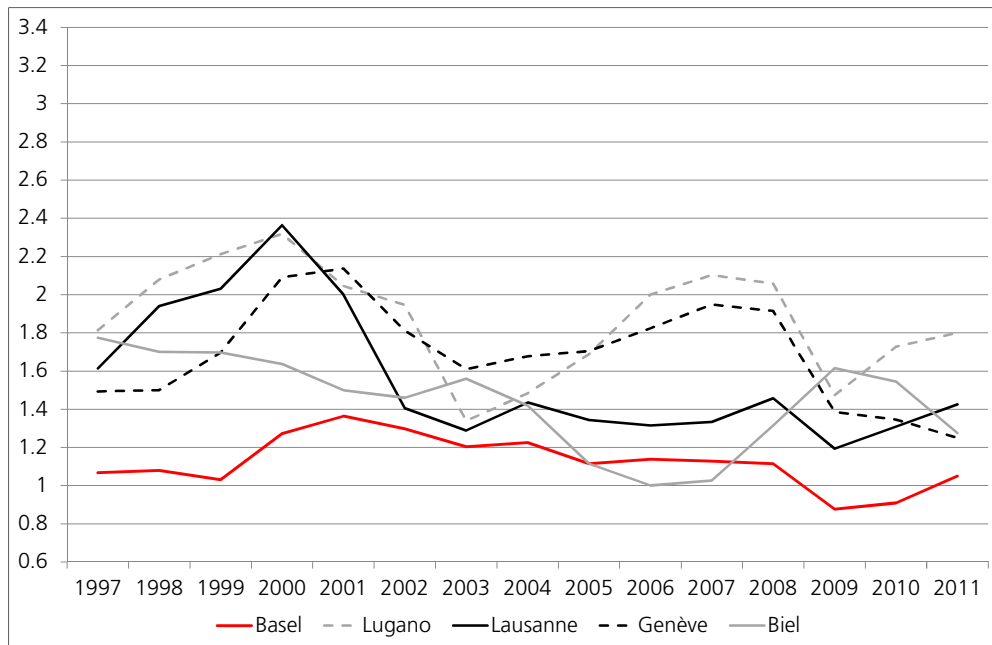
Quelle: Seco, Amstat, Darstellung: BASS

Abbildung 25: Arbeitslosenquoten der 20- bis 24-jährigen: Verhältnis zwischen der Quote der Städte und dem Durchschnitt der Gesamtschweiz: Basel und Deutschschweizer Städte 1997 bis 2011 (Jahresdurchschnitte)



Quelle: Seco, Amstat, Darstellung: BASS

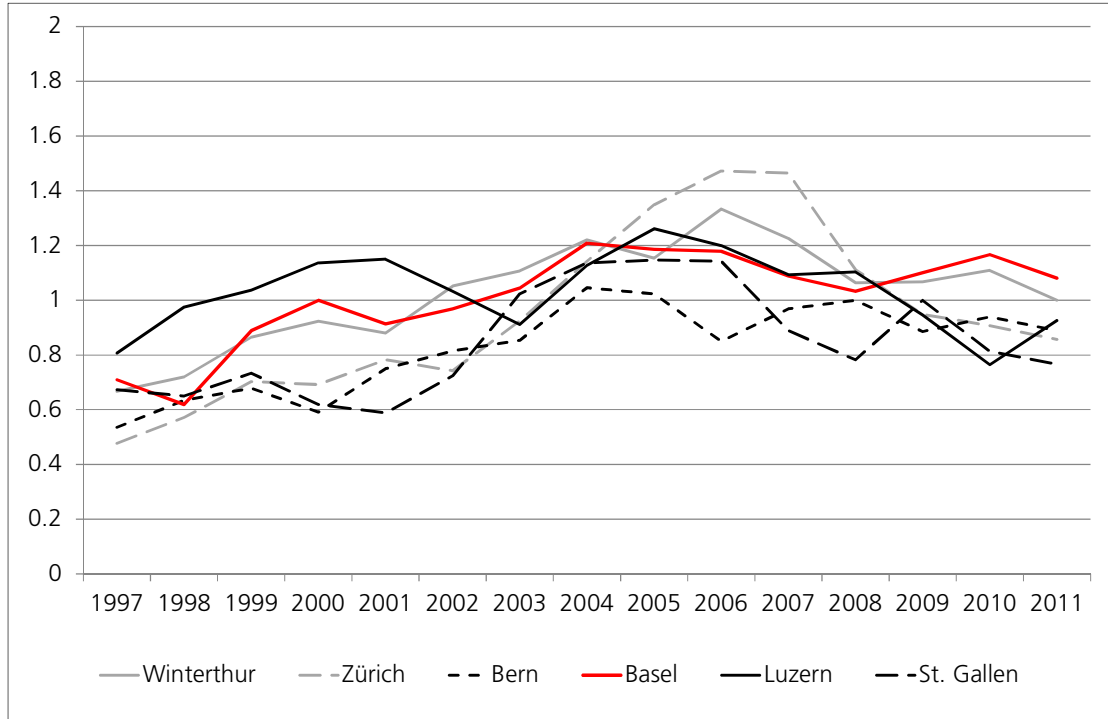
Abbildung 26: Arbeitslosenquoten der 20- bis 24-jährigen: Verhältnis zwischen der Quote der Städte und dem Durchschnitt der Gesamtschweiz: Basel, französischsprachige Städte und Lugano, 1997 bis 2011 (Jahresdurchschnitte)



Quelle: Seco, Amstat, Darstellung: BASS

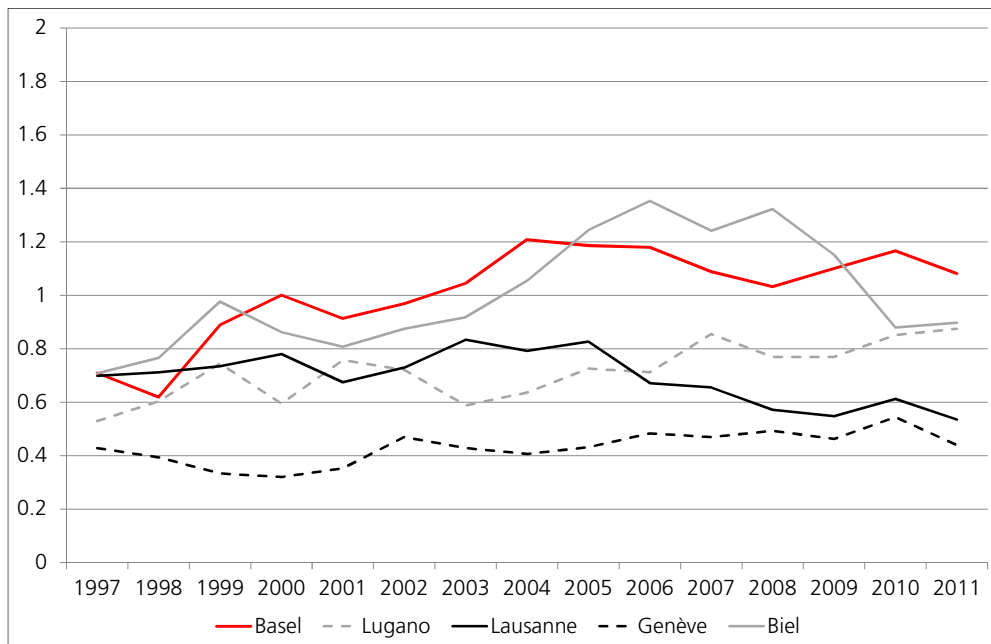
Anhang A2: Vergleich der Arbeitslosenquote für Jugendliche mit der Arbeitslosenquote der Gesamtbevölkerung

Abbildung 27: Verhältnis der Arbeitslosenquote der 15- bis 19-jährigen zur Arbeitslosenquote der Gesamtbevölkerung: Basel und deutschsprachige Städte 1997 bis 2011 (Jahresdurchschnitte)



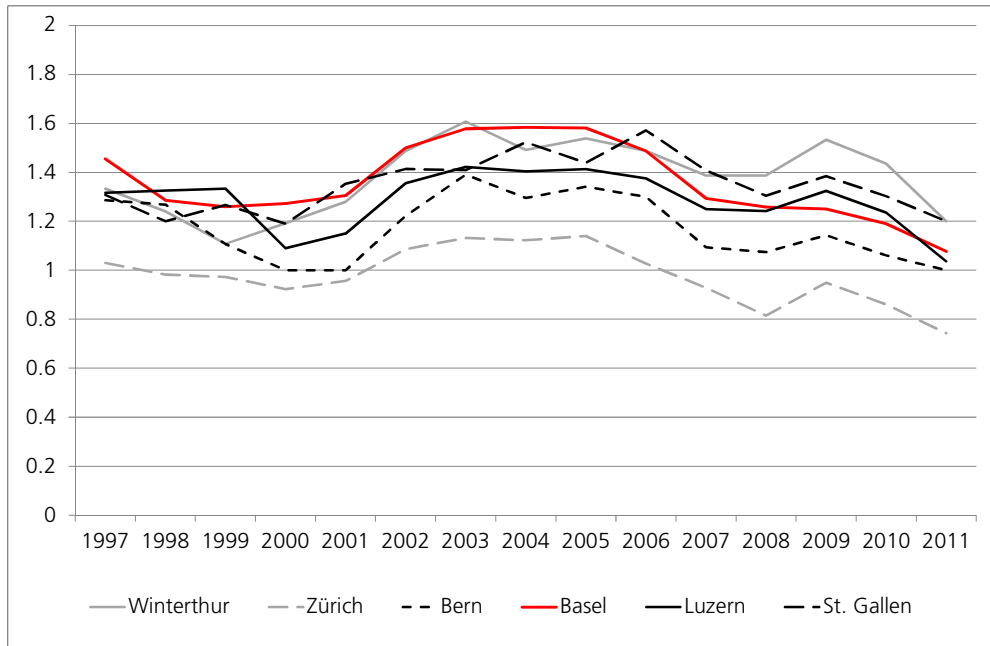
Quelle: Seco, Amstat, Darstellung: BASS

Abbildung 28: Verhältnis der Arbeitslosenquote der 15- bis 19-jährigen zur Arbeitslosenquote der Gesamtbevölkerung: Basel, französischsprachige Städte und Lugano 1997 bis 2011 (Jahresdurchschnitte)



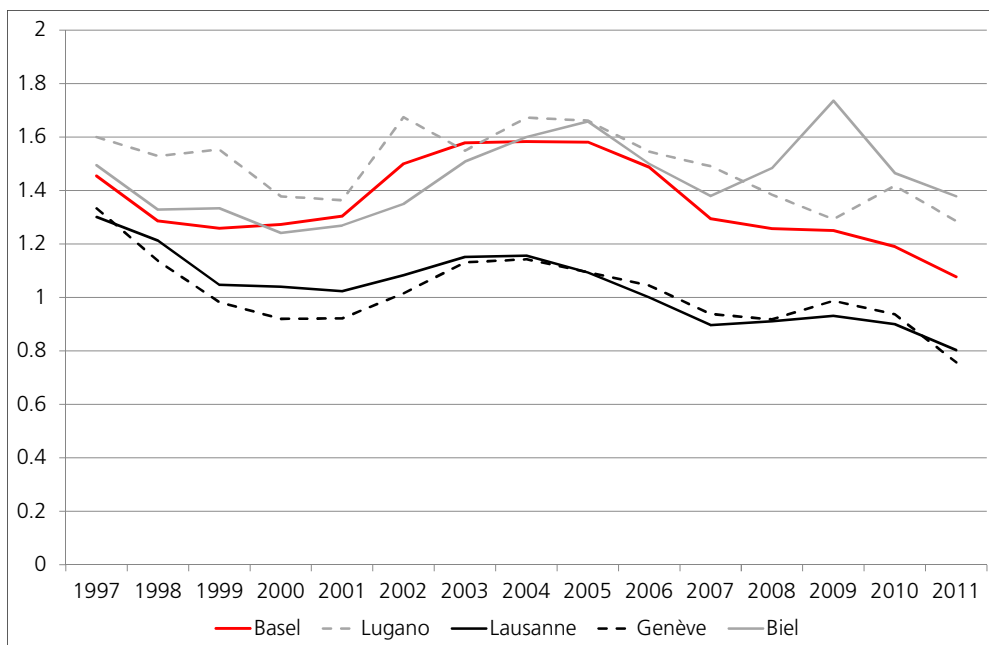
Quelle: Seco, Amstat, Darstellung: BASS

Abbildung 29: Verhältnis der Arbeitslosenquote der 20- bis 24-jährigen zur Arbeitslosenquote der Gesamtbevölkerung: Basel und Deutschschweizer Städte 1997 bis 2011 (Jahresdurchschnitte)



Quelle: Seco, Amstat, Darstellung: BASS

Abbildung 30: Verhältnis der Arbeitslosenquote der 20- bis 24-jährigen zur Arbeitslosenquote der Gesamtbevölkerung: Basel, französischsprachige Städte und Lugano 1997 bis 2011 (Jahresdurchschnitte)



Quelle: Seco, Amstat, Darstellung: BASS

Anhang C: Beschreibung der Typen von jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe

Tabelle 9: Basel, 2010 (Angaben in Prozent)

Merkmal	Typ 1	Typ2	Typ 3	Typ 4	Typ 5	Typ 6	Total
	in Aus- bildung	mit Kind	erwerbslos, ohne Aus- bildung	erwerbslos, mit Aus- bildung	erwerbs- tätig	nicht erwerbs- tätig	
Anzahl Personen	191	215	393	130	123	133	1185
Anteil des Typs am Total (%)	16	18	33	11	10	11	100
Alter (in Jahren)							
Durchschnitt	20.0	23.0	21.4	22.7	21.8	22.0	21.7
Geschlecht							
Frau	50.3	86.5	40.2	43.1	52.0	46.6	52.4
Mann	49.7	13.5	59.8	56.9	48.0	53.4	47.5
Nationalität							
Schweiz	63.9	57.2	63.9	73.1	62.6	65.4	63.8
Ausland	36.1	42.8	36.1	26.9	37.4	34.6	36.2
Haushaltstyp							
Bei den Eltern	55.5	0.0	42.7	31.5	27.6	21.1	32.1
Alleinlebend	24.6	0.0	23.4	40.8	43.9	24.8	23.4
Paar	3.1	46.5	8.7	8.5	8.9	6.0	14.4
Alleinerziehend	0.0	53.5	0.0	0.0	0.0	0.0	9.7
Andere Privathh.	11.0	0.0	15.8	15.4	13.0	6.0	10.6
Stationäre Einrichtungen	3.1	0.0	3.3	0.8	0.8	30.1	5.1
Besondere Wohnformen	2.6	0.0	5.9	3.1	5.7	12.0	4.6

Quelle: BFS, Sozialhilfestatistik, Berechnung: BASS

Anmerkung: Fälle mit Leistungsbezug in der Erhebungsperiode, ohne Doppelzählungen, bei weiteren Mitgliedern der Unterstützungseinheit nur reguläre Fälle

Tabelle 10: Bern, 2010 (Angaben in Prozent)

Merkmal	Typ 1	Typ2	Typ 3	Typ 4	Typ 5	Typ 6	Total
	in Aus- bildung	mit Kind	erwerbslos, ohne Aus- bildung	erwerbslos, mit Aus- bildung	erwerbs- tätig	nicht erwerbs- tätig	
Anzahl Personen	139	96	136	43	51	74	539
Anteil des Typs am Total (%)	26	18	25	8	9	14	100
Alter (in Jahren)							
Durchschnitt	20.5	23.1	21.3	23.1	22.5	22.3	21.7
Geschlecht							
Frau	52.5	87.2	41.2	39.5	52.9	68.4	56.6
Mann	47.5	12.8	58.8	60.5	47.1	31.6	43.4
Nationalität							
Schweiz	68.4	50.0	66.2	65.1	58.8	73.7	64.0
Ausland	31.7	50.0	33.8	34.9	41.2	26.3	36.0
Haushaltstyp							
Bei den Eltern	50.8	0.0	33.6	5.4	32.5	19.3	27.1
Alleinlebend	27.4	0.0	29.0	59.5	25.0	33.3	25.2
Paar	3.2	50.0	15.9	13.5	17.5	8.8	18.4
Alleinerziehend	0.0	50.0	0.0	0.0	0.0	0.0	10.6
Andere Privathh.	12.1	0.0	15.9	16.2	17.5	17.5	11.9
Stationäre Einrichtungen	4.0	0.0	0.0	2.7	2.5	7.0	2.4
Besondere Wohnformen	2.4	0.0	5.6	2.7	5.0	14.0	4.3

Quelle: BFS, Sozialhilfestatistik, Berechnung: BASS

Anmerkung: Fälle mit Leistungsbezug in der Erhebungsperiode, ohne Doppelzählungen, bei weiteren Mitgliedern der Unterstützungseinheit nur reguläre Fälle

Tabelle 11: St. Gallen, 2010 (Angaben in Prozent)

Merkmal	Typ 1	Typ2	Typ 3	Typ 4	Typ 5	Typ 6	Total
	in Aus- bildung	mit Kind	erwerbslos, ohne Aus- bildung	erwerbslos, mit Aus- bildung	erwerbs- tätig	nicht erwerbs- tätig	
Anzahl Personen	88	50	88	28	59	64	377
Anteil des Typs am Total (%)	23	13	23	7	16	17	100
Alter (in Jahren)							
Durchschnitt	19.4	22.9	21.4	22.3	22.0	21.6	21.3
Geschlecht							
Frau	46.6	91.8	40.5	46.4	50.9	48.4	49.0
Mann	53.4	8.2	59.6	53.6	49.2	51.6	51.0
Nationalität							
Schweiz	50.0	63.3	68.5	82.1	78.0	73.4	66.9
Ausland	50.0	36.7	31.5	17.9	22.0	26.6	33.1
Haushaltstyp							
Bei den Eltern	51.1	0.0	20.5	14.3	11.9	18.8	22.8
Alleinlebend	13.6	0.0	31.8	35.7	42.4	39.1	26.5
Paar	0.0	26.0	8.0	0.0	13.6	6.3	8.5
Alleinerziehend	0.0	74.0	0.0	0.0	0.0	0.0	9.8
Andere Privathh.	5.7	0.0	22.7	14.3	11.9	6.3	10.6
Stationäre Einrichtungen	21.6	0.0	0.0	3.6	0.0	20.3	8.8
Besondere Wohnformen	8.0	0.0	17.0	32.1	20.3	9.4	13.0

Quelle: BFS, Sozialhilfestatistik, Berechnung: BASS

Anmerkung: Fälle mit Leistungsbezug in der Erhebungsperiode, ohne Doppelzählungen, bei weiteren Mitgliedern der Unterstützungseinheit nur reguläre Fälle

Tabelle 12: Winterthur, 2010 (Angaben in Prozent)

Merkmal	Typ 1	Typ2	Typ 3	Typ 4	Typ 5	Typ 6	Total
	in Aus- bildung	mit Kind	erwerbslos, ohne Aus- bildung	erwerbslos, mit Aus- bildung	erwerbs- tätig	nicht erwerbs- tätig	
Anzahl Personen	66	101	105	35	46	89	442
Anteil des Typs am Total (%)	15	23	24	8	10	20	100
Alter (in Jahren)							
Durchschnitt	20.2	22.8	21.4	22.7	21.7	22.3	21.8
Geschlecht							
Frau	45.5	79.6	36.8	48.6	53.2	46.7	51.0
Mann	54.6	20.4	63.2	51.4	46.8	53.3	49.0
Nationalität							
Schweiz	72.7	53.1	68.9	71.4	78.7	73.3	66.0
Ausland	27.3	46.9	31.1	28.6	21.3	26.7	34.0
Haushaltstyp							
Bei den Eltern	42.4	0.0	27.2	17.1	19.6	10.3	18.3
Alleinlebend	37.9	0.0	45.6	60.0	41.3	51.7	35.8
Paar	7.6	54.5	10.7	2.9	10.9	3.4	18.3
Alleinerziehend	0.0	45.5	0.0	0.0	0.0	0.0	10.5
Andere Privathh.	4.5	0.0	5.8	8.6	8.7	4.6	4.6
Stationäre Einrichtungen	6.1	0.0	3.9	2.9	13.0	19.5	7.3
Besondere Wohnformen	1.5	0.0	6.8	8.6	6.5	10.3	5.3

Quelle: BFS, Sozialhilfestatistik, Berechnung: BASS

Anmerkung: Fälle mit Leistungsbezug in der Erhebungsperiode, ohne Doppelzählungen, bei weiteren Mitgliedern der Unterstützungseinheit nur reguläre Fälle

Tabelle 13: Lausanne, 2010 (Angaben in Prozent)

Merkmal	Typ 1	Typ2	Typ 3	Typ 4	Typ 5	Typ 6	Total
	in Aus- bildung	mit Kind	erwerbslos, ohne Aus- bildung	erwerbslos, mit Aus- bildung	erwerbs- tätig	nicht erwerbs- tätig	
Anzahl Personen	98	143	351	135	262	51	1040
Anteil des Typs am Total (%)	9	14	34	13	25	5	100
Alter (in Jahren)							
Durchschnitt	20.8	23.2	21.4	22.8	21.7	22.6	21.6
Geschlecht							
Frau	44.9	84.6	36.2	45.2	58.8	45.1	50.7
Mann	55.1	15.4	63.8	54.8	41.2	54.9	49.3
Nationalität							
Schweiz	73.5	46.6	58.1	63.0	61.5	64.7	59.8
Ausland	26.5	53.4	41.9	37.0	38.6	35.3	40.2
Haushaltstyp							
Bei den Eltern	20.5	0.0	6.8	8.1	15.5	9.3	9.6
Alleinlebend	28.4	0.0	28.6	41.1	34.9	39.5	28.1
Paar	1.1	40.6	2.3	3.2	6.7	2.3	9.2
Alleinerziehend	0.0	59.4	0.0	0.0	0.0	0.0	8.8
Andere Privathh.	47.7	0.0	57.2	43.5	41.7	39.5	41.2
Stationäre Einrichtungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Besondere Wohnformen	2.3	0.0	5.1	4.0	1.2	9.3	3.1

Quelle: BFS, Sozialhilfestatistik, Berechnung: BASS

Anmerkung: Fälle mit Leistungsbezug in der Erhebungsperiode, ohne Doppelzählungen, bei weiteren Mitgliedern der Unterstützungseinheit nur reguläre Fälle